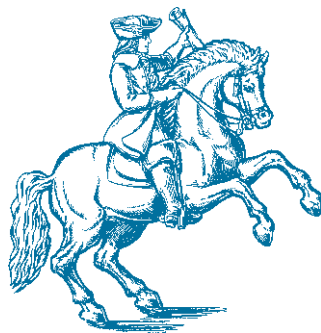


Die Tagespost



TÄGLICH AKTUELL AUF
www.die-tagespost.de

6. August 2020, Würzburg, Jahrgang 73, Nr. 32 – 4,00 Euro

75 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Soll der Papst Atomwaffen ächten?

Franziskus hält schon den Besitz von Atomwaffen für verwerflich und will den Katechismus ändern. Was sagt die katholische Friedensethik? Eine Debatte *S. 2/3/18*

Fotos/Grafik: dpa, stock.adobe.com; Pixabay (rechts)

Entwarnung zu Benedikt XVI.

Auch in Alter und Krankheit haben die Päpste ein Recht auf Diskretion. Die jüngsten Schlagzeilen zum Emeritus waren überflüssig **VON GUIDO HORST**

Nachrichten wie die über die jüngste Erkrankung von Benedikt XVI. an einer Gesichtsrose wird es immer wieder geben. Zuerst kam die Schreckensnachricht: Der emeritierte Papst ist schwer erkrankt. Sein Gesundheitszustand habe sich dramatisch verschlechtert. Am Montagabend dann machte der vatikanische Pressedienst die beruhigende Mitteilung von Erzbischof Georg Gänswein öffentlich bekannt, dass der Zustand „nicht besonders besorgniserregend“ sei. Benedikt befinde sich „in der akuten Phase einer schmerzhaften, aber nicht ernsten Krankheit“. Inzwischen ist auch bekannt, dass die Nervenerkrankung im Gesicht zwei Tage vor der Reise des Emeritus zu seinem sterbenden Bruder festgestellt wurde – Benedikt aber auf jeden Fall aufbrechen wollte. Die roten Flecken, die bei dem Emeritus auf Fotos während seines Aufenthalts in Regensburg zu sehen waren, sind inzwischen wieder abgeheilt. Aber die überfallartigen Schmerzen, die ihn dann am Sprechen hindern, noch nicht.

Das hat auch Peter Seewald erlebt, der am vergangenen Samstag den wegen der Corona-Epidemie immer wieder aufgeschobenen Besuch bei Benedikt im Vatikan-Kloster „Mater Ecclesiae“ nachholen konnte, um die umfangreiche Biografie zu Joseph Ratzinger/ Benedikt XVI. persönlich zu überreichen. Kaum zurück in Deutschland hat Seewald von der Erkrankung des emeritierten Papstes die „Passauer Neue Presse“ unterrichtet. Musste das sein? Wie schon gesagt: Wenn es um einen 93 Jahre alten Mann geht, kann immer wieder mal von einer Erkrankung, vielleicht auch mal von einer längeren Untersuchung in einer Klinik, von einem Krankenhausaufenthalt, von weiteren größeren oder kleinen Gebrechen die Rede sein. Aber ist jede Viruserkrankung ein Grund, damit sogleich an die Presse zu gehen – zumal in Zeiten des Nachrichten-Sommerlochs, wenn die Redaktionen auch die kleinen Sachen mal ganz groß erscheinen lassen. Wohltuend waren die Diskretion und die Zurückhal-

tung, mit denen die Medien den Abschied Benedikts von seinem Bruder Georg in Regensburg begleitet haben. Das war dem traurigen Anlass angemessen. Angemessen sollte auch die weitere Berichterstattung über die letzte Phase im Leben des emeritierten Papstes sein, in der es auch Gebrechen und Erkrankungen geben muss, der Schutz der Privatsphäre aber jeder Sensationsberichterstattung den Riegel verschieben sollte.

Für viele war es eine Neuigkeit, dass Seewald die Nachricht aus Rom mitgebracht hat, dass der Emeritus als seine letzte Ruhestätte die Stelle in der Krypta des

Petersdoms verfügt habe, wo der Sarkophag seines heiliggesprochenen Vorgängers stand, da er sich Johannes Paul II. besonders verbunden fühle. Kaum ein anderer Papst der Neuzeit hat am Ende seines Lebens die Welt so sehr Anteil an seinem Leiden nehmen lassen. Der Verlauf der unheilbaren Parkinson-Erkrankung führte schließlich zu Lähmungserscheinungen und Schwierigkeiten beim Sprechen. Eine schwere Arthritis machte ihn mehr und mehr bewegungsunfähig. Die letzten Wochen und Monate von Papa Wojtyla waren dramatisch. Das ist der letzte Abschnitt im Leben von Papst Benedikt nun einmal nicht. Gegenüber „kath. net“ fasste Seewald den Eindruck von seinem letzten Besuch so zusammen: „Papst Benedikt selbst ist optimistisch, dass er bald wieder zu Kräften kommt. Er nimmt die Erkrankung demütig an und will kein großes Aufsehen darum machen. Insgesamt ist er guten Mutes.“ Auch schreiben wolle der Emeritus wieder. Da wäre es gut, auch manche ungute Seite im Alltag des Emeritus – dazu gehören Erkrankungen wie die üblichen altersbedingten Einschränkungen, denen kein alt gewordener Mensch entgehen kann – mit der gebührenden Diskretion zu behandeln, wie das beim Abschiedsbesuch in Regensburg der Fall gewesen ist. Nicht nur, weil nicht jede Erkrankung sofort in die Medien gehört. Sondern weil der emeritierte Papst ein Recht darauf hat.

Anzeige

Glaube verbindet



LIGA Bank – Dienstleister für die Kirche

Ihr kompetenter Partner bei Finanzierungsfragen, Vermögensanlagen, Versicherungen, Altersvorsorge und Online Banking.

Wir sind immer für Sie da. Ihre Werte sind auch unsere Werte.

Sprechen Sie mit uns.

LIGA Bank eG • www.ligabank.de

LIGA BANK
Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -



HORROR TRADITION?

Keine Angst vor dem „Retrokatholizismus“

S. 17

KOMMENTAR

Spaniens Klammer

VON JÜRGEN LIMINSKI

Die Bilder sind unvergesslich: Am 23. Februar 1981 stürmte Oberstleutnant Tejero mit zweihundert Polizisten das spanische Parlament, schoss am Rednerpult in die Decke und schrie: „Klappe halten, verdammt!“ Einige Panzer rasselten aus ihren Kasernen, aber der Oberbefehlshaber der Armee, König Juan Carlos, befahl den Generälen den Rückzug und hielt in voller Uniform eine Fernsehansprache. Der Putsch brach zusammen, der Monarch gilt seither als Retter der Demokratie in Spanien.

Dieses strahlende Bild hat er in den letzten Jahren tief verdunkelt. Skandale häuften sich. Heute gilt er als Elefanten- und Schürzenjäger, als korrupt und auch ein wenig senil. Königin Sophia litt still, Kronprinz Felipe zog die Reißleine und zwang den charakterlich schwankenden König zur Abdankung. Als die Kette der Skandale nicht abbriss, strich er die Apanage, um die offizielle Trennung vom Königshaus zur Person des unkontrollierbaren Altkönigs zu demonstrieren. Ob gewollt oder gedrängt: Mit seinem fluchtartigen Abgang hat Juan Carlos der Monarchie in Spanien noch einen letzten Dienst erwiesen.

Es ist jetzt Thema der Klatschpresse, was mit dem Altkönig passiert, ob er noch vor Gericht kommt wegen Steuerhinterziehung oder im Exil die letzten Jahre verbringt. Der edlere Teil der Familie, Königmutter Sophia, die täglich in die Messe geht, und König Felipe mit Familie werden die Hauptfunktion des royalen Hauses erfüllen: das Land zusammenhalten. Das war übrigens auch die Intention Francos: mit der Rückkehr eines Bourbonen-Sprösslings und der Fortsetzung der Monarchie das von fanatisierten Kommunisten und Nationalisten gesplittene Land wieder zu vereinen. Das ist heute dringender denn je. Nationalisten vor allem in Katalonien, sowie Autonomiebestrebungen in anderen Regionen bedrohen die Einheit Spaniens. Auch geistig ist das Land gespalten. Vom katholischen Erbe vergangener Jahrhunderte ist nicht mehr viel übrig. Die sozialistischen und auch bürgerliche Regierungen haben es zu politischen Schleuderpreisen feilgeboten. Der König ist die letzte Klammer. Die sollte ethisch rostfrei bleiben.

CAUSA KENTENICH Ein Schreiben Kardinal Ratzingers belegt, dass der Schönstattgründer nie rehabilitiert wurde *S. 12*



Sind Atomwaffen immer

Am 6. August warfen die Amerikaner die erste Atombombe auf Hiroshima. Am 9. August wurde auch Nagasaki angegriffen. Hunderttausende starben. 75 Jahre später übertrifft die Zerstörungskraft heutiger Atombomben die damaligen um ein Vielfaches. Papst Franziskus will deshalb schon den Besitz von Atomwaffen ächten und im Katechismus festschreiben. Das hat er im November 2019 auf dem Rückflug aus Japan angekündigt. Wörtlich sagte er: „Die Verwendung von Nuklearwaffen ist gegen die Moral – das muss in den Katechismus der Katholischen Kirche kommen –, und nicht nur die Verwendung, sondern auch der Besitz, denn ein Unfall wegen eines solchen Besitzes oder die Verrücktheit irgendeines Regierenden, die Verrücktheit von irgendjemandem kann die ganze Menschheit zerstören.“ Peter Kohlgraf, Bischof von Mainz und Präsident der katholischen Friedensbewegung „pax christi“, unterstützt den Vorstoß des Papstes. Franziskus folge der Bergpredigt. Manfred Spieker, emeritierter Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Osnabrück, hält dagegen. Er meint: Der Katechismus ist nicht der Ort, über Fragen der Militärstrategie zu entscheiden

Ja. Denn Abschreckung gründet auf Angst. Daraus entsteht kein Friede

VON BISCHOF PETER KOHLGRAF

Aus tiefer Überzeugung möchte ich bekräftigen, dass der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken heute mehr denn je ein Verbrechen ist, nicht nur gegen den Menschen und seine Würde, sondern auch gegen jede Zukunftsmöglichkeit in unserem gemeinsamen Haus. Der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken ist unmoralisch, wie ebenso der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist (...).“ Mit diesen Worten hat Papst Franziskus im November 2019 am Friedensdenkmal in Hiroshima vor den Augen der Weltöffentlichkeit den Besitz von Atomwaffen für unmoralisch erklärt – und damit zugleich der Politik der nuklearen Abschreckung eine Absage erteilt.

Die katholische Friedenslehre lehnt den Einsatz von Massenvernichtungswaffen kategorisch ab. Dies stand nie in Zweifel. Bereits Johannes XXIII. forderte ein Verbot von Atomwaffen („Pacem in terris“ 60). „Gaudium et spes“ spricht von der Gefahr, dass „wissenschaftliche Waffen“ ihren Besitzern die Mittel zu einer verbrecherischen Kriegsführung in die Hände geben (GS 80,4); der Katechismus, der dies aufgreift, nennt ausdrücklich atomare (sowie biologische und chemische) Waffen (2314). Die atomare Abschreckungsstrategie galt allenfalls unter Vorbehalt als vertretbar, insofern sie die Verhütung eines Krieges zum Ziel hat. Sie

war geduldet als Übergangslösung, gebunden an die Verpflichtung der Regierungen, ernsthaft nach der Überwindung dieses fragilen Sicherheitskonzepts zu streben und den Weg der Abrüstung und des Aufbaus einer Weltordnung zu beschreiten, die den Verzicht auf Atomwaffen möglich macht.

Wenn Papst Franziskus den Besitz von Atomwaffen und die atomare Abschreckungsstrategie verurteilt, dann nimmt er diese Bedingungen ernst. Er trägt der Erkenntnis Rechnung, dass das Abschreckungssystem allenfalls eine labile, stets bedrohte Sicherheit hervorgebracht hat, die weit entfernt ist von Frieden als einem „Werk der Gerechtigkeit“ (Jes 32, 17). Das Vernichtungspotenzial der Atomwaffen ist letztlich nicht zu kontrollieren. Die Abrüstungsbemühungen der Vergangenheit waren nur von begrenztem Erfolg. Wir erleben die Auflösung der Architektur der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle, ein neues Wettrüsten zeichnet sich ab. Und schließlich: Die Abschreckungsstrategie gründet auf Angst und Misstrauen, auf einer Logik, die keinen echten Frieden ermöglicht: „Wie können wir Frieden anbieten, wenn wir beständig die Drohung eines Atomkrieges als legitimes Mittel zur Konfliktlösung einsetzen?“, fragt der Papst in Hiroshima.



An ihre Stelle muss eine „globale Ethik der Solidarität“ treten, eine Friedenslogik, die getragen ist von Dialog, Vertrauen und der gemeinsamen Verantwortung für die Menschheit.

Richtschnur der kirchlichen Friedenslehre ist die Bergpredigt mit ihrem Gebot der Gewaltlosigkeit und der Feindesliebe. Über weite Strecken ist die Auslegungsgeschichte der Bergpredigt jedoch eine Geschichte der Anpassung an die Realität einer von Sünde geprägten Welt – wobei sich die Frage stellt, warum manche Weisung als unbedingt gültig angesehen wird, während andere voll Verständnis für die sündhafte Begrenztheit der Welt „entschärft“ werden. Auch die kirchliche Lehre von Krieg und Frieden ist ein Stück Realpolitik. Vielleicht gibt es tatsächlich Haltungen, die sich erst in der Vollendung des Reiches Gottes erfüllen. Ich bin Papst Franziskus dankbar, dass er mit seinem Eintreten gegen Atomwaffen und Abschreckungspolitik und für eine Logik des Friedens, sich von den Prinzipien der Bergpredigt leiten lässt. Er erinnert eindrücklich daran, dass Jesus seine Worte ernst meint, und sucht nach Wegen, sie in unserer Welt Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Päpste und die Bombe

Schon Pius XII. äußerte sich zu nuklearen Waffen. Alle seine Nachfolger auch. VON MICHAEL SABEL

Sieben Päpste haben die Geschicke der Weltkirche seit Erfindung der Atomwaffe gelenkt. Sie alle – bis auf Johannes Paul I. – mussten sich mit ihrer Vernichtungskraft auseinandersetzen. Die heiligen Väter haben sich zum Einsatz oder zum Besitz als Instrument der Abschreckung geäußert. Hierbei nahmen sie grundsätzlich einheitliche Positionen ein, gleichwohl gibt es in gewissen Aspekten durchaus nennenswerte Differenzen:

Pius XII., in dessen Pontifikat der Zweite Weltkrieg und somit die Erfindung sowie bisher einzige Nutzung von Atomwaffen fielen, missbilligte den Einsatz selbst im Verteidigungsfalle dann, wenn die Schäden der Atomwaffen „unvergleichlich größer sind als die der geduldeten Ungerechtigkeit“. Man könne dann trotz Verteidigungsfall „verpflichtet

sein, die Ungerechtigkeit auf sich zu nehmen“, so der Pacelli-Papst 1953. Der Besitz von Kernwaffen müsse „als unmoralisch abgelehnt werden“, sofern sich dieser Besitz „der menschlichen Kontrolle entzieht“, wie der Papst während des Besuches einer internationalen Ärzteschaft in Rom 1954 mitteilte. Was hier anklingt, ist bereits eine Vorahnung dieses besonnenen Papstes, die Nutzung von Nukleartechnologie könne ein hohes Risiko mit sich bringen. Strahlenunfälle, wie beispielsweise beim Absturz eines atomar bewaffneten US-Bombers über Spanien 1966 oder beim Reaktorunglück von Tschernobyl 1986, sollten ihm später Recht geben.

Pius' Nachfolger, der heilige Papst Johannes XXIII., wünschte sich in der Enzyklika „Pacem in terris“ 1963 das baldige und vollständige Verbot von

Kernwaffen. Darüber hinaus sei es in einer Zeit, in der Kriege mit Massenvernichtungswaffen ausgefochten werden könnten, „sinnlos, den Krieg noch als geeignetes Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten“, wie der Roncalli-Papst in der Enzyklika weiter ausführte. Damit stellte Johannes XXIII. nicht nur Kernwaffen in Frage, sondern einen jeden Krieg des modernen Zeitalters, da ein bellum iustum, ein nach katholischer Lehre gerechter Krieg, mit diesen Waffen nicht mehr gerecht geführt werden könne. Denn mindestens zwei Prinzipien des bellum iustum könnten beim Einsatz strategischer, also auf die Massenvernichtung ausgerichteter, Atomwaffen verletzt werden: das Prinzip der discriminatio, welches besagt, das Unschuldige – Nichtkombattanten beziehungsweise Zivilisten – nicht angegriffen

werden dürfen, sowie das Prinzip der Proportionalität, welches die Verhältnismäßigkeit bei der Wahl der Mittel betont.

Durch den heiligen Papst Paul VI. fand die Auseinandersetzung mit Massenvernichtungswaffen 1965 Eingang in das Abschlussdokument „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen die Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“ Zugleich wagten Paul VI. und das Konzil den Spagat zwischen moralischer Ablehnung der Atomwaffe auf der einen und pragmatischer Tolerierung auf der anderen Seite: Sie wussten, dass das Gleichgewicht des Schreckens einen fragilen, gleichwohl fortwährenden Friedenszustand zwischen den Supermächten zementiert hatte. Diesen Zustand

unmoralisch?

Nein. Bei Abschreckung können Christen unterschiedlicher Meinung sein

VON MANFRED SPIEKER

Leben und Freiheit der Bürger gegen einen Angriff mit Waffen zu verteidigen, gehört zu den unverzichtbaren Aufgaben staatlicher Gewalt. Daran hat die Soziallehre der katholischen Kirche, vom Römerbrief des Apostels Paulus über Augustinus und Thomas von Aquin bis zum II. Vatikanischen Konzil, nie gezweifelt. Auch Papst Franziskus hat sich in der Pressekonferenz auf dem Rückflug von Japan nach Rom am 26.11.2019 zu dieser Aufgabe bekannt. Damit eine Verteidigung mit Waffen legitim ist, muss sie eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die in der Lehre vom „bellum iustum“ zusammengefasst sind, die der Katechismus der Katholischen Kirche (2309) bestätigt hat. Sie muss unter anderem den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten, also das Schadensrisiko einer militärischen Verteidigung gegen das Schadensrisiko einer hingenommenen Aggression abwägen. Sie muss gewährleisten, dass die Wirkung der eingesetzten Waffe kontrollierbar und die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten möglich bleibt. Eine Verteidigung mit strategischen Atomwaffen, die über bewohnten Gebieten eingesetzt werden, würde diesen Bedingungen nie entsprechen. Das gilt auch für den Einsatz chemischer, biologischer und vieler herkömmlicher Waffen, die im Zweiten Weltkrieg auf beiden Seiten der Kriegsgegner zur Zerstörung vieler Städte führten. Das Konzil hat die Verurteilung des Krieges deshalb nicht an die Waffengattung, sondern

an die Intention der Kriegführenden gebunden: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiterer Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“ Denkbar ist aber eine Verteidigung mit taktischen Atomwaffen, die zielgenau eingesetzt werden und die Beachtung der Kriterien einer gerechten Verteidigung nicht von vornherein ausschließen. Sie muss sich allerdings immer des Risikos einer katastrophalen Eskalation bewusst bleiben. Die Beurteilung, ob alle Bedingungen einer gerechten Verteidigung vorliegen, kommt, so der Katechismus der Katholischen Kirche, „dem klugen Ermessen derer zu, die mit der Wahrung des Gemeinwohls betraut sind“ (2309). Das Konzil hat zwar erklärt, dass die Entwicklung der „wissenschaftlichen Waffen“ dazu zwingt, die Frage des Krieges mit einer ganz neuen inneren Einstellung zu prüfen. Aber es hat den Besitz von Atomwaffen, so die deutschen Bischöfe in ihrem Hirtenbrief „Gerechtigkeit schafft Frieden“ 1983, nicht verurteilt und die sittliche Beurteilung der nuklearen Abschreckung offengelassen. Es gibt Fragen, in denen Christen bei gleicher Gewissenhaftigkeit ihres Glaubens zu unterschiedlichen Antworten kommen können. Eine solche Frage war Anfang der 80er Jahre die Nachrüstung der NATO mit nuklearen Mittelstreckenraketen. In dieser Kontroverse führten die amerikanischen Bischöfe in ihrem Hirtenbrief zum Frieden 1983 eine wichtige

Unterscheidung ein zwischen Urteilen zu moralischen Prinzipien einerseits, die für Katholiken verpflichtend sind, und Aussagen zu konkreten Fragen, sogenannte „prudential judgements“, andererseits, die auf Bedingungen beruhen, „die sich ändern können oder die von Menschen guten Willens unterschiedlich interpretiert werden können“. Christen können zu konkreten Fragen der Rüstungstechnologie und der Militärstrategie unterschiedlicher Meinung sein. Der Katechismus ist nicht der geeignete Ort, um Fragen der Rüstungstechnologie oder der Militärstrategie zu entscheiden. Aufgabe der Kirche ist es vielmehr, einerseits die Staaten an ihre Pflicht zu erinnern, Konflikte nicht militärisch, sondern diplomatisch zu lösen und den Frieden nicht allein durch Abschreckung, sondern durch politische, ökonomische und kulturelle Kooperation zu sichern und andererseits alle Menschen daran zu erinnern, dass wir den Frieden in der Welt allein durch menschliche Kraft nicht erreichen können.



Bilder: dpa, stock.adobe.com

75 Jahre Atomwaffen in der Welt

„Trinity“, „Little Boy“ und „Fat Man“ – hinter diesen harmlos klingenden, ja beinahe infantilen Bezeichnungen verbergen sich die tödlichsten Waffen seit Menschengedenken. Dies sind die Namen der ersten drei Atombomben, die auf der Erde gezündet wurden. Als „Trinity“, Dreifaltigkeit, wurde die Bombe benannt, die am 16. Juli 1945 zu Testzwecken im Rahmen des sogenannten Manhattan-Projektes in der Nähe von Los Alamos, New Mexico, gezündet wurde. Die erste Atombombe der Welt hatte eine Sprengkraft von 21 Kilotonnen TNT. Nur wenige Wochen später folgte diesem Test der erste Einsatz. Am heutigen Tag genau vor 75 Jahren explodierte „Little Boy“ um 8.16 Uhr Ortszeit in einer Höhe von 600 Metern über Hiroshima mit einer Sprengkraft von 12 500 Kilotonnen TNT. Innerhalb einer Sekunde wurden 80 Prozent der Innenstadt komplett zerstört, 70 000 bis 80 000 Menschen wurden unmittelbar getötet, abertausende starben – teils qualvoll – an den Folgen der Verstrahlung. Die Wucht der Atombombe war so groß, dass ihr Lichtblitz Schatten von Menschen auf Fassaden einbrannte. Am 09. August wurde schließlich auch Nagasaki, Zentrum des Christentums in Japan, mit der Atombombe „Fat Man“ angegriffen. Insgesamt fielen beiden Atombombenabwürfen etwa 230 000 Menschen zum Opfer.

Wettrennen um die mächtigste Bombe

Nur wenige Jahre lang konnten sich die Vereinigten Staaten unangefochten als einzige Atommacht der Welt halten, ehe die Sowjetunion 1949 aufschloss. Es folgten Großbritannien 1952, Frankreich 1960 und China 1964. Was nun geschah, war ein bizarres Wettrennen um die mächtigste Bombe der Welt, die zu immer leistungsfähigeren Kernwaffen und größeren Arsenalen führte. Mit der Wasserstoffbombe wurde eine Kernwaffe entwickelt, die über das Vielfache

an Sprengkraft im Vergleich zu den herkömmlichen Atombomben verfügte. Als die Sowjetunion 1961 die sogenannten Zar-Bombe testete, wurde die – bis heute – stärkste Bombe aller Zeiten gezündet. Sie entwickelte eine Sprengkraft von 57 Megatonnen, also umgerechnet etwa 57 Millionen Tonnen TNT, was dem etwa 4 000-fachen der Atombombe von Hiroshima entspricht.

Der „Overkill“ – die mehrfache Auslöschung der Menschheit

Seither wurden über 2 000 Tests durchgeführt. Das weltweite Atombombenarsenal wäre dazu imstande, die Menschheit mehrere Male auszulöschen – man spricht hierbei vom sogenannten Overkill. Neben den USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China gelten inzwischen auch Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea als Atommächte. Dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zufolge verfügen die neun Atommächte zusammen über ein Arsenal von knapp 13 000 Sprengköpfen, wobei die meisten – jeweils etwa 6 000 – auf die USA und Russland entfallen. Auch, wenn der Atomwaffensperrvertrag, den 191 Staaten ratifiziert oder unterzeichnet haben, eine Abrüstung der Atomwaffen sowie einen Verzicht auf Verbreitung vorsieht, nimmt die Anzahl an atomaren Sprengköpfen nur allmählich ab. Hinzu kommt, dass nach gegenseitigen Vorwürfen der Vertragsverletzung die USA und Russland 2019 den INF-Vertrag aufkündigten, der ein Verbot von atomar bestückten Kurz- und Mittelstreckenraketen vorsah. Von einer nuklearen Abrüstung kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt daher nur bedingt die Rede sein. ms

konnte und wollte auch die Kirche zum damaligen Zeitpunkt nicht aufbrechen, immerhin waren die Erfahrungen der Kubakrise noch sehr präsent. Deshalb formulierte sie im Konzilsdokument „Gaudium et spes“, dass ein Anhäufen von „wissenschaftlichen Waffen“, was Kernwaffen implizierte, „kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern“. Das Konzil enthielt sich aber einer weiteren Verurteilung. Paul VI. folgte somit der Linie seiner Vorgänger, den Einsatz von Kernwaffen kritisch zu sehen, aber betrachtete den Besitz zum Zwecke der Abschreckung differenziert. An dieser Linie änderte sich unter Johannes Paul II. nichts. Der Einsatz von Nuklearwaffen wurde abgelehnt, ihr Besitz als Instrument der gegenseitigen Abschreckung um der Wahrung des Friedens willen hingegen toleriert. Johannes Paul II. bezeichnete während einer Rede vor den Vereinten Nationen 1982 die atomare Abschreckungsstrategie als

„moralisch akzeptabel“. Dabei betonte er, dass diese nur dann moralisch akzeptabel sein könne, wenn sie eine Etappe auf dem Weg der weiteren Abrüstung darstelle. Grundsätzlich teilte der polnische Pontifex die Bedenken seiner Vorgänger. Davon zeugt der Katechismus der Katholischen Kirche, der unter Papst Johannes Paul II. ausgearbeitet und veröffentlicht worden ist. Hier wird unterstrichen, dass gegenüber einer Abschreckung durch Wettrüsten „schwere moralische Vorbehalte anzubringen“ sind. Benedikt XVI. ist ebenfalls nicht von dieser Linie abgewichen. Er betonte, wie „trügerisch“ und „verhängnisvoll“ ein Frieden sein könne, wenn dieser nur auf der gegenseitig bedrohlichen, atomaren Zerstörungskraft der jeweiligen Kontrahenten beruhe. Eine neue Dynamik hat die Positionierung der katholischen Kirche durch Papst Franziskus erfahren. Anlässlich seiner Japanreise im November 2019

sprach der Pontifex in Hiroshima und in Nagasaki über Atomwaffen. Dort machte er klar, dass eine Friedensordnung nicht auf einer „falschen, von der Logik der Angst und des Misstrauens gestützten Sicherheit“ aufbauen könne – ganz in der Logik seines direkten Vorgängers Benedikt. Franziskus verurteilte darüber hinaus sogar schon den Besitz von Atomwaffen. Ähnlich hatte sich Franziskus bereits 2017 in einer Ansprache an die Teilnehmer eines internationalen Abrüstungssymposiums geäußert. Hier hatte Franziskus verdeutlicht, schon der Besitz von Atomwaffen sei „entschieden zu verurteilen“, da „die Gefahr einer unbeabsichtigten Explosion solcher Waffen“ zu groß sei. Auf dem Rückweg seiner Japanreise hat Papst Franziskus gegenüber den Journalisten verlauten lassen, diese Verurteilung des Besitzes von Atomwaffen in den Katechismus der Katholischen Kirche aufnehmen lassen zu wollen.

Es bleibt abzuwarten, ob Franziskus seinen Worten auch Taten wird folgen lassen. Eines ist jedoch jetzt schon klar: Franziskus legt eine akzentuierte Friedensethik an den Tag, die sich bisweilen von der seiner Vorgänger abhebt. Das entschiedene „Nein“ zum bloßen Besitz von Atombomben untermauert diese Akzentuierung. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Kirche und ihre Päpste seit Beginn des Atomzeitalters – von Pius XII. bis Franziskus – dieser menschenunwürdigen Waffe stets und ausdrücklich kritisch gegenüberstanden.

Gauland stützt Brandenburger AfD

BERLIN (DT/dpa) Der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, hält die Entscheidung der Brandenburger Landtagsfraktion der AfD zur künftigen Rolle ihres bisherigen Fraktionschefs Andreas Kalbitz für klug und ausgewogen. „Ich glaube, es ist für Andreas Kalbitz ein Erfolg, weil der Vorschlag, den er gemacht hat, einstimmig angenommen wurde“, sagte Gauland gestern der Deutschen Presse-Agentur. Die AfD-Landtagsfraktion in Potsdam hatte am Dienstag in einer Sitzung, an der Gauland als Gast teilnahm, beschlossen, dass Kalbitz sein Amt als Fraktionschef im Landtag vorerst ruhen lassen wird. Hintergrund ist die Annullierung seiner Mitgliedschaft durch den Bundesvorstand im Mai, gegen die sich Kalbitz juristisch wehren will. Die Landtagsfraktion folgte mit ihrer Entscheidung einem Vorschlag von Kalbitz. Dieser erklärte, erst solle eine juristische Klärung durch das Landgericht Berlin abgewartet werden.

Der AfD-Bundesvorstand hatte als Grund für den Rauswurf angeführt, Kalbitz habe bei Parteieintritt eine frühere Mitgliedschaft in der inzwischen verbotenen rechtsextremen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) und bei den Republikanern nicht angegeben.

Kalbitz bestreitet die Mitgliedschaft in der HDJ. Das Bundesschiedsgericht der AfD gab dem Vorstand Ende Juli Recht.

Gauland, der Ehrenvorsitzender der AfD ist, hatte daraufhin die Unabhängigkeit des Bundesschiedsgerichts in Frage gestellt. Er machte deutlich, dass er sich in dem Fall „einzig und allein nach den Entscheidungen und Urteilen der ordentlichen Gerichtsbarkeit richten“ werde. „Denn beim Bundesschiedsgericht geht es offensichtlich um bestimmte politische Interessen, die hier aber nichts zu suchen haben dürfen“, sagte er in einem Interview. Die Schiedsrichter und mehrere Landesvorsitzende reagierten empört auf seine Äußerung.

Gauland verteidigte sich jetzt. Er sagte: „Das Urteil eines Schiedsgerichts darf öffentlich kritisiert werden“. Schließlich hätten mehrere führende AfD-Politiker im vergangenen Jahr Kritik an der Entscheidung des AfD-Landesschiedsgerichts in Schleswig-Holstein, Doris von Sayn-Wittgenstein nicht aus der Partei auszuschließen, geäußert. Daran habe sich damals kaum jemand gestört.

Aufregung um Tempelbau

NEU DELHI (DT/KNA) Als Machtdemonstration der Hindus über Indiens Minderheitsreligionen hat Premierminister Narendra Modi am Mittwoch die Grundsteinlegung zum Bau des Rama-Tempels in Ayodhya inszeniert. Gleichzeitig feierte er den ersten Jahrestag seiner Machtübernahme im mehrheitlich muslimischen Kaschmir. Bei der Grundsteinlegung betonte Modi, der Gott Rama sei das „moderne Symbol unserer nationalistischen Gefühle“, wie das Nachrichtenportal „Times of India“ berichtet. Weiter sagte Indiens Premier: „Trotz der Versuche, die Existenz des Gottes Ram auszulöschen, lebt er in unseren Herzen fort und ist die Basis unserer Kultur.“ Beobachter sehen darin einen kaum verhüllten Angriff auf die Muslime in Indien, denen die hindu-nationalistische Indische Volkspartei (BJP) den Kampf angesagt hat.

Als erster der muslimischen Mogul-Kaiser, die Nordindien bis 1858 beherrschten, hatte Babur 1528 an der Stelle eines Ram-Tempels eine Moschee errichten lassen. 1992 wurde sie von Hindu-Extremisten zerstört. Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen kamen damals mehr als 2000 Menschen ums Leben.

Nach hinduistischer Überlieferung wurde Rama, einer der wichtigsten Götter im Hindu-Kosmos, vor 900 000 Jahren in Ayodhya geboren. Er wird als unveränderliche Urkraft oder auch als Weltenseele von den Hindus verehrt



Das Prinzip der Mitte hat die politische Kultur in besonderer Weise geprägt. Trotzdem ist die EU-Politik zu wenig durch diesen Ansatz bestimmt.

Foto: dpa

Zurück zur Mitte

Die politische Kultur hat den Sinn für die Mitte verloren. Das hat Auswirkungen auf die Innen- wie die Außenpolitik. Eine Analyse

VON HEINZ THEISEN

Dem Verlust der politischen Mitte ging der Niedergang des dialektischen Denkens voraus. An die Stelle des differenzierenden Einerseits–Andererseits traten neue Eindeutigkeiten durch bloß moralisierende Unterscheidungen nach Gut und Böse. Mit dem Streit in Alternativen hat die „offene Gesellschaft“ ihre wichtigste Erkenntnis- und Problemlösungsmethode verloren.

Diffamierung und Polarisierung drohen einige Globalisierungskritiker in die Falle der Radikalisierung zu treiben, womit sich deren Kritiker bestätigt und zu neuerlichen Attacken ermutigt fühlen. Das Engagement der meisten Jugendlichen beschränkt sich auf eine naiv-gutmeinende Anti-Haltung: gegen „Rechts“, gegen „Nationalismus“, gegen „Faschismus und Rassismus“. In ihrer radikalen Variante verbindet die Antifa-Bewegung ihr Gutmenschentum mit verummtem Revoluzzertum, darin schon dem zivilen Verbrechen nahe. An den Hochschulen und in den Medien haben sie mit der maoistischen Strategie „Bestrafe einen, erziehe Hundert“ weltanschauliche Gleichschaltung erreicht.

„Es ist der alten Linken gelungen, das sozial-ökonomische Gleichheitsideal des Sozialismus in kulturmarxistische Vorstellungen von einer Gleichheit der Kulturen zu überführen“

Der „Kampf gegen rechts“ höhlt die politische Mitte weiter aus, weil in ihm nicht einmal zwischen denjenigen differenziert wird, die als Konservative die Demokratie bewahren und denjenigen, die als Rechts-extreme die Demokratie bekämpfen wollen. Der antitotalitäre Grundkonsens, wonach eine Demokratie sich gleichermaßen gegen linken als auch rechten Totalitarismus zu wehren hat, ist verloren gegangen. Dritte Wege kommen in dieser Diskursunkultur erst gar nicht in den Blick.

Das Vakuum in der politischen Mitte wird heute mit Absurditäten jeder Art gefüllt, insbesondere in Gestalt des Identitätswahns, der die alten Links-Rechts-Konflikte beerbt hat. Über die inneren Konflikte werden äußere Bedrohungen verdrängt. Obwohl der totalitäre Islamismus aus dem Nahen Osten, der chinesische Wirtschafts-imperialismus und das trojanische Pferd Türkei längst zu inneren Konflikten Europas beitragen, bleiben die Debatten meist in provinzieller Selbstbezüglichkeit stecken.

Diese Seltsamkeit lässt sich nur aus der relativ neuen Weltanschauung des Globalismus erklären.

Im Globalismus gelten alle Kulturen und Mächte als gleichwertig. Unübersehbare Unterschiede müssen daher der erfolgreichen westlichen Kultur und den nur von ihr zu verantwortenden „postkolonialen Strukturen“ in die Schuhe geschoben werden. Selbst massive Korruption wird auf diese Weise entschuldigt und stattdessen der Westen bis zum Selbsthass beschuldigt.

Offenkundig ist es der alten Linken gelungen, das sozial-ökonomische Gleichheitsideal des Sozialismus in kulturmarxistische Vorstellungen von einer Gleichheit der Kulturen zu überführen. Dies endete im Kulturrelativismus, weil die eigene Kultur nichts Besonderes sein darf.

Im Gefolge dieses Kulturrelativismus sind bereits endlose Entwicklungshilfeprojekte gescheitert. Noch fataler waren die militärischen Interventionen im Orient, die nicht zuletzt mit einer voraussetzungslosen Universalität der Demokratie begründet worden waren.

Umgekehrt geht der Mangel an Selbstbegrenzung nach außen mit einem Mangel an Selbstbehauptung nach innen einher: im Globalismus verschwimmen notwendige Unterscheidungen zwischen Freund, Gegner und Feind und damit die eigene Bündnis- und Selbstbehauptungsfähigkeit.

Bei der sogenannten „neuen Rechten“ handelt es sich im Kern um Protektionisten, die – im Gegensatz zu alten „Nazis“ – den Nationalstaat defensiv verteidigen wollen. Dieser ist – wie nicht zuletzt die Coronapandemie gezeigt hat – unverzichtbar, aber er ist angesichts der Interdependenzen nicht mehr ausreichend. Selbst Deutschland als größter Staat der EU wäre gegenüber Großraummächten ohne Einfluss. So wichtig die europäischen Nationalstaaten für innere Herausforderungen sind, so sehr sind sie auf Bündnisse gegenüber äußeren Bedrohungen angewiesen. Eine Renationalisierung wäre eine Regression, der Nationalstaat und die internationalen Bündnisse müssen sich ergänzen.

Im „Sozialen Kapitalismus“ (Paul Collier) wäre Globalität mit dem Nationalstaat, Liberalität mit Ordnung und Offenheit mit Begrenzung zu verbinden. Auch die Weltwirtschaft ist divers.

Für die globale Ebene genügt eine dünne Schicht einfacher Verkehrsregeln. Mit der größeren inneren Handlungsfähigkeit von Local Playern – in der Region und im Nationalstaat – würde die Demokratie gestärkt und regressiven Tendenzen der Wind aus den Segeln genommen.

Die in Europa heute vorherrschende Ausklammerung des religiösen Erbes aus den politischen Diskursen schlägt sich in deren

Hohlheit und mangelnder Tiefe nieder. Kulturkonservative Bemühungen um eine „Renovatio Europae“ (David Engels) rufen daher nach einer Wiederkehr der Religion, aber diese ist längst nicht mehr ohne Aufklärung möglich. Christentum und Aufklärung als Grundlagen der westlichen Kultur können sich nicht wechselseitig ersetzen, sie müssen sich gegenseitig ergänzen.

„Kultureller Konservatismus, wirtschaftlicher Liberalismus, Autorität im Rechtsstaat und eine fördernde und fordernde Sozialstaatlichkeit sind sich ergänzende Gegenseitigkeiten.“

Das Christentum war die wichtigste Quelle für Personalität und für die Freiheit des Menschen. Mit diesem Freiheitsverständnis – ein Blick auf den Atlas genügt – wurden auch die Voraussetzungen für Wissenschaft und Kapitalismus, für die Gleichheit der Menschen vor Gott und dem Gesetz und für die Entwicklungserfolge der Moderne gelegt.

Bei der Suche nach einer neuen Mitte gilt es, alte Borniertheiten abzulegen. Kultureller Konservatismus, wirtschaftlicher Liberalismus, Autorität im Rechtsstaat und eine fördernde und fordernde Sozialstaatlichkeit sind überhaupt keine Gegensätze, sondern sich ergänzende Gegenseitigkeiten. Nicht nur die Abgrenzung von überspannten Ideologien und Extremen, sondern auch eine konsequente Ausdifferenzierung der Funktionssysteme dient einer Politik der Mitte. Bei der Bewältigung der Folgen von Flucht und Migration geht es um Wege zwischen humanitären Anliegen und eigenen sozial-ökonomischen Interessen. Beim Klimawandel müssen langfristige Ängste und kurzfristige Bequemlichkeiten und in der Pandemie Gesundheit und ökonomische Interessen ausgeglichen werden.

Utopisch ist dies nicht, sondern europäisch. Denn das Genie Europas hatte nach den Entfesselungen der Moderne in der Kraft zu den sich ergänzenden Gegenseitigkeiten bestanden: von Rechten und Pflichten des Bürgers, von Macht und Freiheit im Rechtsstaat und von Kapital und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft. In diesem Sinne müssen den Europäern auch neue lokale Gegenseitigkeiten gelingen.

Der Autor lehrt als Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Fachhochschule Köln.

Kein rechtsfreier Raum

Das Kirchenasyl steht wieder in der Diskussion. Staat und Kirche hatten sich auf ein Verfahren geeinigt. Dies muss aber auch eingehalten werden. Ein Gastbeitrag

VON WINFRIED BAUSBACK

Das Kirchenasyl steht in einer langen christlichen Tradition. Es ist heute Ausdruck des großen humanitären Engagements von Kirchengemeinden, Ordensgemeinschaften und Bistümern vor Ort für einzelne Menschen in Not. Der konkrete Einsatz für Flüchtlinge ist vielen ein Gebot tätiger Nächstenliebe und Ausdruck christlichen Werteverständnisses.

Auch für unseren säkularen Verfassungs- und Rechtsstaat stehen humanitäre Werte im Mittelpunkt. Das Grundgesetz stellt die Garantie der Menschenwürde und der zentralen Menschen- und Bürgerrechte gemeinsam mit den Strukturprinzipien des Staates in sein Zentrum. Um dies auf Dauer zu gewährleisten, darf er keine rechtsfreien Räume akzeptieren. Davon macht auch das Kirchenasyl keine Ausnahme. Die Durchsetzung der Territorial- und Personalhoheit über die nationalen und europäischen Normen des Ausländer- und Flüchtlingsrechts gehört zu den Kernelementen der Staatlichkeit. Es gibt insoweit kein Reservatsrecht der Kirchen im Hinblick auf Kirchenasylfälle. Die Letztentscheidung und Durchsetzung der entsprechenden nationalen und europäischen Gesetze im Rahmen der rechtsstaatlichen Verfahren liegt bei den zuständigen und demokratisch legitimierten Behörden und Gerichten.

Dies findet auch dem Grundsatz nach Akzeptanz. Von offiziellen Stellen der Kirchen wird heute auch in Bezug auf das Kirchenasyl weder ein Reservatsrecht behauptet noch gefordert. Vielmehr betonen Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen, dass man gerade nicht im „rechtsfreien



Ein Beispiel für Kirchenasyl: Flüchtlinge sind in einer Kirche untergebracht.

Foto: dpa

Raum“ agieren will. Man akzeptiere, dass niemand von der Beachtung von Recht und Gesetz entbunden sei. Im spezifischen Zusammenhang mit der Anerkennung oder Nichtanerkennung von Flüchtlingen und Asylbewerbern könne es aber – so wird argumentiert – im Interesse des Rechtsstaates liegen, sich die Kompetenz kirchlicher Gemeinden und Ordensgemeinschaften zu Nutze zu machen, um besorgten Hinweisen in Einzelfällen staatlicherseits nochmals nachzugehen. Trotz aller rechtsstaatlichen behördlichen und gerichtlichen Verfahren könnten einzelne Entscheidungen zu unerträglichen Härten führen. Hierauf ist man staatlicherseits eingegangen: Auf Ebene der Länder wurden Härtefallkommissionen gebildet, in denen Vertreter der großen Kirchen sitzen. Auf Bundesebene wurde 2015 ein besonderes Verfahren zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf der einen und Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen auf der anderen Seite vereinbart. Danach informieren Kirchengemeinden die Behörden unverzüglich über jeden Kirchenasylfall und erarbeiten möglichst innerhalb eines Monats ein Dossier, aus dem sich die besondere Härtesituation ergibt. Das BAMF überprüft daraufhin diese Fälle nochmals. Dabei können aber weder geltende gesetzliche Voraussetzungen für die Gewährung oder Nichtgewährung von Asyl oder Flüchtlingschutz in Frage gestellt werden; noch kann es darum gehen, bewusst auf eine Verfri-

stung in den Dublin-III Fällen hinzuwirken. Auch ist es im Blick auf die staatliche Letztentscheidung selbstverständlich, dass das Ergebnis einer solchen nochmaligen Überprüfung – mag sie positiv oder negativ sein – akzeptiert wird.

Die Einhaltung dieses Verfahrens hat auch unmittelbar Auswirkungen auf die strafrechtliche Seite. Fragen des Einwanderungs- und Aufenthaltsrechts betreffen – wie ausgeführt – Kernelemente der Staatlichkeit. Deshalb sind die entsprechenden Normen auch mit strafrechtlichen Sanktionen abgesichert. Das ist nach meiner Überzeugung auch richtig. Ich habe Verständnis dafür, dass manches Einzelschicksal gerade die Menschen bewegt, die sich – wie gerade auch die Kirchen vor Ort – in der Flüchtlingshilfe engagieren. Aber: In einem Rechtsstaat ist niemand von der Beachtung von Recht und Gesetz entbunden. Und die Staatsanwaltschaften sind nach dem sogenannten „Legalitätsprinzip“ verpflichtet, bei Verdacht einer Straftat zu ermitteln. Und ein solcher Verdacht kann sich bei Fällen des Kirchenasyls dann ergeben, wenn die Schritte des vereinbarten Verfahrens nicht beachtet werden – nicht nur gegen den betroffenen Ausländer selbst, sondern eben auch gegen Organisatoren oder maßgebliche Helfer. Wobei Staatsanwaltschaften und Gerichte die Besonderheiten eines jeden Einzelfalles berücksichtigen und meinem Eindruck nach mit Augenmaß agieren. Vor dem Hintergrund einzelner Fälle wird

nun eine „Entkriminalisierung des Kirchenasyls“ gefordert. Dies wäre ein Irrweg. Letztlich ginge das nur, wenn man Verstöße gegen das Einwanderungsrecht insoweit ganz aus dem strafrechtlichen Schutz herausnimmt. Ein Kernelement der Staatlichkeit schutzlos zu stellen, ist weder im Blick auf die Funktionsfähigkeit unseres Staates noch der Europäischen Union verantwortbar. Christliche Verantwortung heißt für mich, nicht nur den Einzelnen zu sehen, sondern auch die Funktionsfähigkeit der sozialen Gemeinschaft insgesamt.

Der Autor war von 2013 bis 2018 Bayerischer Staatsminister der Justiz und lehrte als Professor für Öffentliches Recht an der Universität Wuppertal.

HINTERGRUND

Der Fall der Äbtissin des Klosters Kirchschletten, Mechthild Thürmer, hat eine neue Debatte über das Kirchenasyl entfacht. Mutter Mechthild hatte in über 30 Fällen in der Vergangenheit Flüchtlingen in ihrem Kloster Kirchenasyl gewährt. Nun muss sie sich vor Gericht verantworten, es droht eine Freiheitsstrafe. In der nächsten Ausgabe wird ein Beitrag erscheinen, der das Thema aus einer anderen Perspektive beleuchtet.

Armenier fühlen sich nicht sicher

Es gab in Deutschland in den letzten Tagen verschiedene Übergriffe auf armenische Geschäfte **VON MICHAEL LEH**

Vor dem Kanzleramt in Berlin haben Vertreter von mehr als 30 armenischen Gemeinden und Organisationen zu Frieden und Deeskalation im neu aufgeflamten Konflikt zwischen Aserbeidschan und Armenien aufgerufen. Auf der Kundgebung am vergangenen Mittwoch wurden auch Angriffe auf Armenier in Deutschland beklagt. In der Nacht zum 23. Juli wurde in Berlin ein Fahrzeug der Botschaft Armeniens direkt vor dem Botschaftsgebäude angezündet. Da es sich um ein Botschaftsfahrzeug handelt, ermittelt der Polizeizeile Staatschutz.

Der Zentralrat der Armenier in Deutschland erklärte, unmittelbar nach dem Anschlag auf das Fahrzeug der Botschaft seien „etliche von Armeniern betriebene Geschäfte

und Unternehmen von Aserbaidshannern in Köln angegriffen und verwüstet worden, so unter anderem die InVenus-Bar einer armenischen Familie in Köln-Mülheim und eines Taxiunternehmers in Köln. Mehrere Mitglieder der Gemeindeorganisationen erhielten in den letzten Wochen telefonische Drohungen oder Drohbriefe.“ Es wird angenommen, dass die Vorfälle mit der neuen Eskalation des Konfliktes zwischen Armenien und Aserbaidshann zusammenhängen. Die Botschaft Aserbaidshans wies solche Vorwürfe zurück und erklärte: „Straftaten müssen durch die jeweiligen Justizbehörden aufgeklärt werden. Ohne eine rechtliche Beurteilung der Ereignisse jemanden zu beschuldigen, ist nichts anders als Verleumdung.“ Ein junger Armenier aus Hamburg

erklärte in einer Ansprache vor dem Kanzleramt: „Früher bin ich sorglos durch die Stadt gelaufen und musste meine Identität nicht verstecken. Heute muss ich mich sorgen, wenn ein Türke oder Aserbaidshanner meine Identität kennt. Das Kreuz, welches mich im Auto beschützen soll, muss ich herausnehmen, damit mein Auto nicht zerstört, angezündet oder damit ich nicht angegriffen werde. Und das hier in Deutschland. Die deutsche Regierung schweigt, und die Medien berichten zu wenig.“ Gayane Khachatryan, die Vorsitzende des „Armenisch-deutschen und internationalen Kulturvereins“ in Berlin, sagte zu den neuen Kämpfen an den Grenzen Armeniens: „In der armenischen Gemeinschaft in Deutschland besteht große Sorge, dass sich der Konflikt zu einem

regionalen Krieg mit unumkehrbaren Folgen zuspitzen könnte.“ Und: „Die Armenier als erstes christliches Volk sind gegen jegliche Gewalt und gegen jeglichen Krieg.“

Auch Experten rätseln jedoch, wer die neuen militärischen Konflikte ausgelöst hat und warum. Es kam seit dem 12. Juli wiederholt zu Grenzgefechten in der Provinz Tawusch im Nordosten Armeniens. Es gab Tote und Verletzte, auch unter der Zivilbevölkerung. Das Verteidigungsministerium Aserbaidshans erklärte, Armenier hätten „aserbaidshannische Dörfer mit großkalibrigem Waffen“ beschossen. Das Verteidigungsministerium Armeniens hingegen erklärte, es seien „armenische Dörfer mit Mörsergranaten und Haubitzen“ beschossen worden.



Thilo Sarrazin

VON SEBASTIAN SASSE

Thilo Sarrazin ist nicht mehr Mitglied der SPD, aber ist er auch kein Sozialdemokrat mehr? Vieles spricht dafür, dass sich der ehemalige Berliner Finanzsenator immer noch als ein solcher sieht. Anders lässt sich nicht erklären, warum er die Mühe eines Parteischiedsgerichtsverfahrens, das jetzt mit seinem Ausschluss endete, auf sich genommen hat und auch diese Entscheidung anfechten will. Die SPD ist ihm in 47-jähriger Mitgliedschaft zur politischen Heimat geworden. Dabei steht der 75-Jährige für eine ganz bestimmte Spielart des Sozialdemokratischen – die heute in der Parteispitze zwar nicht mehr mehrheitsfähig ist, bei einstigen Stammwählern sicher schon. Der Fall Sarrazin ist nicht nur einfach eine Personallie, er ist ein Symptom für den Niedergang der SPD als Volkspartei.

DER SOZI-PARIA

Als Sarrazin sein Parteibuch erhielt, im Jahr 1973, da stand die Sozial-Liberale Koalition gerade in ihrem Zenit. Denn der Regierung war etwas gelungen, was nicht jede Administration schafft, sie prägte den Zeitgeist – und zwar in einer interessanten Mischung: inhaltlich ambitioniert (Willy Brandt: „Wir schaffen das moderne Deutschland“) gepaart mit einem nüchternpragmatischen Stil in der Umsetzung (Helmut Schmidt: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.“). Es war wohl dieser Politik-Lifestyle, der die SPD für den späteren Karrierebeamen Sarrazin attraktiv gemacht hat. Denn dies alles passte zu seinen Talenten: der Fähigkeit zur kalten Analyse, dem Blick des Ökonomen für die Zahlenverhältnisse, seiner Lust an der technokratischen Gestaltung. Und dies sind auch die Eigenschaften, die Sarrazin sensibel für die Probleme der Integration und des politischen Islam gemacht haben. Kann man die Gefahren, die hier drohen, doch schon seit langem aus den Daten ablesen. Die Macher aus der Sozi-Generation Sarrazin folgten der Devise: Zahlen lügen nicht. Und Probleme müssen gelöst werden. Dass Sarrazin dann, vertrauend auf seine alten Stärken, ans Werk ging, Vorschläge zur Lösung dieser Probleme zu formulieren – klar und kalt, wie es eben seine Art ist – zeigt, dass Pragmatismus auch mit Naivität einhergehen kann. Denn inzwischen waren in der SPD die Macher von der Generation Sozialarbeiter abgelöst worden. Sie denken nicht nur anders, sie sprechen auch so. Dass Sarrazin für sie zum Paria wurde, war abzusehen. Dass allerdings viele Stammwähler sich eher mit Sarrazin identifizieren würden als mit Kevin Kühnert, ebenfalls. Sarrazin war für die SPD eine Chance, verlorenen Boden wieder gut zumachen. Keiner hat sie genutzt. Auch nicht Sigmar Gabriel der ja neuerdings auch gerne den Sozi-Dissidenten gibt. So schreiten Sarrazin und die Genossen nun wohl endgültig nicht mehr seit an seit.

Weniger Islamisten wurden ausgewiesen

BERLIN (DT/KNA) In diesem Jahr sind einem Zeitungsbericht zufolge trotz der Reisebeschränkungen durch die Corona-Pandemie bisher 24 Islamisten außer Landes gebracht worden. Darunter waren zwölf Menschen, die als „Gefährder“ eingestuft sind, wie die „Bild“-Zeitung, am vergangenen Mittwoch unter Berufung auf das Bundesinnenministerium berichtet hat. Im Vergleichszeitraum von Januar bis Juli 2019 waren es demnach 30 Islamisten, die abgeschoben wurden.

Wegen der Pandemie sei die Zahl der Abschiebungen insgesamt in diesem Jahr bisher deutlich zurückgegangen, so die Zeitung. Von Jahresanfang bis Ende Juni gab es laut Innenministerium 5667 Rückführungen. Im gesamten Jahr 2019 waren es demnach 25 031.

Abbas verlängert Corona-Notstand

RAMALLAH (DT/KNA) Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas hat wegen der Corona-Pandemie den Notstand für die palästinensischen Gebiete um einen weiteren Monat verlängert. Zudem kündigte die Regierung die Beibehaltung der gelockerten Covid-19-Schutzmaßnahmen an, wie die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa am Dienstagabend berichtete.

Nach den gelockerten Regelungen dürfen Cafés, Restaurants, Sportclubs und Fitnessstudios mit 50-prozentiger Kapazität den Betrieb aufnehmen. Größere Veranstaltung einschließlich Hochzeiten und Trauerfeiern bleiben verboten. Ferner beschloss die Regierung laut Bericht, eine erneute Ausgangssperre für Wochenenden einzuführen. Sie soll von donnerstags ab 21.00 Uhr bis sonntagmorgens gelten.

Negative Bilanz zu Rechten im Islam

FRANKFURT AM MAIN (DT/chp) Als einen traurigen Tag für die Menschenrechte hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ bezeichnet. Vor 30 Jahren, am 5. August 1990, hatte die Konferenz der „Organisation Islamischer Staaten“, heute Organisation für Islamische Kooperation (OIC), diese Erklärung beschlossen. „Aus Sicht der Menschenrechte ist der Jahrestag kein Grund zur Freude. Es ist ein trauriger Tag für die Menschenrechte nach dem Verständnis der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, denn die Menschenrechte gelten universell, sind für alle gleich und frei von religiösen Vorschriften wie der Scharia, erklärte Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM, gegenüber der „Tagespost“. Bis heute haben 55 der 57 OIC-Staaten die Erklärung durch ihre Außenminister unterzeichnet, darunter Ägypten, Iran, Pakistan sowie die Türkei. Unter dem Schutz der islamischen Scharia legitimiere nach den Worten Lessenthins die Kairoer Erklärung Praktiken, die die Integrität und Würde des menschlichen Wesens angreifen. Dies betreffe vor allem Frauen und Nichtmuslime. Aus dem generellen Vorbehalt der Scharia in der Erklärung und dem Schweigen zur vollen Rechtsgleichheit der Frau sowie zur negativen Religionsfreiheit werde deutlich, dass eine konsequente Gleichberechtigung von Menschen muslimischen Glaubens und Nichtmuslimen sowie Männern und Frauen nach der Kairoer Erklärung ausgeschlossen sei.

Bis heute halten die Signatarstaaten am Kern der Kairoer Erklärung fest und orientieren sich bei Abstimmungen im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats oder in der UN-Frauenkommission nicht an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, sondern maßgeblich an der Kairoer Erklärung, die an vielen Stellen Widersprüche zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufweist.

Der liberale Fels wankt

Ruth Bader Ginsburg gilt am Obersten Gerichtshof der USA als letzte „Bastion“ zur Verteidigung progressiver Werte. Warum ihr Gesundheitszustand Amerika in Atem hält

VON MAXIMILIAN LUTZ

Ruth Bader Ginsburg darf nicht sterben. So könnte man die Einstellung auf den Punkt bringen, mit der das liberale Amerika derzeit die Nachrichten über den Gesundheitszustand der ältesten Richterin am US-Supreme Court verfolgt – ihrer letzten „Bastion“ zur Verteidigung progressiver Werte. Vor gut einer Woche war Bader Ginsburg mal wieder in ein New Yorker Krankenhaus eingeliefert worden – aufgrund eines „minimal-invasiven, nicht-chirurgischen Eingriffs“, wie der Oberste Gerichtshof in einer knappen Presseerklärung mitteilen ließ. Dabei soll ein sogenannter Gallengang-Stent ausgetauscht worden sein – laut Medizinern eine häufig durchgeführte Maßnahme, um ein Infektionsrisiko zu verringern.

Erst im Juli war die 87-Jährige aufgrund des Verdachts einer Infektion ins Krankenhaus gebracht worden. Während des stationären Aufenthalts wurden ihr Gallensteine entfernt. Zudem ist sie erneut an Krebs erkrankt und wird mit einer Chemotherapie behandelt. In den vergangenen 20 Jahren litt Bader Ginsburg bereits mehrmals an der Krankheit, bezeichnete sich selbst aber erst im Januar dieses Jahres als genesen.

Immer dann, wenn sich der Gesundheitszustand der Juristin offenbar verschlechtert, horcht Amerika auf. Liberale, da sie fürchten, eine ihrer wortgewandtesten Vertreterinnen am Obersten Gerichtshof zu verlieren; Konservative, da sie genau dies hoffen. Quasi seit Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump im Januar 2017 steht Bader Ginsburg, die 1993 vom damaligen demokratischen Amtsinhaber Bill Clinton ernannt worden war, im Fokus des öffentlichen Interesses wie selten zuvor. In liberalen Kreisen ist ein regelrechter Hype um



Ruth Bader Ginsburg ist von Präsident Bill Clinton 1993 in den US-Supreme Court berufen worden. Die 87-jährige Richterin gilt als exponierte Vertreterin der liberalen Lagers. Sie hat dort den Status einer Symbolfigur. Foto: dpa

ihre Person ausgebrochen. Ihr Spitzname ist zugleich Titel eines Dokumentarfilms über ihr Leben: „The notorious RBG“. Die Berühmte also. Berühmt dafür, felsenfeste Überzeugungen zu haben. Und nicht von ihnen abzurücken.

Bader Ginsburgs Bilanz kann in der Tat als blütenweiße liberale Weste gelten: Sie gilt zeitlebens als Verfechterin sogenannter „Frauenrechte“ und verteidigte in mehreren Gerichtsentscheidungen das 1973 mit dem Urteil im Fall „Roe vs. Wade“ etablierte Recht auf straffreie Abtreibungen im ersten Trimester einer Schwangerschaft. 2015 stimmte sie mit der Mehrheit der Höchstrichter gegen ein Verbot der gleichgeschlechtlichen „Ehe“. Und auch den von vielen konservativen kritisierten „Affordable Care Act“, mit dem der ehemalige Präsidenten Barack Obama eine universale Kran-

kenversicherung für alle Amerikaner einführen wollte, hielt sie mit ihrer Stimme aufrecht, als dieser mehrmals vor dem Obersten Gerichtshof landete.

Verständlich, dass das konservative Amerika seit langem auf ihren baldigen Rückzug von der Richterbank hofft. Sollte sie – durch ihren Tod oder einen freiwilligen Rücktritt – aus dem Gremium der Höchststrichter ausscheiden, hätte Donald Trump noch immer die außergewöhnliche Gelegenheit, innerhalb einer Amtszeit gleich drei „Justices“ an den Supreme Court zu berufen. Doch die Chancen standen schon einmal besser. Denn jeder Kandidat des Präsidenten muss erst vom Senat bestätigt werden. Dort haben die Republikaner zwar seit den Kongresswahlen 2018 eine Mehrheit von 53 der insgesamt 100 Sitze.

Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass manch ein parteiinterner Kritiker des US-Präsidenten unter den Senatoren gegen dessen Nominierung stimmen wird – ein langwieriger Bestätigungsprozess droht, wie bereits im Falle von Trumps vorherigen Richterernennungen, Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh. Sollte Trump die Präsidentschaftswahlen im November gegen seinen Herausforderer Joe Biden verlieren, blieben nicht einmal mehr sechs Monate Zeit, um einen Kandidaten zu nominieren und im Senat durchzusetzen. Tritt jedoch das eher unwahrscheinliche Szenario ein und Trump gelingt es tatsächlich, einen dritten Höchst-

richter zu berufen, würde am Obersten Gerichtshof eine konservative Richtermehrheit von sechs zu drei herrschen. Die ranghöchste judikative Institution der USA wäre somit wohl auf Jahre, wenn nicht gar auf Jahrzehnte, konservativ geprägt. Zwar darf man nicht dem Fehlschluss aufsitzen und davon ausgehen, ein jeder Höchststrichter würde stets im Sinne des Präsidenten stimmen, der ihn ernannt hat. Doch hinsichtlich zukünftiger (gesellschafts-)politischer Weichenstellungen, wie beispielsweise in der Abtreibungsfrage, wären Konservative zweifellos gestärkt.

So erklären sich das bange Zittern auf progressiver und das – zynisch ausgedrückt – erwartungsvolle Hoffen auf konservativer Seite, wann immer der Name Ruth Bader Ginsburg in den Schlagzeilen auftaucht.

Priester wurden entführt

In Nigeria eskaliert die Gewaltkriminalität: Mehrere Priester sind von kriminellen Banden entführt worden. Parallel dazu spitzt sich die Lage im Bundesstaat Borno zu: Dort wütet die islamistische Terrororganisation Boko Haram und ISWAP

VON CARL-HEINZ PIERK

Wenn, dann sind sie überwiegend negativ: Schlagzeilen über das bevölkerungsreichste Land Afrikas, über Nigeria. Die Gewaltkriminalität hat in den letzten Wochen im Nordwesten deutlich zugenommen. Allein im Distrikt Sabon-Birni, in der Provinz Sokoto, wurden mehr als 70 Menschen getötet. Regierung und Sicherheitsorgane haben indes keine Antwort auf die Sicherheitsprobleme. „Unsere Regierung ist völlig überfordert und die Zahl der Todesopfer steigt.“ So beschreibt Matthew Kukah, Bischof von Sokoto, im Gespräch mit dem päpstlichen Hilfswerk „Kirche in Not“ die ausufernde Gewalt in Nigeria. Nur ein gemeinsames Einschreiten der internationalen

Gemeinschaft und der Regierung des Landes könne der dramatischen Situation ein Ende setzen. Immer häufiger lauern kriminelle Banden Priestern auf, um diese zu entführen. Manchmal bleiben sie monatelang verschwunden. Entführt wurde vor wenigen Tagen im Bundesstaat Edo Pater Amadasun Idahosa. Der katholische Geistliche war nach Angaben des vatikanischen Fides-Dienstes vermutlich von Fulani-Nomaden entführt worden. Neben dem Priester entführten die Banditen mehrere andere Personen, die in den Wald verschleppt wurden und dort festgehalten werden, bis Familien oder Freunde ein Lösegeld zahlen. Eine Richtlinie der Bischofskonferenz von Nigeria sieht dagegen vor, dass im Fall der Entführung von Priestern und Ordensleuten kein Lösegeld gezahlt werden soll.



Schon einem Jahrzehnt leidet der Nordosten des Landes unter dem Terror von Boko Haram. Die Anschläge haben über 30 000 Opfer gefordert. Foto: dpa

Seit über zehn Jahren Schauplatz eines der blutigsten Konflikte der Welt ist der Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias. Die Auseinandersetzung mit der islamistischen Terrororganisation Boko Haram und der Splitterfraktion Islamic State West Africa Province (ISWAP) dürfte bereits mehr als 30 000 Tote gefordert und über zwei Millionen Menschen vertrieben haben. Die ISWAP hatte sich 2016 von Boko Haram abgespalten und mit dem „Islamischen Staat“ verbündet. Auf ihr Konto soll auch die kürzliche Ermordung von fünf Mitarbeitern von Hilfsorganisationen im Nordosten Nigerias gehen. Die Terrororganisation hatte in einem Video erklärt, die fünf Entwicklungshelfer getötet zu haben.

Laut dem Internetportal von „Morning Star News“, einer gemeinnützigen Organisa-

tion, die speziell über verfolgte Christen berichtet, wurden drei der Männer, die dem Video zufolge von hinten erschossen wurden, von einem Bewohner des Bundesstaates Borno, in dem die Hinrichtungen offenbar stattfanden, als Christen identifiziert.

Fünf Entwicklungshelfer wurden getötet

In dem 35-Sekunden-Video knien die drei Christen zusammen mit zwei anderen, die als Muslime gelten, mit verbundenen Augen vor rotem Tuch, während fünf mit AK-47-Gewehren bewaffnete Männer hinter ihnen stehen. „Dies ist eine Botschaft an alle, die von Ungläubigen benutzt werden, um Muslime zum Christentum zu konvertieren“, sagt einer der Henker in der Hausa-Sprache, übersetzt von Morning Star News. „Wir möchten, dass ihr da draußen versteht, dass diejenigen von euch, die benutzt werden, um Muslime zum Christentum zu bekehren, nur für eigennützige Zwecke benutzt werden“, sagte der Islamist und fügte hinzu, dass christliche Organisationen sich angeblich nicht um das Wohlergehen entführter Mitarbeiter kümmerten.

„Wir rufen euch daher auf, zu Allah zurückzukehren, indem ihr Muslime werdet. Wir werden weiterhin alle Verkehrswege, auf denen ihr unterwegs seid, blockieren“, sagte der Terrorist und warnte deutlich: „Wenn ihr unsere Warnung nicht beherzigt, wird das Schicksal dieser fünf Personen euer Schicksal sein“.



Im Juni gab es große Demonstrationen gegen die Regierung. Hier in Bamako wurde der Rücktritt des Präsidenten gefordert.

Foto: dpa



Imam Dicko wurde durch den Wahhabismus in Saudi-Arabien geprägt. Foto: Reuters



Die Parlamentswahlen führten zu keiner Beruhigung der Lage: Präsident Ibrahim Boubacar Keita bei der Stimmabgabe. Foto: dpa

Hilfe für den Libanon

BEIRUT (DT/KNA) Die Explosionen im Hafen der libanesischen Hauptstadt Beirut am Dienstagabend mit mindestens 100 Toten und mehr als 4.000 Verletzten sorgen international für Bestürzung. Der libanesischer Ministerpräsident Hassan Diab erklärte den Mittwoch zum Staatstrauertag. Unterdessen baten Regierungen dem Land ihre Unterstützung an, Kirchenvertreter riefen zum Gebet für Opfer auf, Hilfsorganisationen äußerten sich besorgt mit Blick auf die Folgen der Katastrophe.

Die Bundesregierung zeigte sich erschüttert über die Berichte und Bilder der Katastrophe. „Diese Katastrophe trifft ausgerechnet den ohnehin krisengebeutelten Libanon schwer, das Ausmaß der Zerstörung ist kaum zu fassen“, sagte Außenminister Heiko Maas (SPD) der „Bild“-Zeitung, gestern. Deutsche Unterstützung solle nun schnell erfolgen. „Allein lässt sich eine solche Krise nicht bewältigen, das ist für kein Land möglich. Libanon kann auf Deutschlands Hilfe zählen“, betonte Maas.

Auch der französische Präsident Emmanuel Macron sagte dem Libanon Unterstützung zu. Notärzte sowie medizinisches Material seien bereits auf dem Weg.

Die Zahl der Toten ist gestern auf mindestens 100 gestiegen, wie das libanesischer Rote Kreuz am Mittwoch erklärte. Demnach wurden etwa 4.000 Menschen verletzt. Rettungshelfer suchten in den Trümmern nach weiteren Opfern. Der Generalsekretär des Roten Kreuzes, George Kattanah, sagte der Deutschen Presse-Agentur, die Zahl der Opfer werde wahrscheinlich weiter steigen.

Siehe auch Seite 8

Der Imam greift nach der Macht

Es brodelt in Mali: Der Oppositionsführer Mahoud Dicko, ein Salafist, will nicht mit der Regierung zusammenarbeiten

VON BODO BOST

Die Präsidenten Nigerias, Ghanas, Nigers, des Senegals und der Elfenbeinküste waren vor kurzem in die malische Hauptstadt Bamako geflogen, um das Land, das mit vielen anderen Ländern Westafrikas eine Grenze teilt, politisch zu stabilisieren. Nach stundenlangen Gesprächen, erst mit Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita, dann mit dem Oppositionsführer Imam Mahmoud Dicko, erteilte der Imam dem schwergewichtigen Quintett allerdings eine klare Absage. Zu Beginn der letzten Woche wurde bei einem virtuellen Gipfeltreffen der fünf Präsidenten ein Vierpunkteplan verabschiedet, der die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und die Wiederholung der umstrittenen Parlamentswahlen vom April vorsieht. Imam Dicko

wurde sogar ein Regierungsamt angeboten, doch Präsident Keita und sein Premierminister sollen im Amt bleiben können. Doch die Opposition um Imam Dicko, der sich „Imam des Volkes“ nennt, lehnte auch diesen Vorschlag bereits ab.

Neben der durch Corona verschärften Sicherheitskrise im Norden des Landes erlebt Mali jetzt eine sich verschärfende politische Krise im Zentrum des Landes. Auslöser waren die umstrittenen Parlamentswahlen vom März, deren Ergebnis von der Opposition und internationalen Beobachtern angezweifelt wurde. Präsident Keita war zwar danach auf die Opposition zugegangen und hatte Revisionen bei der Zusammensetzung des Parlaments angekündigt. Dies war den Anhängern der Oppositionsbewegung um Imam Mahmoud Dicko jedoch nicht genug. Es kam zu Protesten, bei denen im Juni 14 Demonstranten von Sicherheitskräften erschossen wurden. Seitdem brodelt es in Mali. Imam Dicko, Malis charismatischer salafistischer Meinungsführer, bezeichnete den Dialog mit Präsident Keita bereits Anfang Juli als gescheitert.

Der Erzbischof von Bamako macht sich für Dialog stark

Kurz zuvor hatte sich jedoch noch der Erzbischof von Bamako, Kardinal Jean Zerbo, sowie andere muslimische Religionsvertreter für einen Dialog stark gemacht. Imam Dicko will jetzt den Rücktritt von Präsident Keita, der mit seiner Hilfe 2013 erst an die Macht gekommen war. Keitas Amtszeit dauert offiziell noch bis 2023. Sein Rücktritt oder Sturz könnte das Land mit rund 20 Millionen Einwohnern in eine weitere schwere Krise stürzen.

Präsident Keita vermochte seine aufgewühlte Heimat selbst nach sieben Amtsjahren nicht zu stabilisieren. Noch immer wird der Norden des Landes von islamistischen Extremisten unsicher gemacht; die unter anderen von Soldaten der deutschen Bundeswehr ausgebildete Armee agiert gegen die Dschihadisten hilflos und lässt ihren Frust immer wieder an der Zivilbevölkerung aus. Die Wirtschaft liegt am Boden, dafür wächst die Korruption. Gegen diese Korruption wettern jetzt die salafistischen Eiferer um Imam Dicko, die nicht weniger korrupt sind, aber dies besser hinter religiösen Floskeln und Staffierungen verbergen können. Mit leeren religiösen Floskeln haben sie es geschafft, moralische Integrität zu gewinnen, deshalb traut nur ihnen das Volk zu, den korrupten politischen Eliten das Handwerk zu legen.

Dicko nennt sich „Imam des Volkes“

Mahmoud Dicko führt seit Jahren nicht etwa einen Feldzug gegen den islamistischen Terror, sondern gegen die angebliche „Verwestlichung“ seiner Heimat. Er schreibt den Niedergang Malis dem Ausverkauf muslimischer Traditionen zu. Bereits vor Jahren kämpfte Dicko, der sich jetzt gerne als Reformator gibt, erfolgreich gegen die Gleichstellung der Frauen, gegen die Einführung der Sexualkunde als Schulfach und gegen ein Schulbuch, das die Homosexualität als Thema behandelte.

Während des Studiums in Saudi-Arabien hatte Dicko den politischen Wahhabismus und seine Ideologie, den Salafismus, kennen und lieben gelernt. Zurück in Mali predigte er eine malische Variante des Salafismus, ohne zu sagen, was das in dem Land heißt, wo eine große Mehrheit der Muslime Anhänger des sufischen, mystischen Islams ist. Ebenso, wie die im Norden Malis operierenden Extremisten, die Dicko aus seinen fundamentalistischen Koranschulen kennt, die ihre Treue entweder Al-Kaida oder dem „Islamischen Staat“ geschworen haben, lehnt Dicko den malischen Sufismus und die Heiligenverehrung ab. Manchmal bezeichnet er Erdogan als sein Vorbild, manchmal die Muslimbruderschaft.

Überraschenderweise hatte Dicko im Jahr 2013 die „Befreiung“ der Nordhälfte des Landes, darunter auch seiner Heimatstadt Timbuktu, von der Gewaltherrschaft der Extremisten durch die Streitkräfte der ehemaligen Kolonialmacht Frankreichs begrüßt. Die Extremisten hatten dort islamische kulturelle Werte von Hunderten von Jahren mutwillig zerstört. Jetzt will er jedoch die noch immer im Land agierenden französischen Soldaten so schnell wie möglich nach Hause schicken, wohl wissend, dass dann seine Glaubensbrüder aus dem Norden die Macht im ganzen Lande übernehmen werden.

Der 66-jährige Dicko, der Imam einer Moschee in der Hauptstadt Bamako ist, war von Januar 2008 bis April 2019 Vorsitzender des Hohen Islamischen Rats (HCI), eine einflussreiche Position in einem Land, das zu 90 Prozent muslimisch ist. Während sich die Mehrheit der Bevölkerung aus gemäßigten sunnitischen Malekiten zusammensetzt, verkörpert Dicko eine rigorose, vom saudischen Wahhabismus inspirierte Strömung. Der HCI, der dem saudisch geprägten Fundamentalisten nahesteht, hat unter Führung von Dicko den rigoristischen Islamismus in dem eigentlich für seine religiöse Toleranz bekannten Mali verbreitet. Seit einigen Jahren gibt sich Dicko jedoch als gemäßigt. Doch es gibt Misstrauen gegenüber dieser Wandlung: Imame mit anderer Ausrichtung werfen ihm vor, gemeinsame Sache mit den Terroristen zu machen.



Ein Blick auf den Schauplatz der Explosion am Hafen von Beirut. Foto: dpa

Kritik an türkischen Gefängnissen

STRASSBURG (DT/dpa) Das Anti-Folter-Komitee des Europarats (CPT) hat Missstände in türkischen Gefängnissen und Polizeistationen scharf kritisiert. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan müsse stärker gegen mutmaßliche Misshandlungen von Festgenommenen in Polizeigewahrsam vorgehen, erklärte das Gremium am Mittwoch bei der Vorstellung zweier Berichte zur Lage in türkischen Gefängnissen. Die türkische Polizei müsse eine „klare und feste Botschaft“ erhalten, dass es für Misshandlungen in Polizeigewahrsam und in Haftanstalten keinerlei Toleranz gebe, so das Expertengremium.

Die Botschaft müsse von der höchsten politischen Ebene ausgehen, „nämlich dem Präsidenten der Republik“, schrieb das Gremium weiter. Während eines Besuchs von mehreren Polizeistationen und Haftanstalten im Jahr 2019 sei eine „beträchtliche“ Zahl an Vorwürfen der Polizeigewalt an das Gremium herangetragen worden, erklärte CTP. In den meisten Fällen war es demnach um Schläge gegangen, mit denen entweder ein Geständnis erzwungen oder jemand in Polizeigewahrsam bestraft werden sollte, schrieb die Expertengruppe.

Die Härte der vorgebrachten mutmaßlichen Misshandlungen sei im Vergleich zu einem Besuch im Jahr 2017 weniger schwer gewesen – die Zahl sei aber gleichbleibend hoch und deshalb besorgniserregend, so das Gremium. Die türkischen Behörden wiesen in einer Antwort auf den Report die Vorwürfe zurück. Es sei nicht üblich, Geständnisse und Informationen durch die Anwendung von Gewalt zu erzwingen.

LEITARTIKEL

„Covidioten“ oder Bürgerprotest?



Corona verändert das Verhältnis der Deutschen zum Staat. Rechtsliber-täres Denken ersetzt konservatives Staatsvertrauen. Die Mitte verliebt sich hingegen neu in den Staat.

VON OLIVER MAKSAN

Zwischen zehntausend bis eine Million Teilnehmer: Wenn die Angaben zu einer Veranstaltung derart auseinandergehen, kann man getrost von heftigen qualitativen und nicht nur quantitativen Wahrnehmungsdissonanzen sprechen. Wieviele Teilnehmer auch immer am Samstag in Berlin Unter den Linden gegen die Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern demonstriert haben mochten: Es geht dabei nicht um Zahlen. Es geht um die Deutungshoheit in der Pandemie.

Öffentlich-rechtliche Medien und Politiker schlagen die Hände über dem Kopf zusammen angesichts der versammelten Corona-Demonstranten. Kanzler-Aspirant Markus Söder rät als Psychohygieniker zum geistigen Abstandhalten. SPD-Co-Chefin Saskia Esken sprach gar von „Covidioten“. Bürgerbeschimpfung ist mittlerweile zur Paradedisziplin der höheren SPD-Funktionäre avanciert. Niemand kann das besser als die Chefin. Nuancierter äußerte sich

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Im Interview sah er nicht nur Covidioten am Werk. Es gebe nicht die eine Gruppe, die in Berlin demonstriert habe. Es seien unterschiedliche Gruppen, unterschiedliche Anliegen, unterschiedliche Motivationen. Damit dürfte der ambitionierte CDU-Mann der Wahrheit nähergekommen sein als seine SPD-Kollegin. In Berlin war von echten Verschwörungstheoretikern über solche, die ihre Freiheitsrechte durch den Staat bedroht sehen, bis zu denen, die die Verhältnismäßigkeit der staatlichen Maßnahmen bezweifeln, eben alles dabei.

Ob die Demonstranten nun in der Sache Recht haben oder nicht: Sie übten ihr gutes demokratisches Recht aus. Politik und Medien wären gut beraten, das einzusehen. Wann sind Bürgerrechte etwas wert, wenn nicht in Zeiten maximalen politischen Dissenses? Eine Veranstaltung mit – sagen wir – sehr vielen Menschen, die bewusst auf Maske und Abstand pfeifen, muss Gesund-

heitsämter natürlich beunruhigen. Aber der Staat muss sie hinnehmen. Die aktuelle Pandemieentwicklung lässt es zu. Gefahr ist nicht im Verzug. Fundamentale demokratische Freiheitsrechte dürfen nur im absoluten Notfall suspendiert werden.

Gewiss, eine Mehrheit der Deutschen folgt der Politik und fühlt sich in guten Händen. Sie fühlt ihre Freiheiten mit guten Gründen eingeschränkt und sieht auch keine Diktatur heraufziehen. Andere haben da eben ihre Zweifel. Interessant ist dabei die Transformation der politischen Rechten in Deutschland. Den etatistischen Traditionen des Landes entsprechend war sie eigentlich immer für den starken Staat. Spätestens seit Hegel und in Übereinstimmung mit preußischen und protestantischen Traditionen hatte der Staat einen verheißungsvollen, ja metaphysischen Klang. Das ändert sich gerade.

Warf man Kanzlerin Merkel in der Migrationskrise noch Staatsversagen vor, forderte also noch den starken Staat, der seine Grenzen zu schützen vermag, wird nun zunehmend der Staat selber zum Problem. Wie in den USA gewinnt rechtslibertäres Denken an Einfluss. Der Staat gilt als Gefahr für bürgerliche Freiheit. Dieser zunehmenden Staatskritik von rechts entspricht in der breiten Mitte und links von ihr ein neues Vertrauen in den Staat. Man wähnt sich bei Merkel und Co. in guten Händen. Corona wirbelt gerade das Verhältnis der Deutschen zum Staat bunt durcheinander.

KOMMENTAR

„Überspanntes Sprachgehabe“

VON ALEXANDER RIEBEL

Wir leben doch in Freiheit, heißt es immer wieder, wenn es um Begrenzungen des Sprachgebrauchs geht. Ganz frei ist dieser Sprachgebrauch nicht. Studenten wissen das, denn sie müssen in ihren Referaten auf gendergerechte Sprache achten. Wenn nicht, gibt es Ärger mit dem „Büro für Gender und Diversity“. Sucht solch ein Büro Mitarbeiter, wird die Stelle ausgeschrieben mit „(m/w/d)“, wobei „d“ Diversity heißt, eben alles Mögliche, was es an sexuellen Ausprägungen gibt. Dem gilt es, sprachlich gerecht zu werden.

Falsch liegt der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann also nicht, wenn er gegenüber der Deutschen Presse-Agentur gegen die „Sprachpolizisten“ wettet: „Von diesem überspannten Gehabe halte ich nichts.“ Natürlich dürfe man mit der Sprache niemanden verletzen. „Aber jeder soll noch so reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist“, meinte er. Und nicht nur das, Kretschmann verschärfte seine Sicht noch durch

den Hinweis, dass er „ein ganz strikter Gegner von diesem Jakobinismus“ sei und sprach von „Tugendterror“.

Natürlich weiß Kretschmann, dass die Kanalisierung der Sprache in genderkonforme Strukturen nur Teil eines umfangreicheren Unternehmens ist, das sich der Antidiskriminierung verschrieben hat. Dazu gehört der Rassismusverdacht, unter den nun Kretschmanns Lieblingsphilosophin Hannah Arendt geraten ist. Wie schwierig das Problem des Rassismus ist, wird an Kretschmanns Verteidigung der Philosophin deutlich. Auch wenn sie den Afrikanern eine Mitschuld an deren Sklaverei vorgeworfen hat, so habe sie doch die Verschiedenheit der Menschen zum „Grundlagenprogramm ihrer politischen Philosophie gemacht“. Wenn der Straßename „Hannah Arendt“ wie jetzt in Leipzig verhindert wird, hat in diesem Fall die Gedankenpolizei erfolgreich gesäubert. Was wohl nach Sprache und Gedanken als nächstes gesäubert wird?

GASTKOMMENTAR

Beten wir für den Libanon!

VON FLORIAN RIPKA

Fassungslos und traurig sehen wir, welche Schneise der Zerstörung die Explosion im Hafen der libanesischen Hauptstadt Beirut am Dienstag geschlagen hat. Unser Mitgefühl gilt den mindestens 73 Todesopfern und den über 3 000 Verletzten. Der Schock sitzt tief, und niemand kann die Folgen der Katastrophe abschätzen. Erschwerend kommt hinzu: Das Unglück hat das Land in einer Phase schwerer politischer wie wirtschaftlicher Probleme getroffen. „Kirche in Not“ hat im Libanon viele Projektpartner. Wir standen mit einigen von ihnen in Kontakt, sie sind gottlob unversehrt. Allerdings berichten sie: „Es sieht hier aus wie im Krieg.“

Als wäre die Detonation nicht schon schlimm genug, steckt noch weiterer politischer Sprengstoff hinter der Katastrophe. Das machen die (vor)schnellen Schuldzuweisungen und Vorwürfe aus dem In- und Ausland deutlich. Die Explosion hat den ganzen Libanon, den Nahen Osten und die ganze Welt erschüttert. Sie zeigt einmal mehr, welches politische Pulverfass der Nahe Osten ist – mit weitreichenden und

nicht absehbaren Folgen auch für den Westen.

Denn der Libanon ist für viele Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak ein Hort der Sicherheit geworden. Gerade die Kirchen unterschiedlicher Konfessionen im Libanon haben Unglaubliches geleistet, um Flüchtlinge und Menschen in Not aufzunehmen und zu versorgen. Während andere sich reflexhaft mit Schuldzuweisungen beschäftigen, gilt das Augenmerk von „Kirche in Not“ und anderen Organisationen den betroffenen Menschen. Sie brauchen jede Hilfe, um das Unglück zu verarbeiten. Das gilt sowohl seelisch und geistlich, als auch karitativ und mitmenschlich. Wir dürfen den Libanon nicht vergessen, Zuflucht- und Hoffnungsort seit biblischen Zeiten. Weniger Säbelraseln und Vergeltungsrufe, mehr Solidarität und Deeskalation: Das ist jetzt das Gebot der Stunde. Beten wir für den Libanon – und helfen wir!

Florian Ripka ist Geschäftsführer des Hilfswerkes „Kirche in Not“ Deutschland.

Ob die Berliner Demonstranten in der Sache Recht haben oder nicht: Sie übten ihr gutes demokratisches Recht aus.

PRESSESTIMMEN

Neuer Migrationsdruck auf Europa
Der Mailänder „Corriere della Sera“ betrachtet die zunehmende Migration von Tunesien aus über das Mittelmeer mit großer Sorge:
Die Tunesier sind ganz offensichtlich Wirtschaftsmigranten. Covid-19 hat einer sehr instabilen politischen Situation den Gnadestoß versetzt, und wer die Überfahrt bezahlen kann, schaut sich die Karte an und versucht, Lampe-dusa zu erreichen. Aber Italien hat mit Tunis ein Rückführungsabkommen, und es ist gut, dessen strikte Anwendung anzukündigen.
Die Flugzeuge werden jedoch nicht ausreichen. Und die Drohung, die 6,5 Millionen Euro, die als Hilfen bereits vereinbart wurden, auszusetzen, muss in der tunesischen Regierung erörtert werden, wobei keinen Nationalismus provoziert werden darf, der kontraproduktive Auswirkungen haben könnte. Auch hier bedarf es der Klarheit: Die Krise in Tunesien wird nicht von heute auf morgen beseitigt werden, und sie könnte

dem Migrationsdruck neue Wege eröffnen. Was ist mit Europa? Natürlich müssen wir uns auch an Europa wenden. Vielleicht, indem wir Angela Merkel, die uns beim Wiederaufbausünden sehr unterstützt hat, an die Zeiten erinnern, in denen ihre Regierung für eine Revision des Dubliner Übereinkommens war, das für uns negative Auswirkungen hat. Aber machen wir uns keine Illusionen. Aus den Vereinbarungen zur Unterstützung der am stärksten vom Virus betroffenen Wirtschaften ist Europa mit neuen Horizonten, aber auch mit deutlicheren Schwächen hervorgegangen, die sich aus der klaren Trennung zwischen Deutschland/Frankreich, den südlichen Ländern, den „Genügsamen Vier“ und der Visegrad-Gruppe ergeben. Eine gerechte und vollständige Aufteilung aller, die in Italien ankommen, steht nicht auf der Tagesordnung. Wir müssen uns vorerst mit der von Gruppen und Regierungen angekündigten freiwilligen Aufnahme begnügen, wie bereits in der Vergangenheit. Denn die Migranten können nicht nur unsere Demo-

kratien, sondern auch Europa zugrunde richten.

Ordensfrauen helfen Opfern von Menschenhandel
„Alfa y Omega“ (Madrid) schreibt zum Welttag gegen den Menschenhandel:
Am Welttag gegen den Menschenhandel, der am 30. Juli begangen wird, wollen die Vereinten Nationen die Bemühungen von Organisationen und Personen hervorheben, die sich auch in der Pandemie dafür einsetzen, „die Opfer von Menschenhandel zu erkennen, zu unterstützen, zu beraten, ihnen Recht zu verschaffen und die Straffreiheit von Menschenhändlern zu bekämpfen“. In Spanien steht zum Beispiel das „Proyecto Esperanza“ an erster Stelle. Trotz der Beschränkungen durch den Notstand haben die Ordensfrauen aus der Kongregation der „Adoratrices“ zwischen dem 14. März und dem 21. Juni 136 Menschen aufgenommen, wobei ihre Ressourcen fast vollständig ausgelastet waren. Ihre Arbeit angesichts dieser „wahren Geißel unserer Gesellschaft“ führt uns vor

Augen, dass zur Sensibilisierung der Bevölkerung, sowie für die Begleitung und Unterstützung der Opfer und der Verfolgung jener, die ihre Würde verletzen, noch viel getan werden muss.

Präsenzunterricht nicht forcieren
Der US-amerikanische „National Catholic Reporter“ mahnt zur strengen Einhaltung von Corona-Regeln an katholischen Schulen im Land:
Es werden täglich neue Entscheidungen gefällt, aber es hat sich herauskristallisiert, dass Privatschulen für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts offener sind als öffentliche Schulen. Die Erzdiözese Los Angeles hatte ursprünglich Pläne zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts angekündigt, nachdem die öffentlichen Schulen den Unterricht online geben wolle. Später musste die Erzdiözese jedoch auf den reinen Fernunterricht umstellen, nachdem Corona-Spitzenwerte staatliche Auflagen zum Online-Unterricht auslösten. Einige Eltern ... nehmen ihre Kinder von den öffentlichen Schulen und schi-

cken sie auf private – auch katholische – Schulen, weil sie glauben, dass es dort bessere Chancen zum Präsenzunterricht gibt. [...] Katholische Schulen müssen Vorreiter zur Herausformung von Pro-Life-Werten, bei denen die Gesundheit, die Sicherheit und das Leben von Menschen an erster Stelle stehen, sein. Sie dürfen Lehrer, Mitarbeiter und Studenten nicht an die Frontlinie der Pandemie stellen.

Mehr Unternehmergeist
In Mexiko-Stadt ruft „Desde la Fe“ zur Solidarität angesichts der prekären Wirtschaftslage des Landes auf:
Angesichts der prekären Wirtschaftslage, in der sich zahlreiche Brüder und Schwestern befinden, appellieren wir, als Gesellschaft zusammenzuhalten. [...] Und die Kirche bittet die ganze Gesellschaft weiterhin um Unterstützung der Ärmsten. Wir wollen jene ermutigen, die die Möglichkeit haben, Arbeitsplätze zu schaffen, den Unternehmergeist ansprechen und uns gemeinsam dafür einsetzen.

PIUS XII. Vor 70 Jahren erschien das Lehrschreiben „Humani generis“. Ihm war ein echter Theologenkrimi vorausgegangen S. 16



Wer erteilt wem Nachhilfeunterricht?

Nun wird über die Gespräche zwischen Rom und den deutschen Bischöfen zur Gemeinde-Instruktion und zum Synodalen Weg spekuliert **VON GUIDO HORST**

Die Bereitschaft, die der Präfekt der Kleruskongregation, Kardinal Beniamino Stella, signalisiert hat, mit deutschen Bischöfe in Rom zu sprechen, um deren Zweifel und Verblüffung angesichts der Vatikan-Instruktion über die Gemeinde-reformen zu mildern, entspricht der Ahnung auf deutscher Seite, dass irgendwann diese unheimliche Begegnung der dritten Art kommen muss. Nach dem Brief des Papstes an das pilgernde Volk Gottes, den die Protagonisten des Synodalen Wegs schon sehr einseitig interpretieren mussten, um daraus noch eine Unterstützung des Dialogprozesses in Deutschland zu machen, kam nun die Vatikan-Instruktion aus dem Hause Stella zu den Gemeinde-reformen: Die Zementierung der Rolle der Priester als Letztverantwortliche der Pfarreien und das klare Nein zu den Leitungsteams waren zwar nicht das Hauptanliegen der Instruktion, standen aber im krassen Widerspruch zu den Intentionen des Synodalen Wegs. Dass es nun zu Gesprächen zwischen den Verantwortlichen in Deutschland und Rom kommen müsse, liegt in der Luft. Wird es dazu nach der Ferienzeit kommen?

Nun hat sich auch der stellvertretende Konferenzvorsitzende, der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode, dazu geäußert: Der Synodale Weg sei eigentlich die deutsche Antwort auf das Schreiben aus Rom, weil er sich nun einmal genau mit den Themen der Instruktion befasse, sprich „Kirche der Beteiligung, Priestermangel, priesterliche Lebensformen und die Mitwirkung von Frauen und Männern in der Kirche“. Er wünsche sich, dass es am Ende nicht einfach nur ein Antwortschreiben aus Rom auf die Ergebnisse des Dialogprozesses in Deutschland gebe, sagte der Bischof dem Evangelischen Pressedienst. „Meine Hoffnung ist eine Teilsynode, die sich den Fragen widmet“, präzi-

sierte Bode und meinte damit wohl eine Spezial-versammlung der Bischofssynode, die – wie es im Kirchenrecht heißt – Angelegenheiten behandelt, „die unmittelbar eine oder mehrere Regionen betreffen“. Die Partikularsynoden oder Sondersynoden hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, die Amazonas-Synode war eine solche, zum Beginn des Pontifikats von Johannes Paul II. hat es sie für die Ortskirche in den Niederlanden und die katholischen Bischöfe der Ukraine gegeben. Warum jetzt nicht auch für den deutschen Episkopat?

Allerdings laufen auch die Sondersynoden nach dem üblichen Verfahren ab: Der Papst beruft sie ein, er wählt die Synodalen aus, legt die Themen und die Tagesordnung fest und bedient sich dabei des Generalsekretariats der Bischofssynode in Rom. Als „Hörer“ und „Experten“ teilnehmende Laien würden kein Stimmrecht besitzen. An der Vorbereitung einer solchen Synode hätten Ver-

treter des deutschen Episkopats ihren Anteil, aber diese wäre beileibe kein Forum, auf dem die deutschen Bischöfe Rom lehren, wie sich die Kirche inzwischen gewandelt hat – so wie Bischof Bode verstanden werden kann: Die Römer machen eine Instruktion, und unser Synodaler Weg ist die Antwort darauf.

So klingt auch Albert Gerhards, emeritierter Professor für Liturgie-Wissenschaft an der Universität Bonn. Er befürchtet, dass die deutschen Bischöfe in Rom Nachhilfeunterricht bekommen sollen. „Ich glaube, da verheben die sich ein bisschen in Rom.“ Stattdessen sollten Gespräche im Vatikan eine Gelegenheit sein, „den römischen Herrschaften mal ein bisschen zu berichten, was eigentlich Sache ist“, meinte Gerhards gegenüber dem „domradio.de“. „Denn ich habe den Eindruck, dass die dort doch zu wenig Kenntnisse der tatsächlichen Gegebenheiten haben. Insgesamt muss man sagen – und das

gilt ja für den gesamten deutschen Prozess des Synodalen Weges – fehlt in Rom das Verständnis für die Besonderheit der deutschen Situation.“

Für Gerhards ist Deutschland ein Land, „in dem fünfhundert Jahre lang zwei große Konfessionen zunächst nebeneinander und jetzt miteinander leben und leben. Wir haben eine ganz andere Wahrnehmung von Christentum, als das etwa in den monokonfessionellen Ländern Südeuropas der Fall ist. Und hier, glaube ich, müssten die in Rom etwas Nachhilfeunterricht bekommen. Und das wäre vielleicht eine Gelegenheit, wenn die deutschen Bischöfe jetzt da hingehen, das denen mal zu geben.“

Eine Sondersynode als Nachhilfeunterricht für Rom? Auch wenn Kardinal Stella jetzt Gesprächsbereitschaft signalisiert – und Bischof Bode sogar von „Teilsynode“ spricht: So funktionieren die Dinge in Rom nicht, dass der Vatikan eine Instruktion verfasst und ein nationaler Synodaler Weg seine Beschlüsse als Antwort präsentiert, von denen man in Rom dann zu lernen hat.

Zudem wird Kardinal Stella im Sommer 2021 achtzig Jahre alt und gehört mit den Kurienkardinalen Marc Ouellet (Bischöfe), Giuseppe Versaldi (Bildung), Luis Ladaria (Glaube) und Robert Sarah (Liturgie) zu den Präfekten, die – da nun älter als 75 – jederzeit in den Ruhestand gehen könnten. Läuft alles nach Fahrplan, wäre es sowieso wahrscheinlich, dass die deutschen Bischöfe im kommenden Herbst nach fünfjähriger Pause ihren nächsten „Ad linina“-Besuch absolvieren. Das wäre dann Gelegenheit zu Gesprächen – gerade und vor allem mit dem Papst. Aber dass auch diese Gelegenheit zu einem „Nachhilferunterricht“ für den Vatikan werden könnte, will in Rom niemand so richtig glauben.

Bilder Fotomontage: stock.adobe.com

IM BLICKPUNKT

Ein fundamentaler Streit

VON PETER WINNEMÖLLER

Vor 25 Jahren, am 10. August 1995, verkündete das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung gegen das Kruzifix in Klassenzimmern. Es waren drei Schüler und deren Eltern, die aufgrund ihrer anthroposophischen Weltanschauung gegen die Aufhängung von Kreuzen in bayrischen Klassenzimmern geklagt hatten. Die Entscheidung wurde mit Art. 4 des Grundgesetzes begründet, der eine uneingeschränkte Religionsfreiheit gewährt. Nach Auffassung des Gerichts gehört dazu die negative Religionsfreiheit. Den Kindern war der Anblick des Kreuzes nach Ansicht des Gerichts nicht zuzumuten. Das Kruzifix ist das Zeichen des christlichen Glaubens schlechthin. Kein anderes Symbol zeigt deutlicher, wie das Heil erworben wurde. Der Erlöser der Menschen musste einen grausamen Tod sterben. Es hat Jahrhunderte gedauert, bis sich das Symbol im Christentum etablierte. Im christlichen Abendland war das Kreuz ein Bekenntnis und zugleich das Zeichen der Basis von Werten und Rechtsordnung. Darum hängt das Kreuz in Schulen, Behörden und Gerichten. Darum findet es sich in Wohnungen, Wirtschaftshäusern, Krankenhäusern und Altenheimen. Das Kreuz ist dem Menschen in unserer

Kultur real wie auch im übertragenen Sinn stets vor Augen gewesen. Es war eine Frage der Zeit, bis sich die Bürger in einer fast vollkommen säkularisierten Gesellschaft an einem Zeichen solcher Deutlichkeit stören mussten und es zu einem Streit vor Gericht führen würde. Das Ende eines solch fundamentalen Streits konnte nur aufgrund einer höchstgerichtlichen Entscheidung zu erwarten sein. Der Prozess wurde denkbar emotional geführt und von aufgeführten Demonstrationen begleitet. Der Sache selbst wurde das nicht gerecht. Es geht um Vernunft. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, so lautet das berühmte Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde. Das Kreuz steht genau für diese Voraussetzungen, auf denen dieser Staat und sein Rechtssystem beruhen. Es hätte in einem Land mit so deutlich christlicher Tradition eine mit Vernunft gut begründete Grundsatzentscheidung für das Kreuz geben müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat dagegen den Grundsatz der negativen Religionsfreiheit der freien Religionsausübung über-

geordnet. Dieser Paradigmenwechsel hat nicht nur die Sicht auf das Kreuz, sondern die Sicht auf die Religion insgesamt verändert. In seiner Rechtsprechung seither folgt das höchste Gericht diesem Grundsatz. Bekannt geworden ist dazu unter anderem das Kopftuchurteil. Dass das Kreuz dennoch nicht ganz aus dem öffentlichen Raum verschwindet und der bayrische Kreuzerlass von Ministerpräsident Söder Bestand haben dürfte, ist ebenfalls jener Entscheidung zu verdanken. Der Betrachter dürfe dem Kreuz nicht ausgeliefert sein, lautet eine der Einschränkungen, die das Urteil machte. So sind Kreuze vorhanden, aber aus dem Zentrum an den Rand gerückt. Es wäre Aufgabe der Kirche, das Kreuz wieder ins Zentrum zu rücken, statt an Kreuzerlassen herumzumäkeln. Immerhin sieht nicht einmal der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Anblick eines Kreuzes als Verstoß gegen die Menschenrechte. Das Urteil hatte in bayrischen Klassen keine Folgen. Aufgrund der neuen Schulordnung hängen in Bayern weiterhin Kreuze in den Klassenzimmern. Sie werden nur abgehängt, wenn atypische Ausnahmefälle vorliegen und das Abhängen durch einzelne Klagen ausdrücklich verlangt wird.

KOMMENTAR

Gebot und Dispens

VON BARBARA STÜHLMAYER

Wer sich dieser Tage die Frage stellt, ob die Sonntagspflicht, von der im Zuge der Corona-Pandemie in zahlreichen Diözesen dispensiert wurde, inzwischen wieder gilt, erhält je nach Wohnort drei unterschiedliche Antworten. Der Erzbischof von Bamberg sowie die Bischöfe von Fulda und Hildesheim haben die Sonntagspflicht wieder in Kraft gesetzt, verweisen aber darauf, dass gemäß geltendem Kirchenrecht bei gesundheitlicher Gefährdung oder wenn die Möglichkeit zur Teilnahme vor Ort nicht besteht, kein Gottesdienst besucht werden muss.

In den meisten Bistümern wurde die generelle Dispens jedoch beibehalten. Das ist verwunderlich. Denn eigentlich ist der Codex Iuris Canonici in dieser Frage vollkommen klar. Kanon 1248 § 2 sieht vor, dass die Gläubigen sich „eine entsprechende Zeit lang dem persönlichen Gebet oder dem Gebet in der Familie oder gegebenenfalls im Familienkreis widmen“, wenn aus einem „schwerwiegenden Grund die Teilnahme an einer Eucharistiefeier unmöglich ist“. Eine Dispens wäre deshalb eigentlich gar nicht nötig gewesen. Dennoch gab es nur zwei Diözesen, die Bistümer Regensburg und Osnabrück, in denen gemäß CIC darauf hingewiesen wurde, dass die Gläubigen aufgrund des Lockdowns und des Verbots öffentlich gefeierter Gottesdienste ihre Sonntagspflicht auf die im kirchlichen Gesetzbuch genannte Weise erfüllen und, soweit möglich, an einem über das Internet, das Fernsehen oder im Radio ausgestrahlten Gottesdienst teilnehmen mögen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bischöfe entschied sich hingegen für eine Aufhebung der Sonntagspflicht. Doch diese Dispens hat, von vielen offenbar nicht bedachte, Folgen. „Man sollte nicht übersehen“, so der Münchener Professor für Kirchenrecht Pater Stephan Haering, „dass zum Sonntagsgebot nicht nur die Messpflicht gehört, sondern auch die Arbeitsruhe. Davon zu dispensieren bestand kein Anlass.“

So entsteht zum einen der Eindruck, dass die eilige Aufhebung der Sonntagspflicht unter einem gefühlten gesellschaftlichen Druck erfolgte. Man wollte auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass – vor allem gesundheitlich besonders gefährdete Menschen – unter Druck gesetzt würden, etwas zu tun, was ihnen schaden könne. Ein an sich gutes Motiv, aber mit Blick auf die kirchliche Gesetzeslage unnötig.

Stattdessen wären der Lockdown und das Verbot gottesdienstlicher Feiern eine Chance zur Verkündigung gewesen. Man hätte die vielen inzwischen dem Sinn und Inhalt nach nicht mehr bekannte Sonntagspflicht in einem angesichts der Umstände von zahlreichen Menschen beachteten katechetischen Prozess geistlich erschließen können.

nen. So aber wurden viele gute Angebote – Betrachtungen per Rundmail, WhatsApp-Gruppen, in denen geistliche Musik und spirituelle Impulse geteilt wurden und natürlich online ausgestrahlte Gottesdienste – logisch betrachtet – durch das Aussetzen der Sonntagspflicht ad absurdum geführt. Sie wirken dann wie das Angebot an eine Schulklasse, eine Hausaufgabe freiwillig zu erledigen, was, wie jeder Lehrer weiß, dann maximal drei ambitionierte Schüler tun.

Nun hat die Dispens sicherlich niemanden davon abgehalten, die vielen Angebote zu nutzen. Aber die Chance zur geistlichen Formung zu vertun, ist dennoch ein sprechendes Zeichen für die gegenwärtige Situation der Kirche in Deutschland. Und es gibt – gewiss ungewollt – denen Recht, die die Behauptung in den Raum stellen, der christliche Glaube trage nicht zur Bewältigung der Krise bei.

Der dritte signifikante Umstand ist die bestehende Uneinigkeit der Bischöfe: Die einen haben die Sonntagspflicht inzwischen wieder eingeführt, die anderen bleiben bei der Dispens. Dies macht den Eindruck, dass hier jeder die Regel nach seiner Fassung auslegt. Das wäre sicherlich kein Schaden, wenn Auslegungsspielraum bestünde oder die schiere Notwendigkeit aufgrund unterschiedlicher lokaler Verhältnisse dies nahelegte, aber beides ist nicht der Fall. Insofern ist der Umgang mit der Frage, was tun, wenn die Kirchen durch eine staatliche Verordnung geschlossen werden, zu einem Lehrstück in Sachen Kirchlichkeit geworden. Die überbordende Debattenkultur, die den performativen Prozess der Vermittlung der kirchlichen Lehre weitgehend ersetzt hat, trägt auch hier ihre keineswegs nährenden Früchte.

Das ist schade, denn es gibt in unserer Tradition durchaus Antworten auf die Frage, wie man auf Krisen wie die derzeitige reagieren und im christlichen Sinne mit ihr umgehen kann. Der heilige Karl Borromäus beispielsweise ließ sich von den Stadtoberen in Mailand keineswegs davon abhalten, Kranke und Sterbende zu besuchen, als die Pest grassierte, sondern riskierte lieber einen Prozess, bei dem er am Ende übrigens freigesprochen wurde, und unternahm gemeinsam mit zwölf Klerikern seines Bistums eine stellvertretende Wallfahrt zum Grabbuch von Turin.

Um wieviel mehr kann der Verweis auf diese überzeitliche Wirklichkeit durch unsere Hirten die Freude am Glauben mehreren! Denn nicht die Gesundheit, sondern das ewige Leben ist das höchste Gut. Und die Konzentration darauf kann unter der ebenso sinnvollen wie Notwendigen Beibehaltung oder der zügigen Wiedereinsetzung der Sonntagspflicht mit ihrer Einladung zur Ruhe vor dem Herrn, zum gemeinsamen Gebet und zur geistlichen Lektüre zum Wegweiser aus der gegenwärtigen Krise werden. Die Chance dazu besteht mancherorts bereits.

PERSONALIEN

Das katholische Erzbistum in Moskau erhält erstmals einen Weihbischof. Wie der Vatikan (Donnerstag) mitteilte, ernannte Papst Franziskus den russischen Ordensmann **NIKOLAJ GENNADEVICH DUBININ** (47) für die Erzdiözese „Muttergottes von Moskau“. Dubinin gehört den Franziskaner-Minoriten an und war Leiter eines ordenseigenen Verlagshauses in Sankt Petersburg. Der gebürtige Südrusse studierte unter anderem in Polen und Italien und wurde 2000 zum Priester geweiht.

Neuer Generalsekretär des vatikanischen Wirtschaftssekretariats wird der spanische Wirtschaftsexperte **MAXIMINO CABALLERO LEDO** (60). Das teilte der Vatikan am Dienstag mit. Caballero wird damit rechte Hand des spanischen Jesuiten **JUAN ANTONIO GUERRERO** (61), den der Papst im November zum Leiter des Sekretariats berufen hatte.

VERANSTALTUNG

Bischof Oster in Maria Vesperbild

Am 15. August, dem Hochfest der Aufnahme Mariens in den Himmel, feiert der Passauer Bischof Stefan Oster SDB, um 19 Uhr das Pontifikalamt mit Predigt an der Mariengrotte. Die anschließende Lichterprozession führt über den Schlossberg zurück zur Mariengrotte. Die Erteilung des Segens und die Papsthymne beschließen den Abend. Der Gottesdienst wird von Radio Horeb live übertragen.

Bis zu 500 Gläubige sind genehmigt. Durch Bodenmarkierungen werden die Abstände klar geregelt. Während der Prozession muss Mundschutz getragen werden. Die Kräuterbüschen werden vormittags in den hl. Messen um 7.30, 8.30, 10.15 und 11.30 Uhr geweiht.

www.maria-vesperbild.de

Franziskus und seine Sekretäre

Still und unsichtbar: Jetzt ist die zweite Generation im Amt VON GUIDO HORST



Der „Neue“ aus dem Staatssekretariat: Don Fabio Salerno arbeitet als Privatsekretär für Papst Franziskus.

Foto: KNA

Einen umtriebigen wie einflussreichen Privatsekretär vom Schlage eines Stanislaw Dziwicz oder einen „George Clooney im Vatikan“ wie Georg Gänswein sollte es an seiner Seite als Papst nicht geben, und so haben alle vier bisherigen Privatsekretäre von Franziskus eines gemeinsam: Sie fallen nicht auf, halten sich stets im Hintergrund, treten nicht an der Seite des Papstes auf und sind allenfalls kurz zu sehen, wenn sie beim Gebet des Angelus oben am Fenster über dem Petersplatz das Mikrofon für ihren Dienstherrn richten. Dziwicz und Gänswein standen während eines ganzen Pontifikats an der Seite ihrer Päpste – und erwarben sich damit eine nicht ganz unwichtige Position. Unter Franziskus arbeitet jetzt die zweite Generation an Papstsekretären, die erste trat still und schweigend ab, wie dann in diesem Jahr die zweite gekommen war.

Zuletzt löste jetzt der Italiener Don Fabio Salerno den Ägypter Monsignor Yoannis Lahzi Gaid, einen Priester der koptisch-katholischen Kirche, ab. Der Neue, Don Fabio, stammt aus Kalabrien, ist 41 Jahre alt und hatte nach der Priesterweihe 2011 die Päpstliche Diplomaten-Akademie in Rom besucht, worauf Stationen an der Nuntiat in Indonesien und dann bei der vatikanischen Vertretung beim Europarat in Straßburg folgten. Zuletzt arbeitete der langgewachsene Italiener in der zweiten, für die Beziehungen zu den Staaten zuständigen Sektion des Staatssekretariats.

Auch der Ägypter Gaid war aus dem diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls in die Privatzimmer von Franziskus gekommen, hatte in den Nuntiatoren in Bagdad und Amman gearbeitet und diente Franziskus als Übersetzer, wenn der Papst arabische Gäste empfing. Eine besondere Rolle spielte Gaid bei den Vorbereitungen der gemeinsamen katholisch-sunnitischen „Erklärung der Brüderlichkeit“, die der Papst und der Groß-Imam von Al-Azhar, Ahmed al-Tayyeb, im Februar 2019 in Abu Dhabi unterschrieben.

Monsignore Gaid wurde dann auch Mitglied im Hochkomitee für die menschliche Brüderlichkeit, das das Dokument von Abu Dhabi vor allem im muslimischen Raum weiter bekannt machen will.

Schon Ende des letzten Jahres hatte ein Privatsekretär sein Amt bei Franziskus wieder verlassen, der argentinische Monsignore Fabián Pedacchio Leániz, der wieder als Mitarbeiter in die Bischofskongregation zurückging, von der aus er bereits 2014 zu Franziskus gestoßen war. Auf Bitten der Kongregation hatte Kardinal Jorge Mario Bergoglio Pedacchio schon 2007 nach Rom geschickt. Er wirkte dort als guter Vertrauter Kardinal Bergoglios in der „Bischöfsfabrik“ des Vatikans.

Für Pedacchio kam dann Anfang des Jahres ein alter guter Bekannter, der Priester Gonzalo Aemilius aus Uruguay, Jahrgang 1979, den Bergoglio schon 2006 kennengelernt hatte und den er 96 Stunden nach sei-

ner Wahl zum Papst in der Menschenmenne wiederentdeckte. Aemilius hätte alle Chancen gehabt, zu einem „Georg Clooney“ im Vatikan zu werden. Auch er hochgewachsen, blond und wegen seines guten Aussehens mehrfach Gast in Talkshows, wo er über seine Arbeit unter Jugendlichen und über seinen Lieblingsclub „Atletico Peñarol“ berichtete, wofür er dann von diesem die Ehrenmitgliedschaft mit der runden Nummer 60 000 erhielt.

Aber auch Pedacchio verschlang der Vatikan in den ersten sieben Monaten dieses Jahres wie ein Grab. Als ihn Franziskus im März 2013 unter dem Publikum entdeckt hatte, holte er den Priester zu sich an den Altar und bat die Anwesenden darum, für Aemilius und seine Arbeit mit den Straßenkindern Montevideos zu beten. Dadurch wurde Aemilius zum wohl bekanntesten Priester Uruguays. Doch für die Papstsekretäre in Santa Marta gilt das nicht. Sie sollen verborgen bleiben.

Der fünfte Sekretär von Franziskus sollte das nur kurz bleiben. Den Malteser Alfred Xuereb hatte dieser als zweiten Privatsekretär von Papst Benedikt übernommen, machte ihn dann aber schon im November 2013 zu seinem Verbindungsmann zu den beiden Kommissionen für den IOR und die Finanzverwaltung des Vatikans, später dann, 2014, zum Generalsekretär des neuen Wirtschaftssekretariats. Von dort schickte ihn dann Franziskus als Nuntius – und Erzbischof – nach Korea und in die Mongolei.

Regensburg als Vorreiter

Bistum erhöht Anerkennungsleistung für Missbrauchsoffer auf bis zu 50 000 Euro

REGENSBURG (DT/KNA) Das Bistum Regensburg hat die Anerkennungsleistungen für Opfer von Missbrauch erhöht. Ab Juli 2020 können Betroffene sexueller Gewalt bis zu 50 000 Euro und Betroffene massiver körperlicher Gewalt bis zu 12 500 Euro erhalten, wie die Diözese (Montagabend) auf ihrer Internetseite mitteilte. Die Auszahlung, die auch Menschen erhielten, die schon Geld zugesprochen bekommen hätten, werde nicht mit einer neuerlichen Prüfung bereits anerkannter Beschuldigten verbunden.

„Mir ist bewusst, dass auch die höhere Anerkennungsleistung das erlittene Unrecht nicht wieder gutmacht und dass das Leid nicht einfach verschwindet“, erklärte Bischof Rudolf Voderholzer. Er verbinde

den Schritt aber mit der Hoffnung, dass Betroffene diesen als ein Zeichen annähmen, „nach unseren Möglichkeiten zu einer Heilung und Befriedung beizutragen“.

Mit dem Entschluss, den Opfern höhere Geldleistungen zukommen zu lassen, wird laut Mitteilung eine Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz vom März umgesetzt. Sie soll Menschen erreichen, die als Minderjährige Opfer von Gewalt durch kirchliche Mitarbeiter geworden seien, ihre Ansprüche auf Schmerzensgeld oder Schadensersatz aber nicht mehr erfolgreich vor einem staatlichen Gericht einklagen könnten. Das sei dann der Fall, wenn die Beschuldigten verstorben oder Verjährungsfristen überschritten seien. Im Bistum Regensburg gebe es seit fast zehn Jahren

dieses Anerkennungsverfahren für sexuelle Gewalt und seit einigen Jahren auch für massive körperliche Gewalt. Die finanziellen Leistungen, die die Diözese in diesem Bereich zur Auszahlung bringe, stammten aus Erträgen, die sie mit ihren Anlagen erzielt habe. Zwischen 2010 bis 2019 seien mehr als vier Millionen Euro für Anerkennungsleistungen bereitgestellt worden.

Bereits seit 1. Juni bietet mit dem Bistum Augsburg eine weitere bayerische Diözese Opfern von Missbrauch und Gewalt im kirchlichen Kontext mehr Geld an. Eine neue „Anerkennungs- und Unterstützungsordnung“ soll „der Tatsache Rechnung tragen, dass Missbrauch in nicht wenigen Fällen berufliche und gesundheitliche Langzeitfolgen haben kann“.

„Standorte reduzieren löst kein Problem“

Ein Vorschlag zur Reform der Priesterausbildung stößt auf Widerstand. Der Regensburger Regens Martin Priller erläutert den Hintergrund

VON REGINA EINIG

Herr Regens, die Arbeitsgruppe der deutschen Bischöfe will mit weniger Standorten für die Priesterausbildung Qualitätssicherung erreichen. Warum befürchten mehrere Hirten, eine Umsetzung dieses Vorschlags könne zu einer Nivellierung der Ausbildung führen?

Es ist wohl der recht radikal wirkende Vorschlag einer Reduzierung auf ganze drei Studienstandorte deutschlandweit, der solche Befürchtungen auslöst. Weniger Vielfalt, weniger ortskirchliche Prägung, da ginge schon etwas verloren. Ich bedauere sehr, dass nach der öffentlichen Festlegung auf mögliche Standorte die Diskussion sich fast ausschließlich um eine Art Verteilungskampf dreht. Dabei geht es um die Qualität der Priesterausbildung. Das wäre in meinen Augen die wichtigere Diskussion: Welche Qualität möchten wir denn haben und wie lässt sie sich sichern? Einfach nur Standorte reduzieren, um größere Lerngruppen zu bekommen, löst kein Problem, sondern schafft erst mal neue. Das wissen Bischof Genn und die Mitglieder der Arbeitsgruppe natürlich auch. Nur dreht sich die ganze Diskussion jetzt um das Schließen von Seminaren. Das ist sehr kontraproduktiv.

Warum? Sind Kooperationen und Seminarschließungen bis zu einem bestimmten Grad nicht sinnvoll?

Nur in Kategorien von Institutionen und Immobilien zu denken ist mir zu statisch, zu eindimensional. Priesterausbildung ist ein komplexes, vernetztes Geschehen, heute schon. Sie verläuft periodisch und dynamisch. Man muss Kooperationen von dieser Wirklichkeit her denken, nicht nur als Zusammenlegung von Einrichtungen. Kooperationen sind auch punktuell und projektbezogen vorstellbar. Die verschiedenen Standorte haben ihre besonderen Prägungen und Charismen.

Ein Beispiel?

Ich nenne als Beispiel die Einbindung der Pastoralpsychologie in die Priesterausbildung, die am Würzburger Priesterseminar eine starke Tradition aufweisen kann. Es wäre schade, wenn mit der Entscheidung, die Studienphase künftig von Würzburg nach München zu verlegen, diese Kompetenz verloren wäre. Man kann sie auch für andere fruchtbar machen, wenn man Elemente der Priesterausbildung modularisiert und in überdiözesanen Ausbildungseinheiten vermittelt.

Inwiefern?

Die Besten sollten für alle da sein. Das ist für viele Themen der Seminarbildung denkbar: Medienschulung, Rhetorik, liturgische Ausbildung, Studientage zu aktuellen Fragestellungen und so weiter. Wir haben im Kreis der bayerischen Regenten über die Idee einer „Summerschool“ oder Ferienakademie nachgedacht mit wechselnden Themen an wechselnden Standorten für alle Seminaristen.

Was erhoffen Sie sich davon?

Das hätte ein hohes Potenzial, für die Teilnehmenden wie für Referenten ein attraktives Format zu sein. So bekommt man die wirklich guten Leute. Man kann sich auch jenseits des Kirchturmschattens umsehen. Wir hatten in Regensburg für dieses Semester ein Projekt mit einer Designklasse der Fachhochschule zur Gestaltung moderner liturgischer Gefäße in Planung, das leider wegen der Pandemie verschoben werden musste. In der Corona-Situation haben wir dafür gelernt, dass Kooperation auch ortsunabhängig geht: Videokonferenzen, Webinare... Wie gesagt: Man darf Kooperationen



Welche theologische Fakultät in Zukunft für die Priesterausbildung noch gebraucht wird, dürfte die Bischöfe in Zukunft beschäftigen.

Symbolbild: KNA-

nicht nur als Zusammenlegung von Institutionen sehen.

Inwieweit haben Sie sich in Regensburg schon Gedanken über eine Reform der Priesterausbildung gemacht?

Natürlich, eine gute Vorbereitung der Kandidaten muss uns etwas wert sein. Wir sind in Regensburg seit etwa zwei Jahren in Vorbereitung einer Ausbildungsreform, die darauf abzielt, das Studium zu stärken, indem wir die Monate der Vorlesungszeit von Unterrichtseinheiten der Priesterausbildung entlasten. Gleichzeitig wollen wir den Praxisbezug vertiefen, wenn wir die Seminaristen während der vorlesungsfreien Zeiten in Pfarreien einsetzen. Ausbildungstage im Priesterseminar dienen der Begleitung und Reflexion der Praxiserfahrungen und

einen Heimvorteil, manchmal auch der Bischof, dessen Bistum die meisten Seminaristen entsendet. Kennen Sie Beispiele für gelungene Kooperationen, die anzuschauen sich lohnt?

In Regensburg sammeln wir seit zwölf Jahren Erfahrungen in der Kooperation mit dem Bistum Passau. Eine lautet: Es hängt wesentlich von den handelnden Personen ab. Aber natürlich muss man auch durch geeignete Strukturen und verlässliche Vereinbarungen die Voraussetzungen schaffen. Das Priesterseminar Wien ist nach meiner Kenntnis in der Zusammenarbeit mit den Diözesen Eisenstadt und St. Pölten ein interessantes Beispiel: „Drei Priesterseminare unter einem Dach und unter einer gemeinsamen Leitung“ – diese Formel wird auf der Homepage genannt und gibt Einblick in Lernprozesse und notwendige Entscheidungen. So etwas läuft nicht einfach ohne Zutun glatt. Sicher ein interessanter Lernort.

In Ostdeutschland ist das Übergehen des Standorts Erfurt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung als Zeichen der Unsolidarität gewertet worden. Zu Recht?

Ich kann die Emotion nachvollziehen. Und auch wieder nicht, wenn man weiß, dass allein in St. Georgen Seminaristen aus drei ostdeutschen Diözesen studieren, nicht etwa in Erfurt. Dabei wären Merkmale eines Standorts in den immer noch „neu“ genannten Bundesländern für alle angehenden Priester interessant: die Diasporasituation, das agnostische Umfeld, in dem Kirche sich dort ihren Platz suchen muss. Man sollte überlegen, ob man das nicht auch für Seminaristen anderer Bistümer fruchtbar machen kann im Rahmen dessen, was ich vorhin zu dynamischen Formen von Kooperation gesagt habe.

Wie bewerten Sie den Vorwurf des Fakultätentags (Johanna Rahner), junge Männer würden kaserniert, um sie getrennt von anderen Studenten „vermeintlich geschützt, behütet und exklusiv als Priesterkaste auf ihren Einsatz vorzubereiten“?

Für eine Verärgerung über den vorab nicht kommunizierten Vorstoß der Bischöfe und eine vielleicht reflexhafte Äußerung als Reaktion darauf habe ich Verständnis. Sollte das wohl bedacht gewesen sein, spräche aus

solchen Formulierungen allerdings Unkenntnis und Feindseligkeit. Darüber will ich mich nicht aufhalten.

Die von J. Rahner geäußerte Sorge, der Reformvorschlag könne Debatten über Standortreduzierungen katholisch-theologischer Fakultäten befeuern, klingt für manche Steuerzahler nach professoraler Pfründesicherung, aber nicht unbedingt nach Qualitätssicherung des Studiums. Tatsächlich ist es derzeit kaum möglich, geeignete Bewerber für die vorhandenen Lehrstühle zu finden. Spricht das nicht für eine Reduzierung der Standorte?

Verbeamtete Professoren an den Fakultäten staatlicher Universitäten müssen sich um ihre Pfründe nicht sorgen, sondern

können sich ganz der Sicherung der Qualität ihrer Lehre widmen. Aber Ironie beiseite: Der Präsident der Universität Regensburg, Professor Udo Hebel, wird nicht müde, bei jeder Veranstaltung der Fakultät für Katholische Theologie darüber zu sprechen, wie unverzichtbar die Theologie für die Verwirklichung der Universitätsidee ist. Im Dialog der Wissenschaften, in der interdisziplinären Vernetzung, im Vor-Denken gesellschaftlicher Grundfragen hat die wissenschaftliche Theologie ihren festen Platz und muss ihn aber auch immer wieder neu begründen. Natürlich ist auch für die theologischen Fakultäten die Frage der Qualitätssicherung zu stellen. Ich bin überzeugt, dass der Fakultätentag mit diesen Themen intensiv und konstruktiv befasst ist.

Anzeige



Regens Martin Priller.

Foto: Archiv

bieten darüber hinaus die bisher während der Semester auf das Studium „draufgesetzte“ geistliche, pastorale und liturgische Ausbildung. Wir halten diese Pläne für kompatibel mit den von den Bischöfen vorgelegten Ideen.

Weltkirchlich betrachtet sind interdiözesane Priesterseminare keine Besonderheit. Spricht man mit den betreffenden Bischöfen, hört man aber nicht selten, dass das Untereinander-Abstimmen der Hirten und die gemeinsame Beschlussfassung ein diplomatisches Kunststück ist. Der Ortsbischof hat in der Regel



MONATSWALLFAHRT AM FATIMATAG

im 30. Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands und am Tag des Mauerbaus (13. August 1961)

13. AUGUST

WALLFAHRTSKIRCHE 97337 DETTELBACH

18.15 Uhr Aussetzung des Allerheiligsten, Rosenkranz und Lauretanische Litanei

19.00 Uhr Pontifikalamt mit Bischof Wolfgang Ipolt

anschl. Primizsegen durch Kaplan Johannes Winkeler



Herzlich willkommen!

 26. September: Besinnungstag mit Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg im Exerzitienhaus Himmelsporten
Information und Anmeldung: anmeldung@fwa-wuerzburg.de oder ☎ 0931 272346

FATIMAWELTAPOSTOLAT WÜRZBURG

Domersparrgasse 10 * 97070 Würzburg * www.fwa-wuerzburg.de * info@fwa-wuerzburg.de * [facebook](https://www.facebook.com/fwa.wuerzburg)

Ratzinger: Kentenich wurde nicht rehabilitiert

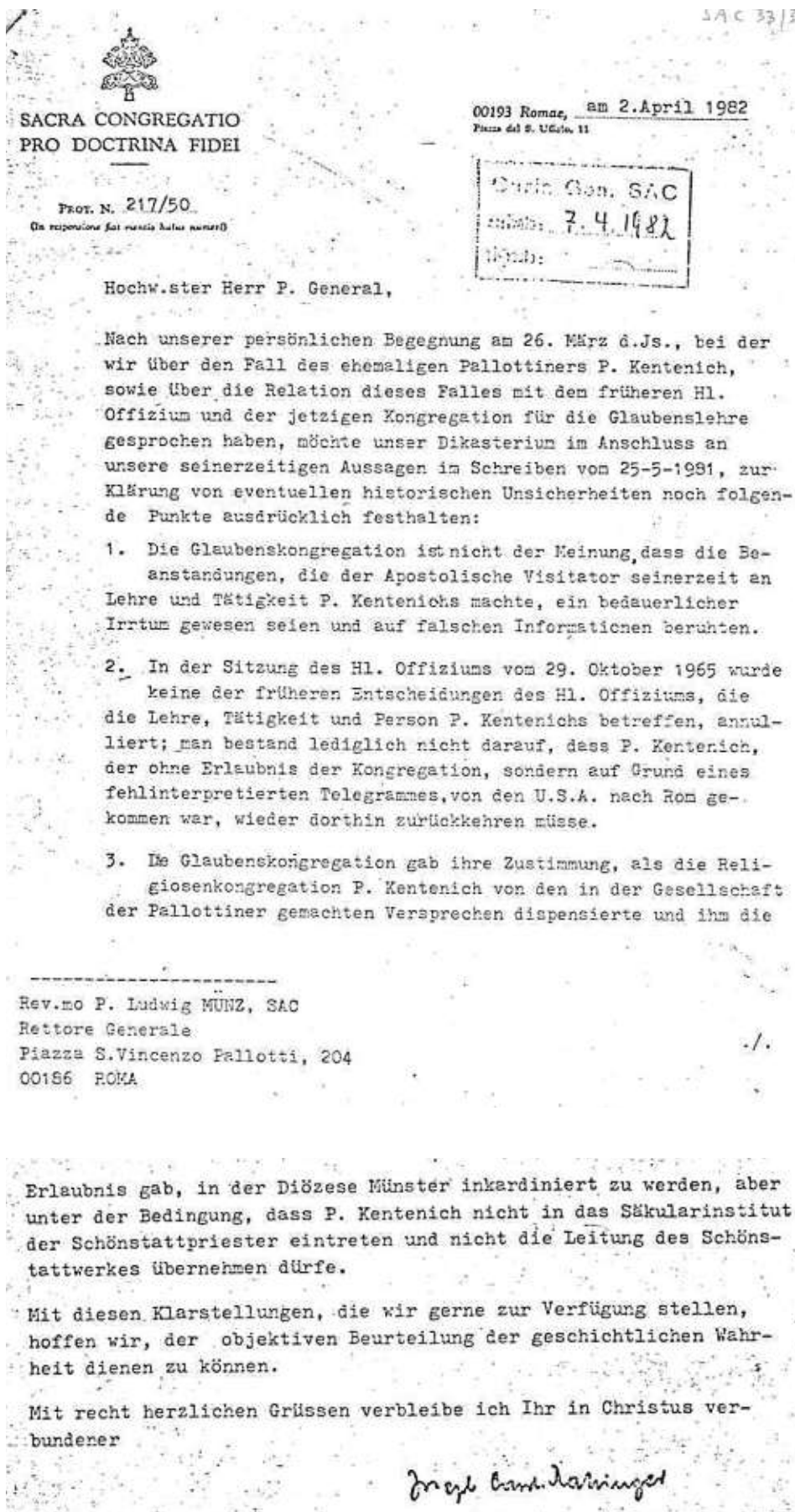
Ein Brief beweist: Die Glaubenskongregation von 1982 bestätigt die Untersuchungen und Entscheidungen des Heiligen Offiziums von 1950 zu Pater Kentenich

VON ALEXANDRA VON TEUFFENBACH

Vieles ist zu den Vorwürfen geschrieben worden, die Historiker seit dem 2. März 2020 erheben, weil sie in den vatikanischen Archiven zugänglich sind und glaubwürdig darstellen, dass Josef Kentenich seine Macht und Stellung missbrauchte und Marienschwestern sowohl auf psychischer wie auf sexueller Ebene Leid zufügte. Auf die Veröffentlichung in der „Tagespost“ (DT vom 2. Juli: „Väter dürfen das tun“) und im Brief an den international arbeitenden Blogger Sandro Magister hin gab das Schönstattwerk offiziell bekannt, „alle“ Beschuldigungen zu kennen. Diese seien bereits während des Exils Kentenichs in den Vereinigten Staaten entkräftet worden. Der Gründer, heißt es in einem zweiten Schreiben, sei rehabilitiert. In Interviews, langen Übertragungen auf Zoom, Youtube und in anderen Veröffentlichungen auf den verschiedenen Internetpräsenzen Schönstatts wird sogar ein Rehabilitierungsdekret benannt. Und es wird auch gesagt, der „kirchlichen Autorität“, unmittelbar also der Diözese Trier, seien alle Anschuldigungen zugänglich gemacht: Deshalb könne der Seligsprechungsprozess weitergehen. Warum aber braucht die Diözese Trier nun eine Historikerkommission, um die Dokumente, die sie längst hat, in Rom zu suchen?

Der Vorwurf des sexuellen Missbrauchs ist nämlich schon seit Kentenichs Exil bekannt und aktenkundig. Er selbst verteidigte sich dagegen. Der damalige General der Pallottiner – zu diesem Orden gehörte Kentenich – sparte keine Mühe, die Opfer zu kriminalisieren und meist zugleich auch zu pathologisieren. Die Briefe des Generals sind weithin bekannt, er verschickte sie gerne an viele Adressaten. Schließlich schrieben die Marienschwestern noch während der Visitation an den Papst und beschuldigten den Apostolischen Visitator Sebastian Tromp SJ, er würde von einer mangelnden „sittlichen Integrität“ des Gründers sprechen – sie seien sich sicher, dass das nicht stimme. Die Generalassistentin, Schwester Bonifatia, schreibt – in einem achtseitigen Brief, der im Apostolischen Archiv aufbewahrt wird –, die Schwestern, die den Gründer beschuldigten, seien „meiner Ansicht kaum 1%. Dabei handelt es sich meist um seelisch Kranke, um weniger brauchbare oder selbst fragliche Charaktere und um ausgetretene Schwestern“.

Natürlich kann man heute noch so tun, als sei das nichts, und dem allgemeinen Urteil von damals Glauben schenken, das in der Regel dem Opfer die Schuld gab: Bei sexuellem Missbrauch war gewöhnlich das



Das Faksimile des Schreibens, das Kardinal Ratzinger am 2. April 1982 an den Generalrektor der Pallottiner schickte. Foto: Archiv

Kind, oder im Fall Kentenichs die Frau, die Marienschwester, Schuld. Anfang der fünfziger Jahre einen sexuellen Missbrauch zu benennen, bedeutete für eine Frau das gesellschaftliche Aus. Dass überhaupt Marienschwestern das gewagt haben, zeugt von der bewundernswerten Stärke dieser Frauen. All dies sollte Schönstatt und auch der Diözese Trier doch bekannt sein.

Auch in einer im Verlag Herder erschienenen Hagiografie, der jeglicher Anmerkungsbildschirm und Hinweis auf die verwendeten Quellen fehlen, wird von Marienschwester Dorothea Schlickmann das Klischee hinsichtlich des Zweiten Vatikanums weiter verbreitet, wie es so oft von Schönstatt dargestellt wird: Kentenich habe eben ein prophetisches Charisma besessen und das Zweite Vatikanische Konzil vorweggenommen. Deswegen sei er vor dem Konzil unverstanden geblieben. Wäre das eine Erklärung für ein Rehabilitierungsdekret, dessen Existenz das Generalpräsidium und der Postulator Eduardo Aguirre vor kurzem behauptet hatten? Schließlich musste aber der ehemalige Postulator Angel Strada zugeben: „Es gibt kein Dokument dazu. Das Heilige Offizium hatte die Praxis, keine Aufhe-

bungs-Dokumente auszustellen. ... Die Rehabilitierung Pater Kentenichs kann man folgenden Tatsachen entnehmen: Er kehrt von Milwaukee nach Rom zurück und macht mit Wissen des Heiligen Offiziums alle Sachen, die ihm vorher verboten waren: zum Beispiel übernimmt er wieder die geistliche Leitung der Marienschwestern und der Schönstatt-Bewegung.“

In einem hier veröffentlichten Brief Kardinal Joseph Ratzingers kann man lesen, dass auch diese letzte, diesmal inoffizielle, Version Schönstatts nicht stimmt. Der Brief Ratzingers ist bereits seit fast vierzig Jahren veröffentlicht und den Verantwortlichen bekannt (Acta Societatis Apostolatus Catholici, Rom, Bd. X, S. 601). Der Brief ist ein interessanter Beleg für das, was Kardinal Ratzinger – später Papst Benedikt XVI. – oft genug über die „Kontinuität“ der Kirche vor und nach dem Konzil erklärt hat: Die Wahrheit zur Kentenich-Legende zeigt deutlich, dass es keinen Bruch in der Kirchengeschichte gab, sondern die Kirche – trotz vieler wichtiger neuer Auslegungen und Antworten auf moderne Fragen im Konzil – im Wesentlichen sich selbst treu geblieben ist. Die Glaubenskongregation



Als Präfekt der Glaubenskongregation bezog Kardinal Joseph Ratzinger zur Causa Kentenich gegenüber den Pallottinern eine klare Position. Foto: KNA

von 1982 bestätigt die Untersuchungen und Entscheidungen des Heiligen Offiziums von 1950 zu Pater Kentenich. Kardinal Ratzinger bestätigt explizit auch die Untersuchungsergebnisse der Visitatoren. Dass Pater Tromp sich dabei geirrt haben sollte, wird klar zurückgewiesen. War er zu hart gewesen? Mag sein, dass er, nachdem Weihbischof Bernhard Stein während der Visitation zu dem Schluss gekommen war, dass die Schwestern auf ihre Aussagen vorbereitet wurden, dass sie nicht ehrlich waren und schwer unter Druck gesetzt wurden, nicht allzu herzlich und einfühlsam war. Stein hatte festgestellt, auch schriftliches Material sei nicht vollständig abgeliefert worden. Diesem Eindruck des Visitators gab übrigens Pater Kentenich in einer langen Stellungnahme Recht. Offenbar galt das „Familiengeheimnis“ Schönstatts auch vor dem Visitator. Der damalige Bischof von Trier, Franz Rudolf Bornewasser, schreibt: „Was hier bei der Visitation geschah, war aber nicht nur ein Einzelfall, sondern bewusst geübte Methode – die, wie aus Ihren Darlegungen Seite 38ff. hervorgeht, und wie es in diesem Einzelfall praktisch geübt wurde, eine Schulung erfordert – die Vertretern der amtlichen Kirche gegenüber nicht am Platz ist. Ihnen muss die Einzelpersönlichkeit mit voller Offenheit und Freiheit gegenüber treten können, ohne vorher für ihre Aussagen geschult zu sein, und ohne dass sie aus ihren Aussagen Nachteile befürchten müsste.“

In dem Brief Ratzingers ist auch, mit Blick auf die Visitation, von der „Lehre“ die Rede. Zur Lehre, die beanstandet wurde, zählen unter anderem bereits seit der diözesanen Visitation die Ausdrücke „Mehring des Gnadenkapitals“ und „bilateraler Vertrag“, die Bezeichnung Schönstatts als „Lieblingsschöpfung“ und als „auserlesenes Werkzeug“. Ausdrücke wie „Schönstattreich“ sollten mit „Gottesreich“ ersetzt werden. Tromp verlangte zudem, über Schönstatt solle man ohne Hyperbeln sprechen,

Ausdrücke wie Schönstatt als „Lieblingswerk Gottes“, „Geheimnis von Schönstatt“, oder „Depositum fidei“ Schönstatts, sollten vermieden werden. Aber es würde hier zu weit führen, Berichte und Briefe im Einzelnen wiederzugeben, eine wissenschaftliche Darstellung wird bald folgen. Daraus wird man schließen können, wie es danach zur Apostolischen Visitation kam, und warum der Ton des zweiten Visitators, Sebastian Tromp SJ, der sicherlich als „echter Holländer“ kein seichter Typ war, zugleich aber als gerecht und humorvoll beschrieben wird, nicht allen Schwestern genehm war. Es gibt aber auch Briefe von Schwestern, die davon zeugen, dass neben Respekt auch Vertrauen zum Visitator gewachsen war. Nach einer jahrzehntelangen Verleumdungskampagne gegen den Visitator findet seine Arbeit im Brief der Glaubenskongregation von 1982 eine Bestätigung.

Warum das Schönstattwerk sogar Aussagen eines alten, längst völlig erblindeten und ins Privatleben zurückgezogenen früheren Chefs des Heiligen Offiziums, Kardinals Ottaviani, von 1971 zitiert und behauptet, er habe Kentenich um Verzeihung gebeten, kann man vielleicht verstehen, wenn man sich vor Augen hält, was Pater Strada über Heilige in einem Interview sagt. Auf die entsprechende Frage antwortet Strada: „Heiligkeit bedeutet nicht Fehlerlosigkeit. Der heilige Petrus hat Jesus verleugnet. Der heilige Paulus hat Christen verfolgt. Franz von Assisi hat alles andere als eine heiligmäßige Jugend geführt. ... Nur die Engel können ohne Fehler sein.“ Pater Kentenich fehlt zur Heiligkeit allerdings exakt das Wesentliche, das diese großen Heiligen auszeichnet: Diese haben sich bekehrt, und es wurde ihnen vom Herrn vergeben. Kentenich dagegen fühlte sich über alle erhaben: Über die weinend weglauenden, missbrauchten Marienschwestern, denen er, der für sie ja – Gott Vater gleich! – Vater sein sollte, seine mehr als fragwürdigen Praktiken aufzwang, über viele Mitbrüder, die Pallottiner, die ihm schon im KZ ins Gewissen redeten, über die Bischöfe von Trier, über den diözesanen und den apostolischen Visitator, über die Konsultoren des Heiligen Offiziums, die Kardinäle derselben Institution und natürlich auch über Pius XII. Viele Jahre lang krächten für ihn die Hähne, aber er bereute offenbar nie etwas, sondern führte alles weiter, was ihm zu seinem Heil und dem Wohl seiner Anvertrauten verboten wurde. Die Kirche hat keinen „Rückzieher“ gemacht, und jeder Versuch, private Einzelpersonen gegen die ausgewogenen, vielleicht aus Rücksicht auf die beteiligten Personen zu zaghaften Entscheidungen der Kirche anzuführen, ist nur wieder ein Versuch, den Kult um eine Person zu rechtfertigen, der zumindest nach der „klassischen Moral“ nicht zu rechtfertigen ist.

Natürlich hat niemand das Recht, anderen vorzuschreiben, was sie glauben und denken sollen – oder wem sie folgen sollen. Nur wenn es um eine Seligsprechung geht, dann ist dieser Kult nicht mehr Privatsache. Und aus diesem Grund und nach langem Warten sowie mehrfachen Appellen an das Schönstattwerk, doch mit der historischen Wahrheit ans Licht zu kommen, ist es angebracht, diesen Brief von Kardinal Ratzinger einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Nun ist es an Schönstatt, seine Archive zu öffnen – auch für Externe –, eine Biografie und keine Hagiografie zu schreiben – oder eben weiterhin in einer Sonderwelt zu leben, in der die historische Wahrheit, die Kardinal Ratzinger so klar beschrieben hat, einfach ignoriert wird.

Eine Anfrage bei der Pressestelle des Schönstattwerks mit der Bitte um Stellungnahme zum neu aufgetauchten Brief Kardinal Ratzingers blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Appell zur Vorbeugung

Die Stellungnahme der englischen Bischöfe zur Coronaimpfung berührt Streitfrage **VON BARBARA STÜHLMAYER**

Angesichts der für September oder Oktober erwarteten Impfung gegen das Coronavirus, den die derzeit im Wettlauf um die Entwicklung eines Impfstoffes führende Oxford University bereitzustellen hofft, sind die Debatten zwischen Gegnern und Befürwortern einer solchen Impfung auch im Vereinigten Königreich wieder entflammt. Unter Katholiken ist die Impfung hoch umstritten. Der Grund: Der von der Universität Oxford entwickelte Impfstoff basiert auf einer Linie von Zellmaterial, das aus dem Gewebe der Niere eines vermutlich 1972 abgetriebenen Babys stammt.

Das Bewusstsein für die extreme ethische Bedenklichkeit solcher Impfungen wird in Großbritannien durch die Lebensrechtsbewegung Society for the Protection of Unborn Children, SPUC, wachgehalten. Am vergangenen Donnerstag haben die beiden für Gesundheitsfürsorge und Lebensfragen zuständigen Bischöfe Paul Mason und John Sherrington im Namen der katholischen Bischöfe von England und Wales ein Statement veröffentlicht, das dazu aufruft, die Impfung, sobald es möglich ist, wahrzunehmen, um gesundheitlich besonders gefährdete Menschen zu schützen.

Die Stellungnahme von Bischof Mason und Bischof Sherrington zur Verwendung von Zellmaterial abgetriebener Babys in Impfstoffen trifft dabei zwei wichtige Unterscheidungen. Zum einen betrifft dies die Differenzierung zwischen Impfungen, die auf neuem Zellmaterial durch Abtreibung getöteter Kinder besteht und den alten Linien von Impfstoffen wie HEK 293, der von der Universität von Oxford verwendet wird. Die Bischöfe ziehen hier den Vergleich mit der Pockenimpfung. Um sie zu entwickeln, wurde ein achtjähriger Junge bewusst mit Pocken infiziert, ein Men-



Über das Für und Wider von Schutzimpfungen gehen die Auffassungen unter gläubigen Christen weit auseinander. Foto: dpa

schenversuch, der heute strikt verboten wäre und zu Recht als ethisch bedenklich eingestuft wird. Dennoch wird der auf dieses Vorgehen zurückgehende Impfstoff eingesetzt und entfaltet eine segensreiche Wirkung.

Auf den Punkt gebracht: Die Bischöfe verurteilen klar die Verwendung von Gewebe abgetriebener Föten, halten es aber bei der HEK 293-Linie dennoch für verantwortbar, die daraus entwickelte Coronaimpfung zu empfangen. Gleichzeitig bekräftigen Mason und Sherrington, dass künftige Impfstoffe frei von menschlichem Gewebe sein müssen und alle Anstrengungen zu unternehmen sind, um dies zu erreichen. Sie berufen sich dabei auch auf ein von der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Jahr 2017 veröffentlichtes Papier, dass feststellt: „Alle klinisch empfohlenen Impfungen können in dem klaren Bewusstsein verwendet werden, dass die Nutzung solcher Impfungen in keiner Wei-

se eine Beteiligung mit willentlicher Abtreibung beinhaltet.“ In diesem Sinne haben die Bischöfe auch an den Gesundheitsminister geschrieben und gefordert, künftige Impfstoffe auf der Basis nichtmenschlichen Zellmaterials zu entwickeln.

Die Lebensrechtler von SPUC setzen wie die Bischöfe auf ein differenziertes Vorgehen. Generelle Warnungen vor einer Teilnahme an der Impfung lehnen sie ab. „SPUC vermittelt auf Fakten basierende Informationen. Wir raten nicht dazu, Impfungen wahrzunehmen oder abzulehnen“, sagt Harriet Nabaterega von der Gesellschaft zum Schutz ungeborener Kinder in London. Zugleich setzen die Lebensrechtler darauf, durch stete Kommunikation der Problemfelder ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es nicht richtig ist, Zelllinien zu verwenden, die auf Abtreibungen zurückgehen. „Bitte lassen Sie Ihren Hausarzt wissen, dass Sie ethische Bedenken haben, mit einem Impfstoff geimpft zu werden, der

auf der Basis von Zellen entwickelt wurde, die letztlich vom Gewebe abgetriebener Babys stammen“, heißt es im Informationsblatt von SPUC, und Harriet Nabaterega fährt fort, dass die Patienten sich auch nicht scheuen sollen, ihren Hausarzt zu motivieren, einen Impfstoff ausfindig zu machen, der auf der Basis von Pflanzen-, Tierzellen oder einer zellfreien Methode entwickelt worden ist und sich innerhalb des Gesundheitssystems oder auf politischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Entwicklung ethisch akzeptabler Impfstoffe mit hohem Tempo vorangetrieben wird.

Hinsichtlich des für die nahe Zukunft erhofften Impfstoffes gegen das Coronavirus machen die katholischen Bischöfe Englands aber klar, dass ungeachtet des notwendigen Einsatzes für einen Wandel in der Entwicklung von Impfstoffen ethische Bedenken gegen auf der Basis der HEK 293-Linie entwickelter Impfstoffe nicht dazu führen sollten, Menschenleben zu gefährden. „Wenn eine schwangere Frau, beispielsweise eine Lehrerin in einer Schule mit nicht geimpften Kindern in Kontakt kommt, würden ihr unfaire und komplexe moralische Entscheidungen abverlangt, einschließlich der, ob es sicher für sie und ihr ungeborenes Kind ist, in der Schwangerschaft zu arbeiten“, heißt es im Statement der katholischen Bischöfe von England und Wales.

Das Fazit lautet also: Angesichts der Gefährdungen vor allem gesundheitlich angeschlagener Menschen durch das Coronavirus empfehlen die Bischöfe die Teilnahme an der Impfung eindeutig, betonen aber wie die Lebensrechtler von SPUC die Notwendigkeit weiteren Engagements für ethisch vertretbare Impfstoffe, das sie durch ihr Schreiben an den Gesundheitsminister auch gleich selbst unter Beweis stellten.

HINTERGRUND

Der Zugang zu solider Gesundheitsversorgung und wichtigen Medikamenten als universales Menschenrecht müsse nach Aussage eines Vatikan-Dokuments effektiver umgesetzt werden. Dies gelte insbesondere für einen möglichen Impfstoff gegen Covid-19, heißt es in einem Text, den die Päpstliche Akademie für das Leben am 22. Juli veröffentlichte. „Einzig zu akzeptierendes Ziel“ bei der Entwicklung eines Impfstoffs sei es, dass „ausnahmslos alle Zugang dazu erhalten“. Dabei kritisierte die Akademie die „Engstirnigkeit nationaler Eigeninteressen“ und forderte in der Folge der Covid-Pandemie mehr internationale Kooperation. Mit dem achtseitigen Schreiben „Die menschliche Gemeinschaft im Pandemie-Zeitalter“ benennt das Gremium Lektionen aus der bisherigen Pandemie und skizziert ethische und politische Forderungen. Zu den Lektionen gehören demnach Einsicht in die „Zerbrechlichkeit und Endlichkeit“ menschlichen Lebens wie auch das „Ende des Traums menschlicher Autonomie“. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie wichtig und schwierig es sei, das Gemeinwohl öffentlicher Gesundheitsversorgung mit wirtschaftlichen Interessen abzuwägen. Erstere habe vielfach nur aufrecht erhalten werden können durch die „beeindruckende Opferbereitschaft von Ärzten und Pflegekräften“. So vielfältig Solidarität auf regionaler Ebene oft sei, so wenig habe man ihr international Beachtung geschenkt, kritisierte die Akademie. Die Pandemie mache noch einmal deutlich, welche ungerechten und unterdrückerischen Strukturen in der Welt herrschten.

DT/KNA

http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_academies/acdlife/documents/rc_pont-acd_li-fe_doc_20200722_humanacumenitas-erapandemia_en.html



Junge Federn Wie der Glaube die Handschrift Gottes im Alltag aufleuchten lässt und zum Nachdenken und Schmunzeln anregt – darüber schreiben 17- bis 30-jährige Autoren auf dieser Seite

Lebensschutz geht alle an

VON MIRIAM NIKOLEISKI



„Wie weit würdest Du gehen, um ein Menschenleben zu retten?“ – Diese Frage faszinierte mich schon 2014, als ich mich das erste Mal zur Pro-Life Tour anmeldete. Seitdem sind die gemeinsamen Sommerwochen zu Fuß durch Europa ein (fast) jährlicher Pflichttermin für mich.

Pro-Life Tour bedeutet Freude, Gleichgesinnte, Einsatz für die Kleinsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft, Nachtanbetung, enorme Motivation, unvergessliche Momente, Freundschaften fürs Leben, unzählige Wasserschlächten und gute Gespräche, und das alles, während wir zu Fuß Europa durchwandern.

Die Entbehrungen, wie Schlafen auf dem Boden, Muskelkater, Sonnenbrand und Le-

ben aus dem Koffer, nehme ich gerne in Kauf. Ich weiß, dass durch unseren Einsatz während dieser Wochen tausende Menschen erreicht werden und unschuldige Menschenleben gerettet werden können.

Lebensschutz geht uns alle etwas an! Jeder von uns kann zu einem Europa ohne Abtreibung beitragen. Dabei bietet die Pro-Life Tour gerade für Jugendliche die perfekte Startmöglichkeit, um im Lebensschutz aktiv zu werden. Ich hörte auf der Pro-Life Tour beispielsweise meinen ersten Schulvortrag, der sehr viele wichtige Informationen zum Thema enthält, die mir bis dahin auch noch nicht bewusst waren. Danach stand für mich fest: Solche Schulvorträge möchte ich in die Schulen in meiner Heimat bringen. Diese wichtigen Infos müssen verbreitet werden, alle Schüler sollten über das Thema Abtreibung, mögliche Folgen und Alternativen aufgeklärt werden.

Seitdem sind einige Jahre vergangen. Mittlerweile konnte ich mir meinen Traum erfüllen und meine Leidenschaft für den Lebensschutz zum Beruf machen. Jetzt darf ich auf der Pro-Life Tour meine Erfahrungen weitergeben und Teilnehmer schulen und ausrüsten. Ich hoffe, dass in ihnen das gleiche Feuer zu brennen beginnt, wie in mir vor vielen Jahren.

Die Autorin, 29, arbeitet als Regionalleiterin bei ProLife Europe e.V.

350 Kilometer für das Leben

VON JOHANNES MÜGLER



Knapp 350 Kilometer geht eine Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener zu Fuß durch vier Länder, um auf den Schutz des menschlichen Lebens hinzuweisen, insbesondere auf das ungeborene Leben. Die Jugend für das Leben von Deutschland, Österreich und der Schweiz hat in den letzten Monaten hart gearbeitet, dass die Tour auch dieses Jahr in Zeiten von Corona stattfinden kann.

Ich selbst werde auch teilnehmen in der Hoffnung, so das Thema Lebensschutz und Schwangerschaftshilfe voranzubringen. Dabei ist mein Engagement eng mit dem christlichen Glauben verknüpft. Die Kirche lehrt, dass das Leben mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle beginnt und somit

Mensch von Anfang an ist. Ab diesem Zeitpunkt genießt diese Person genauso viel Recht auf Leben und Schutzanspruch wie ihre bereits geborenen Artgenossen.

Die gegenwärtige Realität sieht leider ganz anders aus. Über hunderttausend Frauen entscheiden sich Jahr für Jahr in Deutschland anders. Teilweise vom Partner und Um-

„Über hunderttausend Frauen entscheiden sich Jahr für Jahr in Deutschland für eine Abtreibung, teilweise von Partner und Umfeld gedrängt.“

feld in schwierigen Situationen gedrängt, teilweise aus einer falschen Glorifizierung und Umdeutung zu einem Frauenrecht heraus. Zuletzt forderten etwa einige Grünenpolitiker, die Bereitschaft zur Abtreibung von Ärzten bei der Einstellung in Unikliniken zu prüfen, damit auch zukünftig dieses „Frauenrecht“ gewährleistet sei.

Wie kann man dem begegnen? Immer und immer wieder Werbung für das menschliche Leben machen. Frauen und auch Männer unterstützen, die in einer schwierigen Situation ein Kind erwarten. Oder sich einfach nur mit den Eltern über den Nachwuchs freuen.

Im letzten Jahr gab es ein sehr bewegendes Zeugnis einer Mutter, die mit ihrem kleinen Kind an der Tour teilnahm. In der Schwangerschaft standen die Zeichen auf Abtreibung, doch kam alles anders. Jetzt ist sie sehr dankbar, dass sie ihr Kind hat.

So kann der Einsatz für das Leben, ob ungeboren, krank oder alt, auch ein Werk sein, wie es von den Christen im Jakobusbrief gefordert ist (vgl. Jak 2, 14–17). Jesus mahnt uns im Matthäusevangelium, das Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern anhand der sichtbaren guten Taten Anlass zu geben, den Vater im Himmel zu preisen. Damit ist der Einsatz für das Leben auch ein Stück weit Mission.

Der Autor, 19, ist Landesverantwortlicher für den Schweizer Teil der Pro-Life-Tour

Familie im Fokus

Christopher Neumaier unterschätzt den Einfluss der Kirche auf die Keimzelle der Gesellschaft **VON MANFRED GERWING**

Die Corona-Pandemie zeigt die Bedeutung der Familie. Ohne Familie geht nichts. Die Eltern müssen die Hauptlast tragen. Sie müssen arbeiten, lehren, betreuen, erziehen, alles zusammen. Und sie müssen auch ein Ehe- und Familienleben führen, eine Partnerschaft gestalten, darauf haben sie ein Anrecht.

Warum aber die zentrale Bedeutung von Ehe und Familie in unserer Gesellschaft oft genug übersehen wird, hat seine geschichtlichen Gründe, von denen einige in der vorliegenden Studie genannt, analysiert und reflektiert werden. Ihr Untersuchungsgegenstand ist die Familie im 20. Jahrhundert in Deutschland.

Vorgegangen wird in chronologischer Reihenfolge: die Familie im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus, während der Aufbauphase in Ost- und Westdeutschland der 50er Jahre, sodann die jeweils unterschiedlichen Entwicklungen in den 60er, 70er und 80er Jahren der beiden deutschen Staatsgebilde.

Argumentiert wird auf drei unterschiedlichen Ebenen: auf der Ebene der „diskursiv verhandelten Ideale beziehungsweise Leitbilder“, der „sozialen Praktiken“ und schließlich der „institutionellen Rahmungen“. Somit werden, in Abbeviatur gesprochen, Theorie, Praxis und Institution in Relation zueinander und in eine Auskunftsbziehung gebracht, die in der Tat erhellend ist: Wann, wo, wie und wodurch veränderte sich das Verständnis von Familie? Welche Personen und soziale Gruppen waren im Ringen um die Diskursheoheit über das, was Familie ist und sein soll, beteiligt? Wer von ihnen erlangte mit welchen Strategien und aus welchen Gründen die Dominanz in diesem Konflikt?

Schon in der Kaiserzeit machten zwei unterschiedliche Familienformen das Rennen: die proletarische und die bürgerliche Kernfamilie. Sie bestand idealtypisch in beiden Variationen aus einem verheirateten Ehepaar mit gemeinsamen Kindern. Doch die sozialen Praktiken wichen erheblich von diesen Familienmodellen ab. Die ärmlichen Arbeiterfamilien lebten durchaus nicht durchgehend als Kernfamilie. Sie konnten sich keine eigene Wohnung leisten und mussten oft genug sogenannte „Schlafgänger“ aufnehmen. Überdies mussten wegen des geringen Verdienstes ihrer Ehemänner die Frauen in der Mehrzahl mitverdienen. So waren die Frauen, wie der Verfasser resümiert, dreifach belastet: durch Berufs-

arbeit, Haushaltsführung und Kindererziehung. Politische Kräfte, vor allem sozialdemokratischer wie christlich-katholischer Provenienz, versuchten, diese enorme physische wie psychische Belastung der Frau zu mildern: durch Schaffung der Möglichkeit zur Halbtagsarbeit und der Kinderbetreuung in Kinderhort und Kindergarten.

Gleichwohl gab es Überlegungen, hier grundsätzlicher anzusetzen und die wirtschaftlichen Kräfte zu motivieren, den Arbeiter so zu entlohnen, dass er seine Familie problemlos ernähren könne und seine Frau nicht auch noch ins Erwerbsleben treten müsse. Gerade Kirchenvertreter und katholische Laien erkannten bemerkenswert früh in den faktischen wirtschaftlichen Verhältnissen nichts weniger als einen Frontalangriff auf die Familie.

Hinzu kam, dass in Russland um das Jahr 1918 das Familienrecht so sehr verändert wurde, dass hier Ehe und Familie in ihrer Substanz getroffen wurden. „Der radikale Bruch mit den christlichen Idealen von Ehe und Familie verunsicherte insbesondere die Vertreter des christlich-bürgerlichen Familienideals wie das katholische Zentrum. Sie befürchteten, dass das sowjetische Familienideal auch in Deutschland etabliert werden könnte.“

Allerdings hätte deutlicher herausgearbeitet werden dürfen, dass und warum diese Befürchtung alles andere als nur ein „Schreckgespenst“ war: In Russland wurde nach der Oktoberrevolution 1917 die Familie zunächst abgeschafft. Erst über den leidvollen Weg menschenverachtender Erfahrung setzte sich auch hier die Erkenntnis durch, dass ein Gemeinwesen ohne Ehe und Familie schlicht nicht lebensfähig sei. So korrigierten die Marxisten-Leninisten in den 30er Jahren ihre Ideologie immerhin soweit, dass sie die Familie gesetzlich wieder aufzuwerten versuchten. Dennoch ist in der Verfassung der UdSSR von 1936 im X. Kapitel, überschrieben mit Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, von der Familie keine Rede. Was allerdings erwähnt wird, ist das besondere Verhältnis zwischen Mutter und Kind. Es steht unter dem besonderen „staatlichen Schutz“ (Art. 122).

Jedenfalls wurde in den 1920er Jahren, wie der Verfasser im dritten Kapitel seiner Studie sorgfältig herauszuarbeiten vermag, allenthalben in Deutschland die „Krise“ der Familie beschworen. Aufgrund rasanter gesellschaftlicher Veränderungen sehnten sich die einen in der öffentlichen Debatte

zurück zum Familienmodell des 19. Jahrhunderts, die anderen drangen darauf, sich den gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen und die Familie von Grund auf zu reformieren. In beiden Extrempositionen blieb die Einehe als Lebensmodell der normative Bezugspunkt und die Grundlage der Familie. Anhand der Familie verhandelten die Zeitgenossen das Verhältnis zwischen Individuum, Gemeinschaft und Gesellschaft neu, wobei der Autor auf sozialistischer und sozialdemokratischer Seite eine größere Sensibilität für die emotionale Dimension der Eheleute feststellen zu müssen meint. „Ehe und Familie wurde so ein Eigenwert zugeschrieben, der aus gegenseitiger Zuneigung der Partner erwachse.“

Der Verfasser unterschätzt aber gründlich den Einfluss der katholischen Kirche, wenn er hier lediglich feststellt, dass sich „selbst die katholische Kirche dieser Sichtweise nicht grundsätzlich verschloss“. Ich darf daran erinnern: Es war nachweislich die Lehre von der Sakramentalität der Ehe, welche „die romantische Liebe“, die gegenseitige Zuneigung der Partner als Grundvoraussetzung für die Ehe förderte und gerade so mithalf und mithilft, dass sich dieses Ehemodell weltweit, selbst in nicht und antichristlichen Gesellschaftsformationen durchsetzt und so zum globalen Erfolgsmodell avanciert. Nichts förderte so sehr den Eigenwert der Ehe und Familie und die Gleichwertigkeit der Ehepartner wie die Lehre von der Sakramentalität der Ehe (vgl. A. Angenendt: Ehe, Liebe und Sexualität im Christentum, 2015).

Insofern lehnt gerade die katholische Kirche auch keineswegs eine Veränderung der innerfamiliären Rollenverteilung ab. Durch die Sakramentalität der Ehe wird zwischen Mann und Frau „ein neuartiges asexuelles oder übersexuelles Band gestiftet, das dem Mann auch in der Ehe eine bis dahin unbekannte Zurückhaltung auferlegt, indes sich für die Frau aufgrund ihrer Sonderbeziehung zum göttlichen Pol neue Freiheitsgrade auftun“ (P. Sloterdijk: Nach Gott, 2017). Jedenfalls drängte die katholische Eheheologie darauf, dass das gegenseitige Ja zueinander, gesprochen am Altar bei der Eheschließung, auch im Alltag Realität werde. Die Ergebnisse neuerer Forschungen des katholischen Ehe- und Familienverständnisses hätte gerade unter der Perspektive gesellschaftlicher Relevanz sorgfältiger studiert werden dürfen. Hier verliert sich der Verfasser leider allzu oft in wissenschaftlich längst überholten Klischeevor-

stellungen. Im Blick auf die 80er Jahre in Deutschland kann in der Tat von einer Rekonfiguration der Ideale „Familie“ und „Partnerschaft“ gesprochen werden. Im Bereich der katholischen Kirche war es vor allem Papst Johannes Paul II., der hier neue Maßstäbe setzte, das personale Verständnis von Ehe und Familie forcierte und weltweit bekannt zu machen suchte (vgl. „Familiaris consortio“, der Brief des Papstes an die Familie und nicht zuletzt die berühmten Mittwochskatechesen von 1979–1984 et cetera).

Gleichzeitig aber gelang es vornehmlich sozialliberalen und zunehmend auch sozialgrünen Kräften in Deutschland, das christlich-bürgerliche Familienverständnis über den Weg der Akzentuierung der Eltern-Kind-Beziehung aufzubrechen. Unter dem simplifizierenden Motto: „Familie ist da, wo Kinder sind“, etablierten sich weitere Familienformen. Alleinerziehende Mütter sowie unverheiratete Paare mit ihren Kindern erlangten allmählich den Status einer Familie, „wenngleich Letzteren die rechtliche und weitgehend auch die soziale Akzeptanz bis über die 1980er Jahre hinaus verwehrt blieb“.

Familiale Lebensformen entstanden jenseits der ehelichen Lebensgemeinschaft. Sie legen die Grundlagen für die weitere Entwicklung, die nach dem Fall der Mauer zwar angedeutet, aber nicht ausgeleuchtet wird. Der Ausbau der Kitas, Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte nach dem Vorbild der DDR wurde in Gesamtdeutschland übernommen, während die Mütter- und Väterrollen im Zuge der Modernisierung der CDU zwischen 2002 und 2005 berufsfit dergestalt umgeschrieben wurden, dass der Arbeitsmarkt floriert, das Wohl der Kinder aber weitgehend unbeachtet blieb.

Die Studie arbeitet aus zeitgeschichtlicher Perspektive die exzeptionelle Bedeutung der Familie heraus, erörtert aber auch luzid, wie fragil und fluid sie in Deutschland ist. Sie muss auf der gesellschaftlichen wie der privat-individuellen Ebene stets neu verhandelt werden. Christen sollten sich in diesen gesellschaftlichen Diskurs stärker einbringen. Sie haben gute Argumente. **Neumaier, Christopher: Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken. Berlin/Boston 2019 (Wertewandel im 20. Jahrhundert Bd. 6), ISBN 978-3-11064677-1, EUR 84,95**

SONNTAGSLESUNG

„Ich bin da“
1 Könige 19,9–13a
Römer 9,1–5
Matthäus 14,22–33
Zu den Lesungen des
19. Sonntags im
Jahreskreis
(Lesejahr A)

VON HARM KLUETING

Der Herr ist seiner Kirche nahe, doch manche Christen scheinen das in ihrem um sich selbst kreisenden Aktivismus mitunter zu vergessen.

Jesus wandelt auf dem Wasser, ohne zu versinken. Petrus will es ihm nachtun, läuft auf das Wasser, zunächst auch ohne zu versinken, bis ihn Angst vor der Gewalt des Windes erfasst und er versinkt. Jesus rettet ihn. Matthäus berichtet, wie Jesus die Menge, die seine Predigt gehört und die Speisung der Fünftausend erlebt hat, nach Hause schickt und die Jünger mit dem Boot an das andere Ufer des Sees vorausfahren lässt. Er will allein sein. Es gibt zwei andere Stellen, an denen er sich in die Einsamkeit zurückzieht, um zu beten – vor dem Beginn seiner öffentlichen Wirksamkeit 40 Tage in die Wüste, vor der Gefangennahme und Kreuzigung in den Garten Getsemani. So ist es auch hier: „Nachdem er sie weggeschickt hatte, stieg er auf einen Berg, um in der Einsamkeit zu beten.“ Das ist nicht einfach eine wundersam ausgeschmückte Geschichte aus dem Leben des Wanderpredigers aus Galiläa. Das Boot mit den Jüngern steht für die Kirche. Als das Boot in der Nacht schon weit vom Land entfernt ist und „von den Wellen hin- und hergeworfen“ wird, kommt Jesus über das Wasser.

Die Erscheinung versetzt die Jünger in Erschrecken. Jesus sagt: „Ich bin es, fürchtet euch nicht.“ Auf Griechisch heißt das: „egō eimi“. Das kann man auch übersetzen: „Ich bin da“. Der Herr ist seiner Kirche nahe und befreit sie aus der Angst, die den Glauben hemmt. Das sehen wir an Petrus. Er bittet Jesus, ihn über das Wasser zu ihm kommen zu lassen. „Jesus sagte: Komm! Da stieg Petrus aus dem Boot und ging über das Wasser auf Jesus zu.“ Petrus hat den Glauben. Aber dann kommt die Angst, die den Glauben hemmt: „Als er aber sah, wie heftig der Wind war, bekam er Angst und begann unterzugehen.“

Unsere Kirche heute ist in Bedrängnis, wie die Jünger in dem Boot. Da gibt es die Hunderttausende, die ihr Jahr für Jahr in dramatisch wachsender Zahl den Rücken kehren. Da gibt es die leeren oder schon aufgegebenen Gotteshäuser, die austerbenden Klostergemeinschaften, die zahlreichen Missbrauchsfälle und den historisch einmaligen Ansehensverlust von Kirche und Klerus. Und was tun wir? Wir verfassen Positionspapiere, Memoranden und Resolutionen. Aber wir haben Angst, verwandt mit der Trauer, an der Paulus wegen des Unglaubens der Juden leidet, die Angst, die den Glauben hemmt, wie Petrus, als er sah, wie heftig der Wind war. Dabei vergessen wir, dass der Herr auch heute sein „egō eimi“ – „ich bin da“ – spricht und uns damit herausruft aus der Höhle auf den Berg, wie Elia.



Das Engagement der Christen zeigt sich wie bei dieser Demonstration darin, dass der Familienbegriff sich an der Schöpfungsordnung orientiert.

Foto: dpa

Wie - du bist gläubig?

Wie ich meinen Weg von der evangelische Kirche zum katholischen Glauben fand **VON SEBASTIAN HABERL**

Warum das denn? Ist es nicht paradox, dass man in der heutigen Gesellschaft gefragt wird, warum man an Gott glaubt? Es ist fast schon so wie die Frage, warum man keinen Alkohol trinkt. Es ist doch eine verkehrte Welt, in der man sich rechtfertigen muss, warum man dem Guten und Wahren folgt und „beweisen“ muss, dass dieser Weg richtig ist. Doch der Reihe nach: Wie wird man in der heutigen Zeit eigentlich zum Christen?

Für mich hat diese Frage in meiner Jugend keine allzu große Rolle gespielt. Ich wuchs in einem soliden und funktionierenden Elternhaus mit zwei älteren Geschwistern in Westmittelfranken auf. Mein Vater ist Katholik, meine Mutter evangelisch, wir Kinder wurden allesamt evangelisch getauft. Religion spielte bei uns nicht wirklich eine Rolle, an Weihnachten ging man in die Kirche – das gehört sich so –, ansonsten war die Kirche eine Sache, welche man sich auf Reisen einmal anschaute. Man unterschied sehr zwischen der Institution Kirche – welche abgelehnt wurde – und dem Glauben – den man ja problemlos zu Hause „leben“ konnte.

Trotzdem bin ich meinen Eltern sehr dankbar für solide Wertevorstellungen und einen elementaren Zugang zu Gott. Gott hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch kaum eine Rolle in meinem Leben gespielt. Lediglich der Gedanke, dass mich jemand auf meinem Lebensweg führt und nicht alles Zufall ist, war präsent. Ansonsten ging ich wohl den typischen Weg eines evangelischen Jugendlichen.

Mit dreizehn Jahren wurde ich konfirmiert – denn es gehörte sich so – und man konnte das geschenkte Geld gut für ein Fahrrad gebrauchen. Ansonsten interessierten mich vor allem meine Freunde, Reisen, Sport, Musik und Mädchen.

Das Ganze änderte sich erst, als ich zum Studium nach Würzburg kam. Gerade am Anfang des Studiums lernt man viele Leute kennen und merkt sehr schnell, mit wem man kompatibel ist und woraus sich eine Freundschaft entwickeln könnte. So lernte ich meinen besten Freund kennen, jemand der mich vor allem durch seine Persönlichkeit und seinen gefestigten Glauben überzeugte. Da wir zu Beginn unseres Studiums beide Mathematik und Sport auf Lehramt studierten – er wechselte dann von Mathe zu Theologie – sahen wir uns so gut wie je-



Mit dem heiligen Josef und Gleichgesinnten im Glauben unterwegs: Sebastian Haberl.

Foto: Privat

den Tag und kamen sehr schnell in ausführliche Diskussionen über tiefgründige Themen, allen voran der Glaube.

Ich merkte sehr schnell, dass ich prinzipiell offen war für einen lebendigen Glauben und mich auch sehr danach sehnte. Das generelle Problem dabei ist jedoch, ob man jemanden trifft, der einem diesen Weg zeigen kann. Ich war anfangs eine wirklich har-

te Nuss und er investierte Jahre voller Diskussionen, um mich davon zu überzeugen, dass nur ein Weg zum Heil führen kann: ein Weg mit Gott, ein Weg hin zu Gott. Erschwerend kamen meine recht liberale Einstellungen zu wichtigen Themen wie Sexualität – es ist ja „normal“ in der heutigen Gesellschaft, dass es hier scheinbar keine Tabus mehr gibt – und meine damalige

Freundin hinzu, welche den Glauben sehr ablehnte.

Mich lies jedoch dieses Thema nicht los, da ich das Glück hatte, immer mehr sehr bemerkenswerte Menschen treffen zu dürfen, mit denen mich tiefe Freundschaften verbinden. All diese haben eines gemeinsam: Sie sind tief katholisch und leben diesen Glauben auch nach außen, indem sie als

Vorbild vorneweg gehen, für ihre Sache eintreten und den katholischen Glauben von ganzem Herzen verteidigen. So ließ ich mich immer mehr auf die Sache ein, verbrachte viel Zeit mit diesen Menschen, führte viele tiefgründige Gespräche und intensivierte mein persönliches Gebet. Der entscheidende Punkt war schließlich der Schritt, aktiv in die heilige Messe zu gehen und Pfadfinder zu werden: All die Beschriebenen sind ebenfalls katholische Pfadfinder. Nach einigen Pfadfinderaktionen stand für mich fest, dass ich auf diesem Weg Jesus nachfolgen möchte. Ich vertiefte durch regelmäßige Katechesen und gelegentlichem Bibellesen mein Glaubenswissen und so führte Gott mich zum einzig konsequenten Schritt: Ich möchte katholisch werden.

Leichter gesagt als getan: Aus meiner eigenen Erfahrung ist es deutlich einfacher, aus der Kirche auszutreten als einzutreten. Ein Grund dafür war mit Sicherheit, dass ich meine Erstkommunion, Firmung und Aufnahme in die katholische Kirche nicht in einer anonymen Messe mit anderen Firmlingen machen wollte, sondern in einem persönlichen Rahmen mit all meinen Freunden und Wegbegleitern auf diesem Weg. In der Osternacht 2019 konnte ich diesen so unendlich wichtigen Schritt endlich gehen und am wichtigsten Fest der katholischen Kirche meinen Schritt zur Nachfolge Christi gehen.

Was kann ich nun jemandem mitgeben, dem es ähnlich ergeht wie mir? Wenn man spürt, dass der eingeschlagene Weg ohne Gott nicht ans Ziel führt und man etwas ändern möchte? Wenn man seine Beziehung zu Jesus intensivieren möchte und nicht weiß wie? Das ist in der Tat eine sehr, sehr schwierige Sache für jemand „noch-nicht“ Gläubigen. Eine Sache ist dafür unabdingbar: Der Glaube ist eine Entscheidung, kein Gefühl! Und nur, wer eine klare Entscheidung trifft und sich bindet, kann wirklich frei werden! Und von elementarer Bedeutung sind die richtigen Wegbegleiter: Freunde und eine Gemeinschaft, welche einen an der Hand nehmen können und immer neue Impulse auf den neu eingeschlagenen Weg mitgeben können.

Der Autor ist 30 Jahre alt und arbeitet als Gymnasiallehrer in St. Ottilien.



VON CLAUDIA KOCK

In Simmern im Westerwald liegt das Gäste- und Tagungshaus „Berg Moriah“ des Schönstatt-Instituts Diözesanpriester. Dort steht der Altar aus dem „Pfarrerblock“ des Konzentrationslagers Dachau, an dem gefangene Priester ab Januar 1941 die heilige Messe feierten. Insgesamt 2.579 katholische Priester waren in Dachau inhaftiert, darunter 1.780 Polen. Täglich durfte jedoch nur ein Priester zelebrieren, und zum Austeilen der Kommunion war kaum Zeit, so dass die meisten nur selten die Kommunion empfangen konnten. Ein Überlebender, der spätere Weihbischof von Włocławek, Franciszek

10. August: Der Wochenheilige Der selige Franciszek Drzewiecki

Korszynski, erinnerte sich, dass deshalb „eine einmalige Praxis eingeführt wurde, die es wahrscheinlich noch nie in unserer Kirche gab: Die mitfeiernden Priester versteckten in ihren gefalteten Händen zwei bis drei Hostien, die bei der Wandlung mitkonsekriert wurden. So konnten alle Priester aus eigener Hand kommunizieren und anderen Nichtpriestern die Hostie reichen. Wir hatten ein bisschen Angst, wir waren uns nicht sicher, ob das den liturgischen Vorschriften unserer Kirche entsprach. Aber der Hunger und die Sehnsucht nach der heiligen Kommunion waren sehr groß und wir waren glücklich, den Heiland so empfangen zu dürfen.“ Ab dem 19. September 1941 durften nur noch deutsche Priester die Kapelle betreten; die Polen wurden ausgeschlossen. Fast die Hälfte von ihnen – 868 polnische Priester – überlebten die Lagerhaft nicht, darunter der selige Franciszek Drzewiecki, einer der 108 polnischen Märtyrer des

Zweiten Weltkriegs, die 1999 von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen wurden. Er trug während der Lagerhaft immer eine geweihte Hostie in einer kleinen Kapsel bei sich und lebte so in ständiger Anbetung. Franciszek Drzewiecki gehörte zur Kongregation der „Söhne der Göttlichen Vorsehung“, deren Gymnasium der am 26. Februar 1908 im polnischen Zduny geborene Bauernsohn besuchte. 1934 legte er die ewige Profess in die Hände des Ordensgründers, des heiligen Luigi Orione, ab. Er studierte Theologie in Venedig und wurde 1936 zum Priester geweiht. Zunächst war er als Religionslehrer an seinem alten Gymnasium in Zdunska Wola tätig und wechselte zwei Jahre später an ein Institut in Włocławek für behinderte und psychisch kranke Menschen. Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen; zwei Monate später wurde Pater Franciszek zusammen mit 43 weiteren Priestern verhaftet und am 14. De-

zember 1940 in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Hier verrichtete er harte Arbeit auf einer Plantage – in eisiger Kälte ebenso wie in der prallen Sonne, ohne angemessene Bekleidung und Verpflegung. Trotz der unmenschlichen Lebensumstände behielt er sein freundliches Wesen. Ein Mitgefangener sagte später über ihn: „Franciszek war ein Mann des Enthusiasmus, ein guter Priester, ein frommer Mann im wahrsten Sinne des Wortes, ein besorgter Freund. Er war fröhlich und bescheiden. In seiner Demut verbarg sich seine Größe. Er klagte nie, er ertrug alle Demütigungen heldenhaft und sprach nie negativ über seine Verfolger.“ Im Sommer 1942 war Pater Franciszek am Ende seiner Kräfte: Er konnte einige Gliedmaßen, die im Winter erfroren waren, nicht mehr bewegen, war erschöpft und ausgemergelt. In diesem erbärmlichen Zustand wurde er ausgesondert und am 10. August zusammen mit anderen Invali-

den nach Schloss Hartheim in Österreich transportiert, um dort ermordet zu werden. Vor dem Abtransport am frühen Morgen konnte er mit letzter Kraft an das Fenster der Baracke eines mitgefangenen Priesters klopfen, der später berichtete: „Ich sprang aus dem Bett und lief zum Fenster und hörte: ‚Joziu lebe wohl. Wir fahren fort!‘ Ich war erschrocken und konnte kein einziges Wort des Schmerzes aussprechen. Dann sagte er: ‚Joziu leide nicht. Heute wir, morgen du.‘ Und mit großer Ruhe sagte er noch: Wir gehen weg ... aber als Polen opfern wir unser Leben Gott, für die Kirche und die Heimat.‘ Das waren sein letzten Worte.“ Pater Franciszek, der von einem weiteren Mitgefangenen als „eine wunderschöne demütige, bescheidene und fröhliche Persönlichkeit, deren ‚Heiligkeit‘ nicht den geringsten Verrat zugelassen hat“ beschrieben wurde, starb wahrscheinlich am 13. August 1942 qualvoll in der Gaskammer.

Päpstliche Stoppschilder

Vor 70 Jahren erschien die Enzyklika „Humani generis“ Pius’ XII. Zustandekommen und Folgen lesen sich wie ein Theologenkrimi

VON STEFAN HARTMANN

Genau in der Mitte des 20. Jahrhunderts veröffentlichte Papst Pius XII. zwei Monate vor der Verkündigung des Dogmas von der Aufnahme Mariens in den Himmel am 12. August 1950 die Enzyklika „Humani generis“. Sie wendet sich an alle Bischöfe und Patriarchen in Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhl und will „über einige falsche Ansichten, die die Grundlagen der katholischen Lehre zu untergraben suchen“ informieren. Es werden im Text keine Theologen namentlich verurteilt, das geschah schon kurz zuvor im „Blitzschlag von Fournière“, bei dem fünf Jesuiten, darunter Henri Bouillard und der spätere Kardinal Henri de Lubac (1896–1991), wegen angeblicher Irrlehren die kirchliche Lehrbefugnis entzogen wurde. Diese wurden gebrandmarkt als Vertreter einer der Kirchenlehre widersprechenden „neuen Theologie“ („nouvelle théologie“), die vor allem mit de Lubacs gnadentheologischem Werk „Surnaturel“ (1946) verbunden wird, in dem in Anknüpfung an Maurice Blondel die neuscholastische Lehre einer „reinen Natur“ ohne direkten Gnadenbezug hinterfragt wurde.

Es ist ein theologiegeschichtlicher Krimi, der sich in diesen Auseinandersetzungen zwischen Protagonisten verschiedener Schulen theologischen Denkens abgespielt hat. „Humani generis“ steht einerseits in der Tradition eines Antimodernismus, wozu die Enzyklika „Pascendi“ Papst Pius’ X. zählte, andererseits knüpft sie an die lehramtliche Festlegung auf ein thomistisches



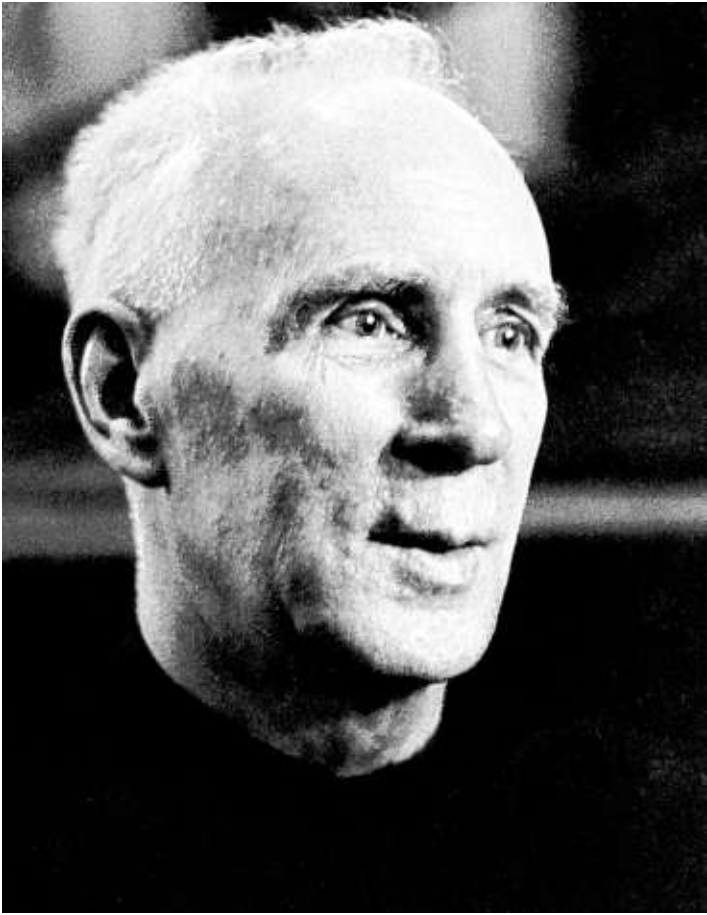
Griff mit „Humani generis“ in den theologischen Streit der Zeit ein: Pius XII.

Denken seit Papst Leo XIII. an. Die Gedanken der Enzyklika prägten auch die kurialen Vorbereitungsschemata zum Zweiten Vatikanischen Konzil, die aber, was etwa die „zwei Offenbarungsquellen“ von Schrift und Tradition betraf, von den Konzilsvätern nicht übernommen wurden. Daran hat, wie die neue Biografie von Peter Seewald deutlich aufzeigt, der damalige Peritus Joseph Ratzinger maßgeblich mitgewirkt.

Zur Vorgeschichte der Enzyklika gehören theologische Entwicklungen in Deutschland und Frankreich. Mit dem Modernismus-Experten Otto Weiß ist festzuhalten, dass es trotz integralistischer Polemiken keine „direkte Kausalverbindung“ zwischen dem Modernismus und den in der Enzyklika inkriminierten Theologien gab. In Deutschland hat sich 1943 der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber mit „17 Beunruhigungen“ gegen neue theologische Tendenzen gewandt, etwa die Innsbrucker Verkündigungstheologie, die mit den Namen der Jesuiten Josef Andreas Jungmann, Hugo und Karl Rahner verbunden war, und die Mysterientheologie des Maria Laacher Benediktiners Odo Casel. Karl Rahner ant-

wortete darauf in einem „Wiener Memorandum“. In Frankreich waren es zunächst die Dominikaner Marie-Dominique Chenu und Yves Congar aus der Schule „Le Saulchoir“, die unter den Druck des römischen Lehramtes gerieten, dann die bereits erwähnten Jesuiten in Lyon-Fournières. Während in früheren Zeiten Dominikaner und Jesuiten ihren „Gnadenstreit“ gegeneinander führten und der Papst beiden verbot, den anderen zu verurteilen, gab es jetzt innerhalb der beiden Orden gegensätzliche Positionen. Gegen Le Saulchoir stand das Angelicum, gegen Fournières auch die Gregoriana.

Die harten Wortführer des thomistischen Integralismus der päpstlichen Hochschulen waren die Patres Reginald Garrigou-Lagrange OP mit dem Aufsatz „La théologie nouvelle: ou va-t-elle?“ (Angelicum 1946) und Charles Boyer SJ mit „Nature pure et surnaturel dans le ‚Surnaturel‘ du P. de Lubac“ (Gregorianum 1947). Eine Rolle spielte im Hintergrund auch die jeweilige Nähe oder Distanz zur Résistance und zur Vichy-Regierung. Allen Protagonisten ging es trotz manchmal verletzender Polemiken



Erst verlor er die Lehrerlaubnis, später wurde er Kardinal: Henri de Lubac. Fotos: KNA

um die Wahrheit des Glaubens. Sie waren säkularisierten Theologen der Gegenwart weit voraus.

Der Text der Enzyklika Pius’ XII. richtet sich gegen eine falsche Entwicklungslehre, die alles, was absolut, fest und unveränderlich ist, leugnet und die Abgeschlossenheit der Offenbarung übersieht. Abgelehnt wird eine „neue Philosophie“, die „in der Auseinandersetzung mit dem ‚Idealismus‘, dem ‚Immanentismus‘ und dem ‚Pragmatismus‘ steht und den Namen ‚Existenzialismus‘ erhalten hat“. Die Anspielung auf den damals populären Jean Paul Sartre ist offensichtlich. Weiter wird ein „Historizismus“, „Irenismus“ und dogmatischer „Relativismus“ abgelehnt. An der gewohnten theologischen Terminologie und an der Autorität des Lehramtes soll festgehalten werden. Das Studium der Quellen darf nicht der Willkür von Philologen und einem rein geschichtlichen Denken Raum geben. Die Evolutionslehre, sofern sie sich auf den Ursprung des menschlichen Leibes bezieht, wird nicht verboten, wohl aber der Poly-

genismus, der die Abstammung der Menschen von einem einzelnen Adam ablehnt.

Dieser naturwissenschaftlich unhaltbare „Monogenismus“ wurde im Zweiten Vatikanum und im Weltkatechismus (1992) nicht wiederholt, systematische und biblische Theologie muss aber an der Einheit des Menschengeschlechts nicht nur in Christus, sondern auch in Adam festhalten. Die Evolutionsgedanken des bekannten Jesuiten Pierre Teilhard de Chardin spricht die Enzyklika wohl aus Furcht vor einem neuen „Fall Galilei“ nicht an, wohl aber indirekt seinen Freund Henri de Lubac: „Anderere machen die wahre Gnadenhaftigkeit der übernatürlichen Ordnung zunichte, da sie behaupten, Gott könne keine vernunftbegabten Wesen schaffen, ohne diese auf die seligmachende Schau hinzuordnen und dazu zu berufen.“ De Lubac hat jedoch nie Spekulationen über Gottes Können angestellt und sah sich ganz konform mit Thomas von Aquin und seiner Lehre von der natürlichen Sehnsucht nach der Gotteschau („desiderium naturale in visionem Dei“).

Den Gegnern de Lubacs und der „nouvelle théologie“ war die Enzyklika in der Tat zu wenig deutlich. „Sie enthält keine Verteidigung der Theorie von der ‚reinen Natur‘.“ so Rudolf Voderholzer in seiner de Lubac-Biografie. Der dennoch Ausgegrenzte zog sich zurück nach Paris und erfuhr Häme, aber auch Ermutigung, etwa von Msgr. Montini, dem späteren Papst Paul VI., und Freunden wie Hans Urs von Balthasar, auf dessen 45. Geburtstag die Enzyklika zufällig datiert war. Bis zu seiner Rehabilitierung mit der Ernennung zum Konzilstheologen durch Papst Johannes XXIII. arbeitete de Lubac im Stillen weiter. Nach der Kardinalserhebung (1983) galt er nun den Progressisten um Hans Küng als zu „konservativ“, andere sehen ihn als „Newman des 20. Jahrhunderts“.

Bleibend lässt sich mit dem Italiener Tommaso Ricci sagen: „Wenn sie auch heute kein großes Ansehen genießt, gehört die Enzyklika „Humani generis“ dennoch ungekürzt zur kirchlichen Tradition, in deren Licht das letzte Konzil zu lesen ist“ (30 Tage, 1992). Sie hat indirekt durch die vorzügliche Haltung der von ihr Kritisierten die Dominanz eines integralistisch-thomistischen Denkens schließlich beendet. Bleibende Mahnung der Enzyklika ist, sich der Geschöpflichkeit des Menschen und des „Primats der Vorgabe der Offenbarung“ (M.-Dominique Chenu) in Glauben und Kirche stets bewusst zu bleiben.

EXERCITIUM

Bewahren oder erneuern?

VON BERTHOLD WALD

Bewahren oder Erneuern? Derzeit ist viel von Erneuerung die Rede, innerhalb wie außerhalb der Kirche, oft genug im Sinn eines entweder – oder. Dabei kann Erneuerung sehr Verschiedenes bedeuten. Die Spannweite reicht von der längst fälligen Ablösung des Althergebrachten durch das Zeitgemäße bis hin zur Bewahrung von Bewahrenswertem durch Erneuerung. Die Frage, ob Erneuerung notwendig und sinnvoll ist, kann darum nicht unabhängig von der Vorfrage beantwortet werden, was eigentlich einer Erneuerung bedarf und in welchem Sinn.

Josef Pieper hat sich zeitlebens mit diesen Fragen befasst. Neben vielen kleineren Beiträgen sind vor allem zwei grundlegende Schriften zu nennen: „Überlieferung, Begriff und Anspruch“ (1970) und „Was heißt Interpretation?“ (1979). Das Grundproblem wird schon deutlich in den frühen „Bemerkungen über die Missionssituation der Kirche in Deutschland“ (1935). Darin stellt Pieper nüchtern fest, „dass die lehrende Kirche heute große Teile des Volkes nicht erreicht, weil sie eine Sprache spricht, die jenen Volksteilen faktisch nicht verständlich ist“. Die Gegenwärtig-Haltung „christlicher Wahrheit“ geschieht dabei immer durch Interpretation und Übersetzung in Sprache und Denken der jeweiligen Zeit. Interpretation bedeutet Erneuerung des Zugangs zur Wahrheit ohne Veränderung ihres Gehalts.

Doch wer entscheidet über die Gültigkeit einer Interpretation? – Gibt es einen „endgültig legitimierte Interpreten“ des überlieferten Glaubens der Kirche, und wer wäre das: eine Mehrheit von theologischen Experten, eine synodale Versammlung von Laien und Bischöfen? Und was ist der Maßstab zur Beurteilung angemessener Interpretation: die Konformität zur wissenschaftlichen Bibelauslegung, zu kirchlichen und gesellschaftlichen „Erwartungen“? Piepers Antwort klingt anstößig, ist aber gut begründet: Weder die Wissenschaft noch die Theologie als solche, sondern allein die „große Theologie“ und die „als sie selber sprechende Kirche“ kommen hier in Betracht. Theologie ist zu allen Zeiten dann „groß“ gewesen, wenn sie bei einem Höchstmaß an Vernunftfeinsicht den Boden der lehrenden Kirche nicht verlassen hat. Maßgeblich für einen klärenden Disput heute sind darum weder der „Geist des Konzils“ noch der Verweis auf die „Zeichen der Zeit“, sondern nur die Konzilsdokumente selbst in Verbindung mit dem, was die Kirche immer schon „als ecclesia orans durch ihr kultisch-sakramentliches Tun und Leben selber sagt“. „Im Heute glauben“ kann nur heißen, den Glauben so weiterzugeben, dass der Wahrheitskern bei der Übersetzung in Sprache und Denken unserer Zeit unverändert derselbe bleibt.

Doch warum ist Wahrung der Identität so wichtig? Sie wäre es nicht, wenn es sich dabei um „eine Weitergabe von ‚Errungenschaften‘ handeln würde, die sich als etwas Selbsterworbenes im Laufe der Geschichte angesammelt haben könnten“. Wenn der Glaube etwas Empfangenes ist, dann ist auch die Weitergabe des Glaubens nur denkbar als „Weitergabe von etwas Empfangenem, damit es wiederum empfangen und weitergegeben werde“. Die Identität ist hier das Entscheidende, weil nicht wir selbst, sondern Gottes Wort in Jesus Christus die alleinige Quelle des Glaubens ist, und weil dieser heilsnotwendige Glaube alle künftigen Generationen nur dann erreichen kann, wenn er unverfälscht durch die Zeit hindurch derselbe bleibt. Heilige Überlieferung hat es von Ursprung und Inhalt her mit göttlicher und nicht mit menschlicher Wahrheit zu tun. Und zu Schaden kommen kann nicht allein, wer „das Hinzulernen versäumt“ und „den Anschluss verpasst“, sondern auch, wer „etwas Unentbehrliches vergisst und verliert“.

Wenn das Überlieferte wirklich gültig und unentbehrlich ist, dann kann es hier die Alternative „bewahren oder erneuern“ sinnvollerweise nicht geben. Notwendig und angemessen ist beides zugleich: bewahren und erneuern.

Die Inhalte des Glaubens müssen in Sprache und Denken der Zeit übersetzt werden. Doch wer entscheidet über die Gültigkeit einer Interpretation? Josef Piepers Antwort klingt anstößig für heutige Ohren.



Futur 2: Die Zukunft ist schon vorbei

Die Corona-Krise deckt die Schwäche eines dienstleistungsorientierten Kirchenbildes auf. Kann eine Rückbesinnung auf die Tradition Alternativen aufzeigen?

VON TOBIAS KLEIN

Ein Gespenst geht um in der katholischen Kirche Deutschlands: das Gespenst des „Retrokatholizismus“. Seit einigen Jahren ist in den Kreisen der akademischen Theologie, der kirchlichen Gremien und Verbände eine wachsende Irritation über das zunehmende Interesse gerade jüngerer Katholiken an Frömmigkeitsformen zu beobachten, die die sogenannte „Konzilsgeneration“ vermeintlich „überwunden“ hatte – wie etwa Beichte, Mundkommunion oder eucharistische Anbetung. In der Corona-Krise scheint sich dieser Trend verstärkt zu haben – zumindest in der Wahrnehmung seiner Kritiker. So äußerte etwa die Erfurter Dogmatikerin Julia Knop ihr Unbehagen gegenüber „Einzelkommunionen außerhalb der privatim zelebrierten Messe“, „Sakramentsprozessionen durch leere Straßen“, der „Weihe ganzer Bistümer an das Herz der Gottesmutter“ sowie „Generalabsolutionen und Ablässe[n] im Jahr 2020“. Unter (ihrem Selbstverständnis nach) „progressiven“ Kräften innerhalb der Kirche grassiert, wie es scheint, die Angst vor der Wiederkehr einer totgeglaubten Volksfrömmigkeit, die wie Nicole Kidman in Alejandro Amenábars Horrorfilm „The Others“ durch die Gänge eines alten Hauses schleicht, das längst von Anderen bewohnt wird. Allerdings besteht die Pointe dieses Films gerade darin, dass aus der Sicht der Hauptfigur – die wohl nicht zufällig eine strenggläubige, traditionelle Katholikin ist – die neuen Bewohner des Hauses die Gespenster sind; und sie zeigt sich entschlossen, mit ihren Kindern in dem Haus auszuharren, von dem sie überzeugt ist, dass es nach wie vor ihr gehört.

Dass ein Aufschwung traditioneller Frömmigkeitspraktiken derartige Abwehrreaktionen auslöst, lässt erkennen, dass dadurch ein scheinbar fest etabliertes Narrativ über Fortschritt und Zukunftsfähigkeit in der Kirche infrage gestellt zu werden droht. Dass das Modell „Volkskirche“ – das in seiner Blütezeit wesentlich davon lebte,

dass die Kirchenmitgliedschaft und auch ein gewisses Mindestmaß an aktiver Teilnahme am kirchlichen Leben zur gesellschaftlichen Normalität gehörten und Gesellschaft und Kultur in einem solchen Maße christlich grundiert waren, dass auch persönlich eher wenig religiöse Individuen davon in gewissem Sinne mitgetragen wurden – im Zeichen galoppierender Mitgliederverluste nicht länger tragfähig ist, wird quer durch die innerkirchlichen Lager und Fraktionen kaum mehr bestritten. Umso verbissener tobt der Kampf darum, was zukünftig an die Stelle dieses Kirchenmodells treten soll und welche Art von Reformen dieser Transformationsprozess erfordert.

Etwa seit der Jahrtausendwende herrscht in dieser Debatte – zunächst vor allem in der EKD, zunehmend aber auch in der katholischen Kirche – das Paradigma eines religiös-weltanschaulichen „Marktes“ vor, auf dem die Kirche mit anderen Anbietern konkurrieren und sich darum marktkonform und kundenorientiert verhalten müsse. Eine solche Ökonomisierung des eigenen Selbstverständnisses bedingt, wie der Religionssoziologe Jens Schmalencher festgestellt hat, eine schleichende „Zweck-Mittel-Umkehrung“: Die Überzeugung, man habe den Menschen etwas Einzigartiges – die Begegnung mit Jesus Christus in Wort und Sakrament – zu bieten, tritt zurück hinter das Bestreben, die eigene Marktposition zu halten oder möglichst zu verbessern, und zu diesem Zweck sucht man das eigene Angebot den Wünschen und Vorstellungen der Adressaten anzupassen. Der konsequent zu Ende gedachte, wenn auch dank der schieren Massenträgheit etablierter volksskirchlicher Strukturen wohl nicht so leicht zu verwirklichende Zielpunkt solcher Überlegungen wäre ein Selbstverständnis der Kirche als Anbieterin individuell bedarfsgerechter spiritueller Dienstleistungen – und als solche bräuchte sie gar keine Mitglieder mehr, sondern nur noch Kunden. Einen Eindruck davon, wie so etwas aussehen könnte, bietet beispielsweise eine bereits im Frühjahr 2015 im Magazin „Futur 2 – Zeitschrift für Strategie & Entwicklung in Gesellschaft und Kirche“ erschienene „Zukunftsvision für die Kirche“, verfasst vom Generalvikar des Bistums Essen, Klaus Pfeffer. Was dort als eine erstrebenswerte Zukunft für die Kirche entworfen wird, dürfte so manchem Leser eher als eine Horrervision erscheinen: eine moralistisch-therapeutische Wellness-Spiritualität für Besserverdienende, eine Kirche für die Soja-Latte-Bourgeoisie.

Ein grundlegender Webfehler dieses Konzepts besteht allerdings darin, dass die angepeilte zahlungskräftige Kundschaft – die häufig mit den Sinus-Milieus der „Performer“, „Expeditiven“ und „Hedonisten“ identifiziert wird – für ihre spirituellen Bedürfnisse, sofern sie überhaupt welche hat, schlichtweg keine institutionelle Kirche

braucht. Gerade die Corona-Krise hat das deutlich gezeigt: In der Phase der ersten Lockerungen der Pandemie-Bekämpfungsmaßnahmen sah man die werberelevanten Zielgruppen beim Friseur Schlange stehen, aber nicht bei irgendwelchen kirchlichen Angeboten. Man hätte dies freilich schon vorher wissen können. So sah etwa der unlängst verstorbene Theologe Johann Baptist Metz, der bereits vor 40 Jahren eine sich abzeichnende Umwandlung der alten Volkskirche in eine „Angebots- beziehungsweise Servicekirche“ diagnostizierte, in diesem Modell keineswegs die Zukunft, sondern war im Gegenteil der Überzeugung, diese Vision einer vermeintlichen Modernisierung der Kirche habe „ihren historischen Zenit und in diesem Sinn ihre gesellschaftliche Zukunft“ im Großen und Ganzen bereits hinter sich. Insofern erscheint der Name des Magazins, in dem der erwähnte Essay des Essener Generalvikars erschien, unfreiwillig bezeichnend: Schließlich ist das Futur 2 eine Zeitform, die etwas ausdrückt, was in der Zukunft schon wieder Vergangenheit sein wird.

Ein Trend zur Wiederentdeckung von Traditionen der Kirche, die jahrzehntlang eher zurückgedrängt worden und in Vergessenheit geraten waren, kann daher als durchaus natürliche Reaktion auf die Wahrnehmung verstanden werden, die institutionelle Kirche in Deutschland laufe einem fehlerhaften Verständnis von Fortschritt nach und die aktuell mit großem Aufwand betriebenen „Reform“-Prozesse zielten in eine grundsätzlich falsche Richtung. Ebenso wie man, wenn man sich im Wald verlaufen hat, gut daran tut, zunächst an seinen Ausgangspunkt zurückzukehren, anstatt aufs Geratewohl einen Weg „nach vorn“ zu suchen, wenden sich verunsicherte Gläubige der Tradition zu, um wieder Orientierung zu finden. Wenn Kritiker dieses „Retrokatholizismus“ darin eine rein nostalgische und ästhetizistische Regression sehen, dann ist zu empfehlen, dies als Warnung vor einer durchaus realen Gefahr ernst zu nehmen – und gleichzeitig zu betonen, dass die Rückbesinnung auf die Tradition durchaus nicht bedeuten muss (und auch nicht bedeuten sollte), sich in eine idealisierte Vergangenheit zurückzuträumen, die so ideal schließlich gar nicht gewesen ist. Vielmehr sollte es darum gehen, im reichen Fundus der Tradition nach vergessenen oder in der jüngeren Vergangenheit voreilig verworfenen Schätzen zu suchen und diese für die Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. In einem Beitrag für das „Crisis Magazine“ vergleicht der Literaturwissenschaftler Anthony Esolen diese Vorgehensweise mit der Instandsetzung eines alten Hauses, bei der unter einem hässlichen Linoleum-Bodenbelag ein wertvoller alter Holzfußboden zum Vorschein kommt. Eine Bewegung, die Tradition in diesem Sinne nicht als etwas Abgeschlossenes und Museales betrachtet, sondern als einen lebendigen und in die Zukunft weisenden Prozess, kann in der Kirche derzeit wohl fast nur von der Basis ausgehen, da die höheren Ebenen des institutionellen Apparates überwiegend in eine gänzlich andere Richtung unterwegs sind. Aber gerade dieser Umstand eröffnet auch Freiräume für neue innerkirchliche Basisbewegungen, sofern sie dazu bereit sind, diese Räume zu besetzen.

Kurz gefasst:

Die Corona-Krise hat viele vermeintliche Gewissheiten erschüttert – auch auf dem Gebiet innerkirchlicher Richtungskämpfe. Verfechter der Idee einer modernen, kundenorientierten Dienstleistungskirche sehen sich mit der Frage konfrontiert, ob es für ihre Vision überhaupt eine Nachfrage gibt; gleichzeitig ist eine Renaissance traditioneller, lange als veraltet angesehener religiöser Praktiken zu beobachten. Eröffnet sich hier ein Weg in eine unerwartete Zukunft?

TAGESPOSTING



Abschreckende Wirkung

Das bischöfliche Bullerbü

VON PETER HAHNE

Naivität ist die kleine Schwester der Dummheit. Das ist das Mindeste, was man nach der Merkel-Weihstunde unserer Oberhirten sagen kann, die in Wahrheit eine Märchenstunde war. Ein ganzes KNA-Doppelinterview verbrachten Reinhard Kardinal Marx und sein protestantisches Pendant Bedford-Strohm damit, die Welt zu sehen, „wie sie uns gefällt“. Das bischöfliche Bullerbü ist das Idyll einer Welt, die wenig mit Realität zu tun hat. Anlass: fünf Jahre „Willkommenskultur“. Ein Loblied auf die Grenzen sprengende Kanzlerin. Es sei doch alles so großartig gelaufen, fast die Hälfte der Flüchtlinge seien in Lohn und Brot und bestens integriert. Ja, die Heilige Angela habe recht behalten: „Wir schaffen das!“ Dass just zu diesem Zeitpunkt Scharen der „Schutzsuchenden“ (wie ich es bei Recherchen an den Grenzen selbst erlebt habe: viele junge, kräftige Männer und kaum Frauen und Kinder) gerade in Stuttgart und Frankfurt Polizeibeamte krankhausreif geschlagen und ganze Stadtviertel zerstört haben — so what! Dass just in diesem Augenblick die offizielle Kriminalstatistik auswies (Bundestagsdrucksache 19/21055 vom 14.7.20), dass dieses „Klientel“ vergleichsweise fünfmal soviel Morde und Vergewaltigungsverbrechen begeht als die (im wahren Wortsinn) Restbevölkerung. Der Berliner Senat bestätigt diese Woche: Jeden Tag zwei Vergewaltigungen in Berlin, die Hälfte der Täter Ausländer. Kein Sterbenswörtchen zu diesen lebensbedrohlichen Tatsachen. Auch keins dazu, dass gerade mehr als 10 000 (!) Berliner Familien verzweifelt ihre Kinder ummelden, weil sie das kirchliche Steckenpferd von Integration und Inklusion an den Schulen nicht länger ertragen. Stattdessen, und das setzt der Bullerbü-Ideologie unseres Parallelwelt-Klerus die Krone auf: ein Loblied auf das EKD-Schiff, das in diesem Monat damit beginnt, „die Ärmsten der Armen“ aus dem Mittelmeer zu fischen. Naiv bis zur Schmerzgrenze! Denn diese von Schlepperbanden organisierte Flucht kann sich doch nur der afrikanische Mittelstand leisten, der nun in den Heimatländern fehlt. Ähnlich wie das Rühmen von Ärzten und Facharbeitern, die (laut Merkel-Marx-Lyrik) aus Syrien und Afghanistan zu uns strömen. Gott sei Dank eine Fata Morgana. Denn wäre es so, es wäre ein Akt der Inhumanität gegenüber allen, die in ihrer Heimat bleiben. Vor allem den wenigen Christen. Keine Ärzte mehr, keine Wirtschaft, kein Leben. Alles ausgeblendet vom Bullerbü-Duo. Stattdessen der (Selbst-)Ruhm, durch Migrationsjubiläum und Reedereibetrieb seien viele in die Kirche eingetreten. Komisch: Ich sehe nur das Gegenteil, und die Statistiken auch. Nein, wer so etwas verbreitet, verkauft andere bewusst für dumm und ist nicht naiv, sondern gezielt manipulativ. Kein Wunder, dass selbst die Süddeutsche Zeitung am 31. Juli in ihrer Titel-Schlagzeile klagt: „Wo seid ihr? Von einer Kirche, die gerade jetzt wenig zu sagen hat.“ Von der Kardinaltugend Klugheit ist Kirche weit entfernt, jedenfalls in ihrer Spitze. Das heißt nämlich: maßvolle Entscheidungen aus der Gesamtsicht der Dinge fällen. Und nicht aus Bullerbü mit dem ideologischen Blickwinkel der Selbstbeweihräucherung.



Der Autor ist TV-Moderator und Bestseller-Autor. Foto: Archiv

Die Atombombenabwürfe vor 75 Jahren waren auch unter amerikanischen Militärs sehr umstritten – Mäßigung hätte das Leid der japanischen Zivilisten erheblich verringern können VON ULRICH VOM HAGEN



Es trifft immer die Schwächsten: Japanisches Mädchen bei einer Erinnerungsfeier für die Opfer des Atombombenabwurfs von Hiroshima. Foto: dpa

Am 6. August 1945, Ende des Zweiten Weltkriegs im Pazifik, warf ein amerikanischer B-29 Bomber die weltweit erste atomare Bombe aus Uranium über der japanischen Stadt Hiroshima ab. Die Explosion tötete sofort mindestens 70 000 Menschen. Drei Tage später warf eine andere B-29 eine weitere Atombombe, diesmal Plutonium, auf Nagasaki ab und tötete sofort schätzungsweise 40 000 Menschen. In beiden Städten starben später weitere Zehntausende an Strahlenbelastung. Japans Kaiser Hirohito verkündete am 15. August 1945 in einer Radiansprache die bedingungslose Kapitulation seines Landes im Zweiten Weltkrieg und verwies auf die verheerende Macht einer „neuen und grausamsten Bombe“.

Die amerikanische Militärpolitik des Zweiten Weltkriegs wurde insbesondere im Pazifik von der Doktrin geleitet, dass nur die Eskalation des militärischen Drucks den Krieg zu einem schnellen Abschluss bringen könne. General Douglas MacArthur und andere hochrangige Militärs sprachen sich dafür aus, die bereits in Kraft getretene konventionelle Bombardierung Japans fortzusetzen und für November 1945 eine massive Invasion mit dem Codenamen „Operation Downfall“ zu verfolgen. Schon in den Wochen und Monaten vor den Atomangriffen hatte das US-Militär dutzende von Japans Städten mit den heftigsten Bombardements der Kriegsgeschichte überzogen und eine jede davon teilweise oder völlig zerstört. Zwar war die japanische Armee mit vier Millionen Soldaten immer noch beschränkt kampfbereit, aber Nachschub versiegte und nur ein Viertel der Soldaten war zur Verteidigung der japanischen Kerninseln verfügbar.

Präsident Truman beschloss dennoch über die moralischen Vorbehalte von Kriegsminister Henry Stimson, General Dwight Eisenhower und einer Reihe von Wissenschaftlern des Manhattan-Projekts hinweg, die Atombombe einzusetzen. Zurückhaltung beim Einsatz der neuesten Hightech-Waffe würde den Krieg eine Weile verlängern, aber eben zu einer Zeit, als außerhalb Japans nur wenig Kampfhandlungen noch stattfanden und die japanischen Streitkräfte de facto geschlagen waren. Die Kritiker betonten, Japan sei bereits hungernd und erschöpft gewesen; die Kapitulation sei eine bloße Frage der Zeit. Befürworter des Atombombeneinsatzes – wie James Byrnes, Trumans Außenminister –

glaubten, dass seine verheerende Zerstörungsmacht nicht nur den Krieg rasch beenden würde, sondern auch die USA in eine starke Position bringen würde, um den Verlauf der Nachkriegswelt zu bestimmen.

Die Realisten in der japanischen Regierung hatten daran gearbeitet, den Krieg unter der einen Bedingung zu beenden, nämlich der Beibehaltung des kaiserlichen Thrones. Vor allem Außenminister Togo versuchte Moskau als Vermittler eines solchen Waffenstillstands zu gewinnen. Dem standen die Falken um Kriegsminister Anami in der japanischen Regierung entgegen. Diese Hardliner begannen erst mit Stalins Kriegserklärung am 8. August 1945 umzudenken. In Bezug auf die Entscheidung, Atombomben auf Japan abzuwerfen, schrieb der damalige stellvertretende Kriegsminister John McCloy später, dass jeder so darauf bedacht gewesen sei, den Krieg mit militärischen Mitteln zu gewinnen, dass politische Erwägungen fast zufällig gewesen seien. Mäßigung hätte das unendliche Leid der japanischen Nichtkombattanten erheblich verringern können, wobei auch die Fortsetzung konventioneller Flächenbombardierungen erhebliche zivile Verluste gefordert hätte.

Luftangriffe auf ein ganzes Gebiet und nicht auf einzelne militärische Objekte zielen in erster Linie darauf ab, die Infrastruktur des Feindes zu zerstören, die Moral der Bevölkerung zu schwächen oder einfach Vergeltung zu üben. Rache für den japanischen Angriff auf Pearl Harbour mag ein Motiv der Amerikaner gewesen sein. Die militärische Notwendigkeit von Luftangriffen hängt eigentlich von ihrem Beitrag zur Beendigung eines Krieges ab. Großbritannien, Frankreich und Deutschland begannen im Ersten Weltkrieg mit Bombardements auf industrielle und zivile Infrastruktur. Flächenbombardements sollen ein Gefühl von „Schock und Entsetzen“ unter der Zivilbevölkerung schaffen und die Moral schwächen. Im Zweiten Weltkrieg können die ersten schwer bombardierten Städte – Warschau, Rotterdam und Belgrad – als Opfer dieser Doktrin gelten, da die Luftwaffe nicht nur militärische Objekte ins Visier nahm, sondern bewusst sogenannte Kollateralschäden einkalkulierte. Im Rahmen der „Moral Bombing Directive“ setzten die westlichen Alliierten im Zweiten Weltkrieg dann mit Phosphor oder Napalm gefüllte

Brandbomben gegen deutsche Städte ein. Diese Angriffe führten zum Tod von mehreren hunderttausend deutschen Zivilisten, ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Dennoch gelang es den westlichen Alliierten weder, die Zivilbevölkerung tiefgreifend zu demoralisieren noch führten die Flächenbombardements deutscher Städte zu einer signifikanten Verringerung der industriellen Produktion.

Anders verhielt es sich in Japan. Ab Herbst 1944 verließen Millionen wegen der Luftangriffe die Städte, unter ihnen ein Drittel der Arbeiter. In den bombardierten Städten fiel die Industrieproduktion auf ein Viertel. Die Luftangriffe auf Tokio am 9. März 1945 markierten den Anfang vom Ende Japans im Zweiten Weltkrieg. Die US-Planer wussten, dass die japanischen Holzbauten leicht brennen würden. Armeeingenieure hatten Karten der brennbarsten Sektoren Tokios erstellt. Innerhalb weniger Stunden warfen hunderte B-29 Bomber mit Napalm gefüllte Brandbomben auf die japanische Hauptstadt ab, töteten mehr als 100 000 Menschen in einem einzigen Luftschlag und verletzten mehrfach so viele Einwohner. In der Nacht des Luftangriffs auf Tokio brannte eines der dichtest besiedelten städtischen Zentren der Welt nieder. Mehr als eine Million Menschen wurden obdachlos. Es war die höchste Zahl an Todesopfern jemals aller Luftangriffe auf eine Stadt, einschließlich Hiroshima und Nagasaki.

Die atomaren Bombardements auf die beiden japanischen Städte waren damals ethisch wie militärisch so fragwürdig wie heute. Sechs von sieben Fünf-Sterne-Generälen und Admiralen der USA waren der Ansicht, dass es nicht nötig gewesen sei, die Atombomben zu werfen, weil die Kapitulation Japans unmittelbar bevorstünde. Seitdem hat sich die Atomwaffentechnologie ständig verbessert, aber Atomwaffen wurden seitdem nicht mehr eingesetzt. Die Militärdoktrin hinter der nuklearen Bewaffnung wurde als Abschreckung bekannt. Sogenannte konventionelle Kriegswaffen sind sehr zerstörerisch, aber sie vermeiden die Möglichkeit der gegenseitigen Vernichtung, denn eine umfassende Kriegsführung mit strategischen Atomwaffen zwischen Hightech-Armeen könnte zu einem Armageddon führen. Der Einsatz von Atomwaffen gegen einen Feind im Besitz der gleichen Technologie birgt immer die Gefahr der eigenen Zerstörung, da jede Seite Vergeltung fürchten muss. Die Macht der Atombombe leitete

eine Veränderung der Geopolitik ein, die bis heute nachhallt, da mehrere Länder derzeit strategische und taktische Atomwaffen besitzen oder um den Erwerb dieser Technologie wetteifern.

Unsere Zeiten sind inmitten wachsender Spannungen in Gebieten mit kleineren Atommächten – ob nun Nordkorea, Iran, Pakistan oder Indien – sehr komplex. Taktische Atomwaffen, die kleine atomare Sprengköpfe und Trägersysteme besitzen und für den Einsatz auf dem Schlachtfeld oder für einen begrenzten Angriff bestimmt sind, entsprechen durchaus den militärischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Weniger mächtig als strategische Atomwaffen, sollen taktische Atomwaffen feindliche Ziele in einem bestimmten Gebiet verwüsten, ohne die Schwelle zum Atomkrieg zu überschreiten.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki stellt sich die Frage, was der Fortbestand von Atomwaffen über die internationale Sicherheitspolitik aussagt. Die katholische Kirche hat bereits in „Pacem in terris“, der Enzyklika von Papst Johannes XXIII. von 1963, argumentiert, dass Abrüstung notwendig sei und Atomwaffen verboten werden müssten.

Zu realistischen Abrüstungsbemühungen ist ein gewisses Maß an prinzipientreuer Offenheit, Flexibilität und Stärke erforderlich, denn nur durch einen kooperativen Dialog in den internationalen Beziehungen kann Frieden gelingen. Die Opfer von Hiroshima und Nagasaki mahnen uns auch noch nach 75 Jahren: Die endgültigen Opferzahlen sind zwar unbekannt, aber bis Ende 1945 hatten Verletzungen und Strahlenkrankheit die Zahl der Todesopfer auf mehr als 200 000 erhöht. In den Folgejahren trieben Krebs und andere Langzeitstrahlungseffekte die Zahl stetig in die Höhe. Noch heute leben in Japan tausende Menschen mit den gesundheitlichen und psychischen Folgen der Atomangriffe.

KORREKTUR

In der Ausgabe vom 2. Juli 2020 wurde geschrieben, dass die AfD bis auf Bremen in jedem Landesparlament vertreten sei. Das ist nicht richtig. Die AfD sitzt auch in Bremen im Landesparlament. DIE REDAKTION

Der Dämon Mammon

Geld ist mehr als klingende Münze oder bedrucktes Papier, es ist ein Potenzial, das Selbstverantwortung und Unabhängigkeit birgt **VON UTE COHEN**



Im Griff des Mammons: Nicht nur „Jedermann“ – hier eine aktuelle Aufnahme der Salzburger Festspiele – kennt dieses Gefühl, auch in anderen Bühnenstücken und der Bibel wird gewarnt vor den materiellen Versuchungen. Foto: dpa

Im französischen Luxus-Skiort Courchevel prangen sie im Schaufenster: T-Shirts, Jacken und vor allem Basecaps gülden bestickt mit „Save the Rich“. Man glaubt seinen Augen nicht zu trauen, wirkt der Slogan doch wie eine Perisflagge auf Rettungsbewegungen aller Couleur. Wale drängen sich auf, seltene Krötenarten, fränkische Redensarten und ja, sogar Kinder. Den Reichen aber gönnen wir zualerletzt ein Schutzbedürfnis. Bedenkenlos stimmen wir dagegen in den Chor mit ein: Eat the rich!

Dahinter steckt nicht etwa das Bedürfnis, Begüterte, Wohlhabende, materiell Begünstigte mit Haut und Haar zu verschlingen, aus lauter Liebe sozusagen. Im Gegenteil verschafft sich hier eine Gier Ausdruck, die sich die Reichen kannibalistisch einzuverleiben erhofft. Es ist der archaische Glaube an die Ausrottung des Übels durch Verinnerlichung beziehungsweise eine Machtübertragung durch vampirgleiches Aussaugen seiner Eigenschaften. Kaum einer der Basecap-Träger wird seine Drohung wohl wahr machen. Über den Glaubensstand der Merowinger, königliche Macht säße im Haupthaar, sind wir doch hinausgelangt.

Auch Elefantenstoßzähnen und Tigerklauen erkennen wir die ihnen einst zugesprochene Potenz nicht mehr zu. Heute versuchen wir unsere Urängste, Triebe und Gelüste zu rationalisieren und hinter vernunftgesteuerten Debatten zu verschanzen. Sublimiert werden Gier und Habsucht in „Wohltätigkeitsveranstaltungen“ und Solidaritätsbekundungen. Allenfalls in Slogans und Demonstrationsbannern findet das Irrationale noch seinen Ausdruck, von Hatern im Netz mal abgesehen. Auf textilem Grunde findet der Battle zwischen Reichenhassern und Reichenrettern statt. In den französischen Alpen, auf Berliner Straßen und im bayerischen Wirtshaus begegnen sie sich, der eine den anderen still verachtend oder ätzend vergrätzend. Über plakative Aufmüpfigkeit geht der Protest der Mützenträger jedoch selten hinaus. Wie eine Monstranz tragen sie ihre Glaubenssätze vor sich her, ohne auch nur im Geringsten die eigenen Privilegien und tagtäglichen Praktiken in Frage zu stellen. Gezündelt wird mit Versatzstücken, explosiv sind die Parolen und gelegentlich geht auch eine Nobelkarosse in Flammen auf. Die Mützenträger ergötzen sich am Spektakel, was sich hinter den Kulissen abspielt, tut nichts zur Sache. Quereilen – das macht sie meist aus – gewinnen eine Eigendynamik und verselbstständigen sich, sodass sich die Gegner eines Tages nicht einmal mehr an den Ursprung der Streitigkeit zu erinnern vermögen.

Das ist die Crux mit dem Mammon, die auch bei den jährlichen „Jedermann“-Aufführungen in Salzburg zu bestaunen ist: Er setzt die Ratio außer Kraft. Geld ist mehr als klingende Münze oder bedrucktes Papier, es

ist ein Potenzial, das Selbstverantwortung und Unabhängigkeit birgt, aber auch Unterwerfung und Abhängigkeit. Im Brief an die Epheser schreibt Paulus: „Der Dämon Mammon fordert göttliche Anbetung“, die aber gebühre nur dem Einen und Einzigen. Verblendet von Geld und Gier, bleibt das Wort Gottes ungehört. In Matthäus 13,22 heißt es: „und die Sorge der Welt und der trügerische Reichtum ersticken das Wort, und er bringt keine Frucht“. Gekoppelt an die Bergpredigt wird Geld flugs verteufelt und aus Jesu Appell an Gottvertrauen ein Laissez-faire und eine Laxheit abgeleitet, die, wären wir Figuren in einem russischen Märchen, Meister Och, den Zauberer der ukrainischen Wälder, auf den Plan rufen würde.

Wanja, ein fauler Bursch‘ in diesem Märchen, liegt den lieben langen Tag lang vor dem Kachelofen und zählt Stubenfliegen. Wanjas Vater gibt den Faulpelz dem Magier Och in die Lehre. Och aber will die kostenlose Hilfskraft am Ende der Lehrzeit nicht entbehren und verwandelt Wanja in allerlei Getier, in dem der Vater freilich seinen Sohn nicht zu erkennen vermag. Der Sohn muss sich selbst mit einem Trick erlösen. Ein Mädchen spielt natürlich auch eine Rolle. Wanja, der sich vom Hengst in eine Taube, dann in Erbsen und schließlich in einen Ring verwandelt, um dem Zauberer zu entfliehen, wird gerettet von dem Mädchen, das dem Glanz des Goldes nicht zu widerstehen weiß. Es hebt den Ring auf. Wanja verwandelt sich in einen Wolf und tötet den Zauberer, der in Gestalt eines Hahnes daherkommt, mit einem Biss in den Nacken. Am Ende trinken alle Tee und erfreuen sich an zweitausend magisch errungenen Rubeln.

Nicht immer gibt es für die Faulheit ein Happy End. Die Wandlung vom Taugenichts zum Traum aller Schwiegermütter gibt’s wohl nur im Märchen. Eine Lehre kann man aus der Fabel dennoch ziehen: Wer nicht selbst als Stubenfliege enden will, sollte sich mit einem Platz am warmen Ofen nicht bescheiden und vor allem nicht in ausbeuterischer Manier auf Kosten anderer leben. Von Glück kann Wanja auch reden, dass seine Geliebte dem Materiellen nicht gänzlich absagte, da sie sonst den Ring nicht aufgehoben und Wanja letztlich verschmäht hätte. In uns allen steckt ein kleiner Wanja. Es hieße die Wirklichkeit zu verleugnen und sich ein doch sehr verlogenes Mäntelchen umzuhängen, wenn wir behaupteten, Geld spiele keine Rolle im Leben. Die Frage ist nur, wie viel uns das eigene Engagement wert ist, um Abhängigkeit zu entkommen und Unabhängigkeit zu erlangen. Vor allem aber: Folgen wir der Devise „Geld regiert die Welt“ oder lassen wir uns von Maximen leiten, die ein menschliches Miteinander ermöglichen, in dem Geld weder diabolisiert noch verherrlicht wird. Wohin die Emotionalisierung des Monetären führen kann, zeigt sich in Friedrich Dür-

renmatts Stück „Der Besuch der alten Dame“. Rache wird in dieser Geschichte mittels Geldes vollzogen. Claire Zachanassian, die „alte Dame“, kehrt in ihren Heimatort Güllen zurück und rächt sich mittels ihres Reichtums an geschehenem Unrecht. Die Güllener entsagen jeder Moral und rotten sich im Namen des Geldes zum Mord an einem der Ihren zusammen. Versuchung, Gier und Spekulation setzen alle Regeln menschlichen Zusammenlebens außer Kraft. Schneller, als wir es uns gewahr werden, unterliegen wir dem Sog des Unmenschlichen. Glück aber bringt der Triumph des Geldes der alten Dame nicht. Den geliebten toten Täter führt sie im Sarg ins Mausoleum. Sie selbst ist eisern, der Hass gestützt nur noch auf kalte Streben, Prothesen halten ihren brüchigen, von Krankheit gezeichneten Leib zusammen.

Der Körper vom Leid zerfressen, die Seele vergeblich nach Liebe darhend, Geld das dürftige Substitut für fehlende Gerechtigkeit, das ist das traurige Fazit, mit dem uns Dürrenmatt konfrontiert. Selbst wenn wir aus dieser Geschichte lernen sollten, so scheint es doch den Menschen auszumachen, dass er nach einem allmächtigen Mittel sucht, die Gier zu stillen und Rache zu verüben. Das Ende des Geldes muss deshalb noch lange nicht das erträumte Utopia sein, in dem wir alle selig sein werden. Der Mammon als Ausdruck des Dämonischen findet immer Mittel, Wege und Währungen, um uns zu unterjochen. Die Dollarzeichen in den Augen und glitzernd-klimperndes Bling-Bling mögen verschwinden, abgelöst aber werden sie durch anderes verführerisches Talmi, das sich als mediale Macht und Herrschaft über den Ruf und das Ansehen des Konkurrenten tarnt. Diese Macht vermag gewiss mehr Schaden anzurichten, als es die alte Dame zu erträumen gewagt hätte. Das Paradies ist auf alle Fälle verloren, damit müssen wir uns abfinden. Es liegt aber an uns, ob wir all unser Fühlen und Handeln dem Mammon und seinen vielgestaltigen Erscheinungsformen unterwerfen.

Geradezu höllisch entwickelt sich diese Welt, wenn selbst die Liebe Teil eines Systems wird, in dem alle nur dem Lockruf des Geldes folgen. Der Kapitalismus gibt dann den Handlungsrahmen und rückt alle Menschen wie Spielfiguren hin und her. Sieger in diesem tödlichen Spiel ist derjenige, der die Spielregeln beherrscht und es schafft, nicht in die Ecke der Elenden abzuweichen. Ein Horrorszenario, in dem man nicht leben möchte. Machen wir uns aber nichts vor: Manna fällt nicht vom Himmel, wir müssen es uns erarbeiten, egal, ob wir die Eat-the-Rich- oder die Save-the-Rich-Basecap tragen. Wenn wir uns aber auch nur auf einen einzigen Spruch einigen können, dann sind wir dem irdischen Paradies zumindest näher, als wir glauben: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Gut.“



Nachrichten sind spannend. Keine Frage. Doch viele Dinge haben sich ähnlich schon einmal zugetragen. Wer wüsste das nicht besser als ein Historiker? In dieser neuen Kolumne wird die Gegenwart mit dem Brennglas der Geschichte betrachtet.

Lehren ziehen aus Zeiten der Verunsicherung

„Was geschehen ist, wird wieder geschehen, was getan wurde, wird man wieder tun: Es gibt nichts Neues unter der Sonne“ – so kann man schon im Buch Kohelet nachlesen (1,9). Und in der Tat: Solange der Mensch dieselben Lebenserfahrungen von der Geburt bis zum Tod durchlebt, müssen auch die kollektiven Erfahrungen einer jeden Gesellschaft immer wieder analoge Konstellationen aufweisen. Entgegen einer weitverbreiteten Überzeugung wiederholen sich geschichtliche Muster also ebenso wie die Grunderfahrungen des Menschlichen, und somit auch die Möglichkeiten, aus der Vergangenheit zu lernen: Nicht, um sich aus der Geschichte auszuklinken, sondern um einzusehen, wie es so kommen wird, wie es kommen muss – und wie man das Beste daraus machen kann. Selten waren die Gegebenheiten für ein solches Studium besser als im 21. Jahrhundert, wo wir auf einen bislang einzigarti-

gen Schatz an Überlieferungen zurückblicken können. Wie ließe sich stärker ernsten, was uns Heutigen an Ganzheitlichkeit abhandengekommen ist, wo vor lauter Dekonstruktion überall ein blasierter Rationalismus den Weg zu einer unbefangenen Welterfahrung zu verstellen scheint? „Welche Freude, heute zu leben“, schwärmte zu Beginn der Renaissance Ulrich von Hutten, während Perikles in seinem Epitaphios das klassische Athen zum sommerlichen Höhepunkt griechischer Geschichte stilisierte und das Mittlere Königreich Ägyptens die Grundlagen für die Kunst der kommenden Jahrtausende schuf – eine enthusiastische Lebensbejahung, die uns Heutigen oft rührend und fremdartig scheinen mag. Und doch täten wir gut daran, gerade in Momenten des Pessimismus an den Überschlag zu denken, mit dem unsere Ahnen die zahlreichen Herausforderungen annahmen, die die Welt auch ihnen bot – und vor

allem daran, wie es ihnen gelang, inmitten der Krisen ihrer Zeit das Streben nach dem Guten immer mit dem nach dem Schönen zu verbinden. Freilich, auch die Zeiten der Verunsicherung bieten bedenkenswerte Lehren – ob es nun um die traumatisierende Erfahrung der Amarna-Zeit im Ägypten Echnatons geht, als im Namen eines neuen Ideals überall die Statuen vom Sockel gestürzt wurden; die kollektivistische Revolte der Mazdakiten im sassanidischen Iran, als Eigentum und Familie im Namen der Gleichheit abgeschafft werden sollten; oder schließlich das spätrepublikanische Rom, als Historiker wie Sallust die Selbstauflösung der Republik konstatierten und feinfühlig Politiker wie Cicero darüber klagten, wie Fremde durch ihre eigene Heimatstadt zu irren: Auch die Schattenseiten unserer eigenen Gegenwart sind alles andere als einzigartig. Und doch, das Leben geht immer wieder

weiter, auch nach dem Fall der großen Hochkulturen; und selbst auf den Resten unserer abendländischen hochtechnologischen Zivilisation werden neue Gesellschaften entstehen, die eines Tages mit Faszination auf unsere Gegenwart zurückblicken werden: Man denke nur an Homers Verklärung der mykenischen Helden, an die Romantisierung des ägyptischen und iranischen Erbes in der arabischen Historiographie oder an die tiefe Bewunderung der angelsächsischen Eroberer für die verfallenden römischen Städte Britanniens. Auch der Westen wird nicht das letzte Wort in der Geschichte der Menschheit sein – ein eigentlich tröstlicher Gedanke, der uns zwar nicht unsere Verantwortung um das Hier und Jetzt nimmt, aber die Gedanken auf das Wesentliche richtet, das Überzeitliche. Schon Kohelet wusste (3,15): „Gott wird das Verjagte wieder suchen.“

Die Freiheit des Studiums erkämpft

Edith Stein hat vor 100 Jahren um die Anerkennung ihrer Habilitation gekämpft. Der Historiker Thomas Schuld, der seit vier Jahren das Edith-Stein-Archiv leitet, erklärt die Hintergründe. Das Archiv befindet sich innerhalb des Kölner Klosters der Karmelitinnen, dem Karmel „Maria vom Frieden“. Mit Schuld sprachen Constantin und Ulrike von Hoensbroech

Herr Schuld, wer kommt in das Edith-Stein-Archiv und nutzt es?

Es kommen viele internationale Besucher: Wissenschaftler, Studenten, Doktoranden, Priester. Diese Personen befassen sich aus den unterschiedlichsten Motiven mit Leben und Werk von Edith Stein. Sie hat ja nicht nur ein umfangreiches Werk hinterlassen, sondern war und ist bis heute in vielen ihrer Rollen und Funktionen in mehrfacher Hinsicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.

Wie wird Edith Stein in der deutschen Wissenschaft rezipiert?

So wie ich es einschätzen kann: eher weniger. Es gibt eine sehr engagierte deutsche Edith-Stein-Gesellschaft. Aber wissenschaftliche Untersuchungen sind selten. Das hängt wohl damit zusammen, dass an deutschen Hochschulen über Edith Stein nur punktuell als Theologin und als Philosophin gelehrt wird.

Da ließe sich mutmaßen: Weil ihr Werk es nicht hergibt?

Nein, ganz im Gegenteil. Seit 2002 sind 27 umfangreiche Bände einer Gesamtausgabe erschienen, gerade kam ein letzter Band 28 heraus. In diesen 28 Bänden ist auf dem neuesten Stand der Forschung das ganze Werk Edith Steins gesammelt: ihre philosophischen und pädagogischen Schriften, ihre geistlichen Texte, ihre Autobiografie und ihre Briefe. Die Internationalität, wie wir sie hier im Archiv erleben, zeigt deutlich, welch lebhaftes Interesse an dem Werk dieser Heiligen an den unterschiedlichsten pädagogischen, kirchlichen und universitären Einrichtungen im Ausland besteht. Da wir als Edith-Stein-Archiv die Rechte an den Texten haben, aus denen zitiert wird, bekommen wir die Arbeiten als Belegexemplare. Wir haben hier beispielsweise wissenschaftliche Arbeiten zu Edith Stein in Japanisch, Finnisch, Ukrainisch.

Was gehört zum Archiv?

Hier ist fast der komplette Nachlass von Edith Stein – etwa 20 000 Blätter – gesichert. Die Rettung des Nachlasses während und nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine abenteuerliche Geschichte. Schließlich kam das Werk wieder nach Köln und wurde hier in den letzten Jahren mit Hilfe der Krupp-Stiftung restauriert und digitalisiert. Um langfristig diesen bedeutenden Nachlass zu erhalten, wurde 2007 die Edith Stein-Stiftung gegründet. Ihrem Kuratorium gehören Vertreter des Karmels „Maria vom Frieden“, des Erzbistums Köln und ausgewiesene Wissenschaftler an. Außerdem haben wir hier eine Präsenzbibliothek mit rund 2 000 Bänden.

Das würde Edith Stein gefallen; sie war ja selbst sehr sprachbegabt.

In der Tat: Sie hat Texte aus dem Lateinischen, Griechischen, Englischen, Französischen und Spanischen übersetzt. Ich bin selbst immer wieder überrascht, welches umfangreiche Werk diese Frau in ihrem

doch nicht allzu langem Leben hinterlassen hat.

Nochmals zur inhaltlichen Bedeutung ihres Werkes. Worin liegt diese?

Die Bedeutung und Rezeption dieses Werkes hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr erschlossen. Zum einen in philosophischer Hinsicht, insbesondere die Forschungen zur Phänomenologie und zur Ethik, aber auch Edith Steins persönliche Bekanntschaft und Auseinandersetzung mit so bedeutenden Philosophen wie Edmund Husserl, Martin Heidegger und Max Sche-

Habilitation an einer Universität und darauf folgend eine Professur für Philosophie gewesen. Aber die Zulassung von Frauen überhaupt zum Studium war noch jungen Datums und stieß bei den Professoren immer noch auf Widerstand. So vertrat etwa Edith Steins Lehrer Edmund Husserl die Auffassung, die Aufgabe der Frau sei doch im Grunde das Heim, die Ehe. An eine Habilitation, also die Qualifikation zur akademischen Lehre, konnte noch gar nicht gedacht werden. Es gab erste zaghafte Versuche von Frauen in verschiedenen Fächern. So legte Edith Stein selber in Göttingen



Edith Stein hat auch politisch gedacht, als sie Papst Pius XI. 1933 in einem Brief bat, die Kirche Christi möge ihre Stimme erheben.

Foto: dpa

ler. Zum anderen in pädagogischer Hinsicht. Sie hat in dieser Hinsicht viel publiziert und war ja auch selbst als Pädagogin tätig. Und dann ist da noch ihre Bedeutung in der Genderforschung. Trotz ihrer überraschenden Intelligenz ist sie ja an Grenzen gekommen: einfach weil sie eine Frau war.

Aktuell werden immer intensiver Debatten über die Parität von Frauen und Männern auf den unterschiedlichsten Ebenen von politisch-gesellschaftlicher Relevanz geführt – wie etwa die Debatte um die Frauenquote in der CDU oder die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Thüringen zum Paritätsgesetz oder die Rolle von Frauen an Hochschulen sowie in der Kirche...

Ich glaube, dass sich Edith Stein bei diesen Debatten mit Bezug auf die Wissenschaft und die Politik als eine Wortführerin eingebracht hätte. Das legt ein Blick um genau 100 Jahre zurück nahe – und zeigt wiederum, wie aktuell Edith Stein ist. Sie war Frauenrechtlerin und hat sich als Vortragende, gerade in den 1920er Jahren, nachhaltig mit der Frauenfrage auseinandergesetzt. Als sie 1916 mit der Höchstnote ‚summa cum laude‘ promoviert wurde, wäre der natürliche Fortgang der Karriere die

lerin selber allerdings, die zwar mit Genugtuung in einem Brief den Erlass als „Nasenstüber für die Göttinger Herren“ bezeichnete, öffnete sich nicht der Weg zur Habilitation, trotz mehrerer Versuche. Die Ressentiments gegen sie als Frau und Jüdin waren noch immer zu unüberwindlich. Aber ähnlich wie ihr Brief von 1933 an Pius XI. legt diese Eingabe Zeugnis ab von ihrem unerschütterlichen Rechts- und Gerechtigkeitsverständnis.

Welche Bedeutung hat denn Edith Stein in theologischer Hinsicht? Gibt es die überhaupt? Schließlich war sie keine Theologin.

Das ist ein weites Feld, das sich aktuell, nicht zuletzt auch durch die Heiligsprechung befördert, immer weiter auftut. Denn natürlich hat sie nie Theologie studiert. Da drängt sich dann doch eine ganz andere Frage auf: Ist Theologie überhaupt eine rein universitäre, eine akademische Angelegenheit? Oder geht es nicht vielmehr um die Frage der Vereinbarkeit von Wissen und Glauben? Das wäre dann eine hochmoderne Angelegenheit, und es gibt denn auch durchaus ernstzunehmende Stimmen, die sich dafür aussprechen, Edith Stein zur Kirchenlehrerin zu erheben. Eben eine Kirchenlehrerin, die zwar kein theologisches Werk hinterlassen, aber eine theologische Biografie gelebt hat. Spätestens hier käme dann auch noch ihre jüdische Herkunft in die Debatte, die Edith Stein als Brückenbauerin im Dialog zwischen Christen und Juden geradezu prädestiniert.

Edith Stein war zudem eine sehr politisch denkende Person...

Dieser Aspekt verdient neben den erwähnten Bedeutungen ebenfalls eigens betrachtet, ja, wissenschaftlich bearbeitet zu werden: die zeithistorische Kontextualisierung. Nochmals: Edith Stein war eine der ersten weiblichen „Dr. phil.“ überhaupt. Sodann ihr Brief an Papst Pius XI. im Jahre 1933, in dem sie den Papst kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten bittet, „dass die Kirche Christi ihre Stimme erhebe, um diesem Missbrauch des Namens Christi Einhalt zu tun“. Dieses Schreiben stammt von einem sehr wachen, hellsichtigen und sensiblen Geist einerseits und zeigt andererseits eine sehr bodenständig in die Welt schauende kritische Person. Beides hängt sicher auch mit ihrer jüdischen Herkunft zusammen.

Nicht zu vergessen ihre Konversion zum Katholizismus sowie ihr Ordensleben.

Auch das ist ein weites Feld. Was bedeutet das eigentlich genau, dieser Wechsel vom Judentum zum Katholizismus? Wie sieht und lebt sie die Spiritualität der Karmelitinnen? Wie sieht der Klosteralltag, zumal in der damaligen Zeit, ganz praktisch aus? Und: Wie konnte sie als Nonne in einem Orden, der sich in erster Linie dem Gebet verpflichtet sieht, weiter forschen und wissenschaftlich tätig sein? Dazu gehören dann einfach auch ganz praktische Fragen: Woher bekomme ich einen Stift, woher das Papier? Schließlich ihre Selig- sowie Heiligsprechung und ihre Erhebung zu einer Patronin Europas. Da wartet noch vieles darauf, genau untersucht und dargestellt zu werden, beispielsweise in Seminaren oder Doktorarbeiten.

Wie möchten Sie selbst Edith Stein dargestellt sehen?

Ich möchte sie nicht euphorisch oder gar hymnisch darstellen, sondern dazu beitragen, dass sie in ihrer ganzen Wirkung, in ihrem Wirkumfeld und in der ihr eigenen Sachlichkeit dargestellt wird. Sie ist meines Erachtens symbolisch für unsere Zeit. Sie war stets auf der Wanderschaft, beinahe rastlos, vielgestaltig und immer auf der Suche. Die vielen Brüche, Identitäten und Stationen in ihrem teils zerrissenen, fragmentarischen Leben zeigen die Widersprüchlichkeit ihrer Zeit, die aber auch für unsere Zeit kennzeichnend ist – und nicht zuletzt seit dem Holocaust von zeitloser Aktualität ist.

Orgel von Notre-Dame wird gereinigt

Die von dem Großbrand 2019 nur wenig betroffene Große Orgel der Pariser Kathedrale Notre-Dame wird ab dieser Woche ausgebaut und bis 2024 gründlich gereinigt. Das teilte die zuständige Behörde laut französischen Medienberichten am Wochenende mit. Im Juli sei dafür ein 30 Meter hohes Gerüst gebaut worden. Die Orgel von Notre-Dame ist seit 1733 in Funktion. Mit mehr als 8 000 Pfeifen und 115 Registern ist sie das größte Instrument Frankreichs. Bei dem Brand war die Orgel nicht von den Flammen erfasst worden und bekam auch wenig Löschwasser ab. Allerdings wurde sie mit Bleistaub der verbrannten Dächer bedeckt und litt unter der Hitzewelle im Juli 2019. Staatspräsident Emmanuel Macron wünscht sich einen Wiederaufbau von Notre-Dame bis 2024. Sein Sonderbeauftragter, Ex-General Jean-Louis Georgelin, hat für den fünften Jahrestag des Großfeuers, den 16. April 2024, ein „Te Deum“ in der Kathedrale angekündigt. Dafür wird die Große Orgel benötigt. DT/KNA

Antikes Jerusalem kleiner als gedacht

Jerusalem in alttestamentlicher Zeit war offenbar deutlich kleiner, als bisher angenommen. Zu dieser Erkenntnis kamen Archäologen des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes (DEIAHL) laut einer am Dienstag veröffentlichten Mitteilung bei aktuellen Ausgrabungen. Forscher seien lange davon ausgegangen, dass die eisenzeitliche Stadtmauer Jerusalems südlich des heutigen Zionsors am Hang des Zionsberg zum Himmontal verlief, erklärte DEIAHL-Direktor Dieter Vieweger auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Annahme beruhte demnach auf einem Mauerfund, den der Benediktiner Bargil Pixner von der nahen Dormitio-Abtei in den 1980er Jahren in die Eisenzeit (8. Jahrhundert vor Christus) datierte. Bei Grabungen wurde laut DEIAHL ein zwölf Quadratmeter großes Gebiet bis zum Felsen in einer Tiefe von 5,50 Metern freigelegt. Gegen die Thesen Pixners spricht laut Vieweger zudem, dass nur verstreut Scherben aus der Eisenzeit gefunden wurden. Diese sprächen für eine Nutzung im Wohnbereich oder für Landwirtschaft in dieser Epoche. Da eine Stadtmauer der Topographie folgend an Hängen gebaut wird, müsse die alttestamentliche Ausdehnung der Stadt kleiner sein als angenommen, so die Schlussfolgerung von Vieweger. DT/KNA

Judas-Schauspiel im Kloster Dalheim

Im ehemaligen Kloster Dalheim in Lichtenau nimmt ein Freiluft-Theaterstück den biblischen Verräter Judas in den Blick. „Das Schauspiel ‚Judas‘ formuliert die Schuldfrage neu“, teilte Intendant und Hauptdarsteller Harald Schwaiger am Dienstag im westfälischen Lichtenau mit. „Es hinterfragt die Stigmatisierung des vermeintlichen Ur-Verräters und rüttelt damit an den Grundfesten des christlichen Selbstverständnisses.“ Das Stück, das im Rahmen des Festivals „Dalheimer Sommer“ aufgeführt wird, basiert der Kloster-Stiftung zufolge auf einer Verteidigungsrede des Apostels Judas, die der Althilologe und Schriftsteller Walter Jens in seinem letzten Roman „Der Fall Judas“ von 1975 verfasst hat. Organist Christian Drengk begleitet das Spiel musikalisch. Das Stück ist am Freitag um 20.00 Uhr sowie am 16. August um 10.00 Uhr und am 21. August um 20.00 Uhr zu sehen. Wegen der Abstandsgebote in der Corona-Krise gibt es keine Pause, wie es hieß. So sollten Ansammlungen vermieden werden. Am Kloster 9, 33165 Lichtenau, Eintritt 25 Euro, ermäßigt 22 Euro, Kartenverkauf unter (0 52 92) 9 31 92 24, per E-Mail unter karten.dalheim@lwl.org oder an der Abendkasse. DT/KNA

INTERNATIONALE ZEITUNGSSCHAU



Der wahre Joe Biden

Der britische **SPECTATOR** widmet sich einer möglichen Präsidentschaft des vorläufigen Kandidaten der Demokratischen Partei, Joe Biden, denn in knapp 100 Tagen wird in den Vereinigten Staaten der nächste Präsident gewählt. Freddy Gray ist dem „wahren Joe Biden“ auf der Spur. Dessen Aussichten steigen in Wahlumfragen immer mehr. Doch das Wahlkampfteam von Trump pocht darauf, dass „je näher der November rückt und die Wähler sich auf den (noch immer vorläufigen) demokratischen Kandidaten konzentrieren, umso mehr werde sich die Dynamik des Rennens zu ihren Gunsten verlagern“. Denn „wenn sich der prüfende Blick der Medien verstärkt, werden Bidens Schwächen als Kandidat unübersehbar werden – seine beginnende Demenz, die peinlicherweise allzu offensichtlich ist“. Biden sei als „Teflon-Kandidat“ bezeichnet worden, an dem alle Angriffe abprallten, doch dies werde, so meint Gray, seiner „slipperiness“, seinem einschmeichelnden Auftreten, nicht ganz gerecht. Er gleiche eher einer Sphinx: Sein wenig sichtbarer Wahlkampf bedeute, dass er sich gegenüber den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen jeweils etwas anders repräsentieren könne: „Für die weiße Arbeiterschaft ist er der normale Joe, der irisch-katholische Junge aus Scranton. Für die schwarzen Wähler ist er Barack Obamas loyaler Vizepräsident, der stets das Clintonsche Talent besaß, einfühlsam zu klingen. Für die in den Vororten lebenden Frauen ist er der ‚elder Statesman‘, der in das Oval Office wieder Anstand bringen wird. Für frühere Republikaner und Unabhängige ist er nicht Donald Trump.“ Bidens Prioritäten im Bereich der Gesetzgebung seien ähnlich schwer fassbar. Seine Ankündigungen klangen radikal, ohne sich auf irgendetwas Kontroverses zu verpflichten. Im Juli habe er versprochen, „die Wurzeln des systematischen Rassismus aus diesem Land herauszureißen“ und „dieses Land zu transformieren“. Doch wie er das schaffen will, sagt er nicht. Auf seiner Webseite weise der Bereich „Joes Vision“ mehr als 40 „Pläne“ oder „Agenden“ auf. Dazu gehörten „Der Biden-Plan für den Klimawandel“, „Der Biden-Plan zur Beendigung der Gewalt gegenüber Frauen“ sowie „Joe Bidens Agenda für die katholische Community“. Doch wirkliche Sorgen machten sich Konservative und Gemäßigte darüber, dass „Präsident Biden ein trojanisches Pferd für die ganz Linken“ sein könnte: „Er ist so alt, dass es unwahrscheinlich scheint“, dass er mehr als eine Amtszeit, geschweige denn zwei, als Präsident durchstehen könne. Schon habe Biden die demokratische Abgeordnete – das 30-jährige Aushängeschild des amerikanischen Progressismus – Alexandra Ocasio-Cortez gebeten, ihm bei der Ausarbeitung seiner politischen Handlungsstrategien zu helfen. Was jedoch sicher ist: „Biden ist bereit, Unmengen an Bundesgeldern auszugeben. Die Trump-Administration hat bereits sechs Milliarden Dollar für die COVID 19-Krise ausgegeben. Biden will noch sehr viel mehr. ‚Was auch immer es kostet‘, sagt er. Außerdem hat er vor, die Ausgaben für das staatliche Gesundheitswesen drastisch zu erhöhen, und seine Antwort auf den Rassismus ist: mehr Steuererminderungen für schwarze Kleinunternehmer plus ein Einhundertmilliarden-Fonds für erschwingliche Wohnungen für Afroamerikaner.“ Einige Beobachter seien über „Bidens Zahlenverständnis besorgt. Vor kurzem behauptete er, Amerika habe ‚mehr als 120 Millionen Tote durch CO-

VID‘; bei einer Diskussion zu Beginn des Jahres sagte er, 150 Millionen Amerikaner seien durch Waffenkriminalität getötet worden“.

Die Vergangenheit von Planned Parenthood ist auch seine Zukunft

Die New Yorker Zweigstelle von „Planned Parenthood“ hat angekündigt, den Namen der Gründerin Margaret Sanger wegen deren eugenischen Bestrebungen von ihrem Hauptgebäude in Manhattan zu entfernen. Dies ist eine Reaktion auf einen offenen Brief der Angestellten der weltweit größten Abtreibungsorganisation, wie der **NATIONAL CATHOLIC REGISTER** berichtet. Darin heißt es: „Planned Parenthood wurde von einer rassistischen weißen Frau gegründet.“ Die Unterzeichner beschuldigen die Organisation nicht nur, dass sie in Feindseligkeit gegenüber Farbigen gegründet worden sei, sondern diese rassistische Haltung bis in die Gegenwart hineintrage: „Wir wissen, dass Planned Parenthood eine Geschichte und eine Gegenwart hat, die von der Überlegenheit der Weißen [white supremacy] durchdrungen ist, und wir, die Mitarbeiter, sind motiviert, die für eine Verbesserung notwendige schwierige Arbeit zu leisten.“ Der Register ist jedoch nicht davon überzeugt, dass diese Botschaft das Wirken von Planned Parenthood grundlegend verändern werde. Es sei zwar „ein Namens-, aber kein Kurswechsel“. Denn fast 80 Prozent der chirurgischen Abtreibungseinrichtungen befänden sich in Wohngebieten, in denen viele Afroamerikaner leben: „Da ist es kein Wunder, dass die Abtreibungsrate schwarzafrikanischer Frauen dreimal so hoch wie bei Weißen liegt, und dass in New York City jährlich weit mehr schwarze Babys abgetrieben als geboren werden.“ Die Abtreibungsorganisation werde auch weiterhin aggressiv werben: „Die Vergangenheit von Planned Parenthood ist, so stellt sich heraus, seine Gegenwart und höchstwahrscheinlich auch seine Zukunft.“ Sangers rassistische Einstellung sei nichts Neues, dennoch habe PP die Gründerin jahrzehntelang „als Wegbereiterin im Kampf um die Reproduktionsrechte gepriesen“, obwohl man gewusst habe, dass ihre Überzeugung, bestimmte „unerwünschte“ Elemente der Bevölkerung auf geringem Niveau zu halten, ein zentrales Ziel ihrer Organisation gewesen war. Planned Parenthood hat nun auch um die Entfernung des Namens seiner Gründerin von der Straße gebeten, für deren Benennung als „Margaret Sanger Square“ sie sich selbst einst eingesetzt hatte. Doch was geschieht eigentlich mit den „einstmals stolzen früheren Preisträgern des Planned Parenthood’s Margaret Sanger Award? Zu ihnen gehören Hillary Clinton (Ich bewundere Margaret Sanger außerordentlich) und die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi. Werden sie aufgefordert, sich von ihrem Award zu distanzieren?“ Es wäre an der Zeit.



China schränkt christliche Filme ein

Die kommunistischen Behörden in China haben neue Sendeverordnungen für Filme erlassen, die, so meldet **THE TABLET**, einigen Katholiken in den Medien zufolge, christliche Programme stark einschränken werden. Die „National Administration of Radio and Television“ hat die Filmproduktion von 20 inhaltlichen Kategorien verboten, darunter Filmmaterial über heilige Reliquien und Wunder. Der Drehbuchautor Liu Ming sagte, die neuen Regeln werden „der gesamten Film- und TV-Industrie einen schweren Schlag versetzen“. *KS*

Heilige im gefrorenen Licht

Das Glasmalerei-Museum in Linnich überzeugt mit einer Sammlung christlicher Meisterwerke **VON ANDREAS DROUVE**

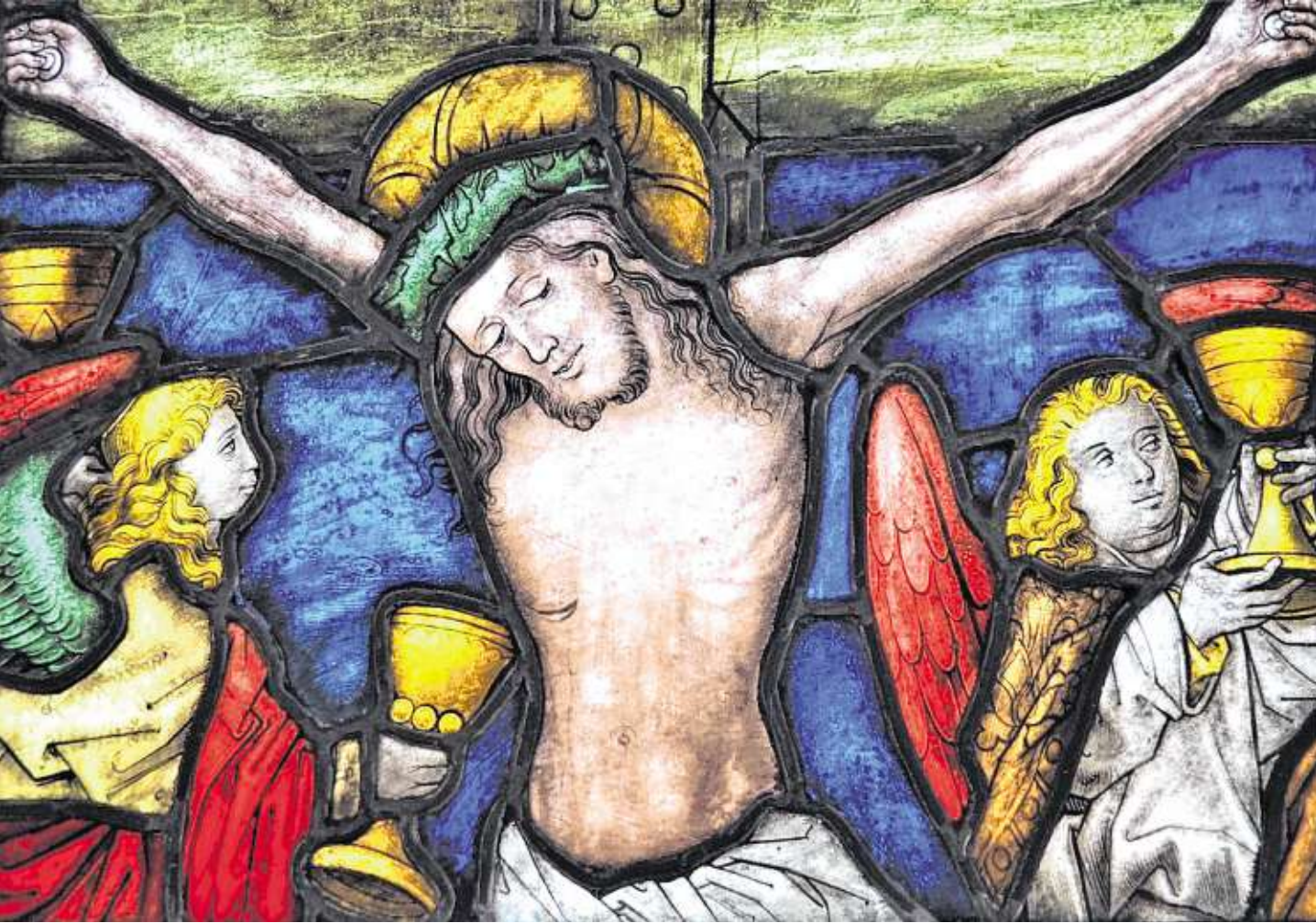
Ein blond gelockter Jesus im leuchtroten Gewand am Ölberg. Die gekrönte Maria, umzogen von schillernden Grüntönen. Der Gekreuzigte, eingefasst in ergreifendes Himmelblau. Was sind das für Farbfluten, die man im Deutschen Glasmalerei-Museum auf sich einstürzen sieht! „Glas ist der Zauber des gefrorenen Lichts“, hat der Designer Wilhelm Wagenfeld einmal treffend gesagt. Eine Vielzahl an Glasschätzen hütet Deutschlands einziges Museum dieser Art für Flachglasmalerei. Dennoch ist es eine versteckte, wenig bekannte Kunstadresse: in Linnich, etwa 30 Kilometer nordöstlich von Aachen gelegen. Etwa 6000 Besucher kommen pro Jahr, weiß Museumsleiterin Luzia Schlösser. Eingerichtet ist das Museum in einer einstigen kurfürstlichen Getreidemühle, unter der bis heute ein Kanal entlangrauscht. Wer die Tür passiert, landet in stillen Räumlichkeiten, die zum Spaziergang durch die Jahrhunderte einladen. Durch die Kunstwerke flutet entweder Naturlicht oder sie sind in künstliche Lichtkästen gefasst.

Engel, Teufel und ein Schwein

Ein Höhepunkt der Sammlung – unter sakralen Aspekten – ist die historische Ebene. Hier finden sich Arbeiten des begnadeten Freiburger Künstlers und Restaurators Fritz Geiges (1853–1935), der sich große Verdienste um die Wiederbelebung der Glasmalerei erwarb. Geiges kopierte Werke nach jahrhundertealten Vorbildern und schuf damit „wunderbare Abbilder dessen, was Glaskunst damals bedeutete“, so Museumsleiterin Schlösser, die auch studierte Theologin ist. Geiges rettete eine Darstellung Karls des Großen aus dem Hochchor des Freiburger Münsters ebenso über die Zeiten wie aus derselben Epoche des 16. Jahrhunderts ein Nikolaus-Porträt aus dem Dom von Metz. Ungewöhnlich an Nikolaus sind die femininen Gesichtszüge; es hat geradezu den Anschein, als trüge der Heilige Wimpernverlängerungen oder habe zumindest eine Mascarabürste benutzt. In Kirchen sind derlei Buntglasfenster oft weit weg – hier kommt man ihnen ganz nah. Eine besondere Nachschöpfung Geiges ist die Szene von Christus am Ölberg, dessen Ursprungsentwurf von Albrecht Dürer stammte. Wie magisch ziehen die satten,

kontrastreichen Farben hinein, was sich bei einer Kopie vom Kreuzigungsfenster des Mortuariums des Eichstätter Doms fortsetzt; Hans Holbein der Ältere fertigte um 1505 den Entwurf für das Original. Ein weltliches Motiv stammt aus einer Grabkapelle des Freiburger Münsters: das sogenannte „Stifterbildnis“. Es zeigt Konrad Stürzel von Buchheim (1435–1509), den Hofkanzler von Kaiser Maximilian I. und Rektor der Universität von Freiburg, in Begleitung seiner Söhne. Sie tragen kostbare Gewänder, teils auch schillernde Ritterrüstungsteile um die Oberkörper. Jeder Einzelne kniet nieder und ist aufs Feinste frisiert. Die Stimmung ist kontemplativ. Dargestellt sind die Männer und Halbwüchsigen als Gläubige, die ergeben dort verharren. Die Profilansicht des Ensembles hebt sich vor einem violetten Damasthintergrund ab. „Man könnte meinen, es handelt sich um eine Tafelmalerei“, befindet Museumspädagogin Hilde Gottfroh. Das Original des Stifterbildnisses schuf der Renaissancekünstler Hans Baldung Grien. „Engelchen und Teufelchen zählen“ – das, so Leiterin Schlösser, ist für Kinder die Aufgabe bei der Betrachtung des „Jüngsten Gerichts“. Wie viele es sind, verrät sie natürlich nicht, führt es aber als Beispiel dafür an, wie „spannend“ die Exponate auch für jüngere Besucher sein können. Kleinere Werke komplettieren die historische Ebene, darunter Kopien von Rudolf Geyling aus dem Wien des 19. Jahrhunderts: einmal die Taufe Christi, einmal ein Heiligenmotiv von Katharina und Margareta beieinander. Beim gotischen Motiv „Fremde beherbergen“ trat wieder Fritz Geiges in Aktion, ausgehend von einem Radfenster im nördlichen Querschiff des Freiburger Münsters und dem Ausdruck der Güte und Barmherzigkeit. Kurios: das Monatsbild von der Schlachtung eines Schweins, was ebenfalls Geiges neu festhielt; das Original stammte aus dem ehemaligen Westturm des Freiburger Münsters. Eine Maria von Geiges wirft einen stechenden, achtsamen Blick auf Jesus in ihren Armen – wobei der Sohn deutlich älter wirkt als die eigene Mutter. Modernere Interpretationen aus dem 20. Jahrhundert zeigen die inhaltlich-formale und technische Weiterentwicklung der Flachglasmalerei. Hingucker sind die Pastelltöne des Kreuzigungszyklus von Johan Thorn Prikker (1868–1932); der niederländische Künstler ließ sich nach der Jahrhun-

dertwende in Deutschland nieder und entwickelte dort – ausgehend vom Jugendstil seiner Anfänge – eine eigene Richtung, die sich auch in Mosaiken und Wandbildern ausdrückte. Die Abfolge an Meisterwerken setzt sich mit Jochem Poensgen, Ludwig Schaffrath, Georg Meistermann fort. Beachtenswert sind auch die von Heinrich Campendonk (1889–1957) erstellten Vorlagen „Adam“ und „Eva“ (Bleistift, Aquarell auf Transparentpapier) und „Heilige Monika und heiliger Augustinus“ (Deckfarben auf Papier). Ein gänzlich anderes Exponat, datiert auf den Beginn des 14. Jahrhunderts, zeigt ein 6,2 Quadratmeter großes Bleinetz eines Königs aus dem Hochchor des Kölner Doms. Dazu heißt es auf der Infotafel darunter: „Es handelt sich hierbei um ein besonderes Stück, da zahlreiche Bleiefassungen der Könige aus den Hochchorfenstern bei der großen Restaurierung der Kölner Domfenster in den 1950er Jahren eingeschmolzen wurden und damit typische Zeugnisse für den mittelalterlichen Bleiriss für immer verloren gingen.“ Das Museum hat von Schenkungen profitiert, die für die hohe Wertschätzung aus Künstlerkreisen sprechen. So steuerte der weltbekannte Markus Lüpertz die Werke „Herbstfenster“ und „Kosovo“ bei, die zur Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden und dem Vergehen der Welt anhalten. Die Museumsstiftung verdankt Johannes Schreiter die Kopie seines blauredurchtränkten „Tauffensters“, hinter dem durch die Glasfront das Grün des Museumsgartens schimmert. Ein kontrastreicher Abschluss, der schöner kaum sein könnte. **Das Deutsche Glasmalerei-Museum (www.glasmalerei-museum.de) liegt in Linnich in der Dorfstraße 9–11. Öffnungszeiten: Di.–So., 11–17 Uhr. Eintritt 6 Euro, Familienkarte 14 Euro, Kinder bis fünf Jahre frei.**



Der Gekreuzigte, eine Kopie von Fritz Geiges, basierend auf einem Entwurf von Hans Holbein dem Älteren für das Kreuzigungsfenster des Mortuariums im Eichstätter Dom. Foto: Drouve

Ein Traum wird wahr

Trotz staatlichem Medienmonopol: Junge Katholiken auf Kuba gründen ein Online-Radio **VON ANDREAS KNOBLOCH**

Eine Gruppe junger Gläubiger in Kuba versucht mit Hilfe neuer Technologien, die Botschaft der Kirche zu verbreiten. RCJ Radio El Sonido de la Esperanza (Klang der Hoffnung) ist der erste katholische Sender der Insel, der 24 Stunden am Tag online sendet. Das Online-Radio ist Teil des Kubanisch-katholischen Jugendnetzwerkes RCJ (Red Católica Juvenil Cubana), das im Februar 2019 im Anschluss an das Weltjugendtreffen in Panama entstand. Man wolle Kubas Katholiken informieren, Brücken schlagen, um Gläubige auf der Insel oder im Ausland miteinander zu verbinden, sowie junge Menschen zu einem konkreten Engagement nach den Lehren der Kirche bewegen, sagt Rubén de la Trinidad, Mitbegründer und einer der Generaldirektoren von RCJ, im Gespräch mit der „Tagespost“.

Seit dem 22. Juni ist das Internetradio rund um die Uhr auf Sendung. „Das ist eine Neuigkeit für Kuba“, betont der 33-jährige ausgebildete Informatiker und heutige Priesteranwärter. „Die katholische Kirche in Kuba hat weder einen Fernsehkanal noch Radiosender.“ Die wenigen Zeitschriften und Bulletins hätten nur eine beschränkte Reichweite. Seit Jahren bemüht sich die katholische Kirche Kubas um mehr Zugang zu den staatlichen Medien – bisher vergeblich. Zu Beginn der Corona-Krise räumte die Regierung überraschend mehr Sendezeit für kirchliche Programme im staatlichen Radio und Fernsehen ein. So werden seit Anfang April die Botschaften der Bischöfe im staatlichen Rundfunk ausgestrahlt.

Gleichzeitig habe sich durch die Corona-Pandemie die Wahrnehmung der sozialen Medien geändert, sagt De la Trinidad. „Leute, die vorher etwas auf die Sozialen Medien herabgeschaut haben, waren plötzlich auf sie angewiesen, um die Bischöfe zu hören.“ RCJ Radio sei das zugute gekommen. Was im Oktober vergangenen Jahres als zehnmütiger Podcast begann, ist mittlerweile zu einem 24-stündigen Radioprogramm geworden, das über soziale Netzwerke wie Instagram, YouTube oder Facebook verbreitet wird. Selbst eine eigene App wurde geschaffen. Ge-



Fünf Jahre nach dem Besuch von Papst Franziskus auf Kuba – hier mit Staatschef Raul Castro – gibt es zarte mediale Freiheiten für Katholiken.
Foto: dpa

sendet werden Programme, die in den einzelnen Diözesen produziert werden, Nachrichten Gesprächsformate, Familiensendungen, Musik.

In Kuba, wo der Staat über sein Medienmonopol wacht, bewegt sich RCJ in einem rechtlichen Graubereich. „Legal gab es keine Hürden“, sagt De la Trinidad zwar, „da es sich bei RCJ Radio um kein konventionelles Radio, sondern Internetradio handelt.“ Aber er räumt ein, dass in Kuba klare Regularien für digitalen Medien fehlten. Das sei auch in anderen Ländern der Fall. „Von Seiten des Staates haben wir bisher keinerlei negatives Feedback erhalten. Unsere Zielrichtung ist keine politische. Wir suchen keine Konfrontation mit der Regierung“, betont De la Trinidad. „In Kuba herrscht Religionsfreiheit und wir machen nichts anderes, als die Mission der Kirche auf den digitalen Raum zu übertragen: Kommunikation und Evangelisierung.“

Neben dem Internetradio gibt es einen Webauftritt und soziale Kanäle werden gespielt. Mehr als 40 vornehmlich junge Leute sind beteiligt; allein das Webradio hat rund 20 Korrespondenten in ganz Kuba. Alle arbeiten auf freiwilliger Basis, sagt De la Trinidad, da das RCJ über kein Budget verfüge. Man sei auf Spenden angewiesen. Zudem fehle es an Technik. „Das Programm wird zum Teil mit Mobiltelefonen aufgenommen. Wir haben weder professionelle Mikrofone noch Aufnahmestudios.“ Aber davon lasse man sich nicht unterkriegen. „Du kannst nicht immer dasselbe machen, wenn du etwas Neues erreichen willst“, sagt De la Trinidad.

Ein eigener Radiosender sei immer ein Traum der Kirche auf Kuba gewesen. „Warum also nicht die Möglichkeiten nutzen, jetzt, wo es Internet auf Kuba gibt? Konventionelles Radio erscheint im Moment unmöglich, also machen wir Online-Radio.“ Manchmal müsse man einfach loslegen und schauen, ob es funktioniert. Und das tut es. Bereits in den ersten Wochen schalteten tausende Hörer ein. „Selbst in Sri Lanka oder Afrika hört man uns“, sagt De la Trinidad. „Das war es wert. Viele Menschen wurden ermutigt.“

DER DICKE HUND



Vernichtung statt Fairness

VON MARTIN LOHMANN

Früher lernte man als Journalist noch, dass dieser so freie Beruf etwas mit Verantwortung und Fairness zu tun habe. Verantwortung gegenüber den Menschen, für die man berichtete und erst recht gegenüber jenen, über die man berichtete. Verlässlich sollte man sein. Ehrlich auch. Unabhängig sowieso. Das, was man anderen zu deren Urteilsbildung anbieten wollte, sollte stimmen. Und deshalb gehörte eine saubere und unvoreingenommene Recherche dazu. Doch das ist lange her. Nicht zuletzt zwangsfinanzierte Vertreter des „Qualitätsjournalismus“ beweisen, dass sie offenbar panische Angst vor Qualität haben. Das ARD-Politmagazin „Panorama“ zum Beispiel. Dort wollte man jetzt offensichtlich „beweisen“, dass es „selbstverständlich“ viel rechte Gesinnung in der Bundeswehr gibt. Gefunden hatte man einen Oberstleutnant mit dessen angeblicher Sympathie für Rechtsradikale. Zwei Likes für Nicht-Linkes hatte man von ihm gefunden. Eine Extremismus-Expertin Strobl kam zu Wort, die einfach mal rasch aburteilte. Was spielte es schon für eine Rolle, dass der – inzwischen seines Postens bei der Bundeswehr Enthobene – sehr vieles likte, zum Beispiel einen Tweet für Black Live Matter und Jan Böhmermann! Und, oh Schreck, der Soldat hatte auch einmal vor einer Burschenschaft gesprochen und im Studienzentrum Weikersheim, das die offensichtlich mit linksradikalen Organisationen gut vernetzte „Expertin“ der ARD als „Zentrum der neuen Rechten“ ausmachte. Dumm nur, dass dort auch schon Joachim Gauck, Wolfgang Schäuble, Gesine Schwan und Gerhard Schröder gesprochen hatten. Hauptsache, man kämpft auf Kosten demokratischer Bürger (in Uniform) „politisch korrekt!“ Gesinnung statt Toleranz! Verfolgung statt Dialog! Vernichtung statt Fairness! Fakten können da nur stören – wie in allen Diktaturen.

Aber: Feigheit vor der Gleichschaltung ist beileibe kein Privileg nur von selbsternannten Qualitätsmedien. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) will im neuen Gesinnungsdiktat wohl nicht zurückstehen. Zum hundertjährigen Bestehen hatte man auch den Kabarettisten Dieter Nuhr um eine Botschaft gebeten. Der hatte Harmloses und Selbstverständliches über Wissenschaft gesagt als vernünftige Basis für Wissen – und dass sie „keine Heilslehre, keine Religion“ sei, die absolute Wahrheiten verkünde. Ganz im Sinne der DFG-Richtlinien, wozu „strikte Ehrlichkeit“ zählt, „alle Ergebnisse konsequent anzuzweifeln sowie einen kritischen Diskurs“ zuzulassen und gar zu fördern. Doch diese Selbstverpflichtung der DFG war wohl nicht so ganz ernst gemeint. Denn weil sich einige im sozialen Netz daran stören, dass Dieter Nuhr in der Lage ist, nach rechts und links (ohweiohwei!) – gleichermaßen auszuteilen, und weil der Mann, was nun wirklich unverzeihlich ist, schon mal die Klimabewegung und deren Säulenheilige Greta kritisierte, löschte die DFG die (erbetene) Wortmeldung wieder. Ein Kotau vor der Gesinnung. Und dann ein Kotau vor eigener Unreife? Nach Kritik an der Löschung drehte die DFG erklärungs-technisch mentale Pirouetten, bot gar eine Entschuldigung bei Nuhr an – und wollte die Wortmeldung wieder online stellen. Allerdings nu(h)r kommentiert. Nuhr lehnte dieses unseriöse Angebot betreuter Meinung und Zensur ab. Tja, in Zeiten verschärfter Maskenpflicht fallen halt so viele Masken. Zeit für Zivilcourage! Der Demokratie und der Freiheit zuliebe, die man medialen und anderen Feiglingen nicht leichtsinnig überlassen sollte. Mit Dummheit oder „Dickem Hund“ kann man solche Gesinnungsjäger nicht exkulpierten.

Staatshetze auf Staatskosten?

Die „taz“ bietet Linksextremen eine Plattform und wird gleichzeitig durch die Bundesregierung mitfinanziert

VON ANNALIA MACHUY

Deutschlands gesellschaftlich-politischer Blick nach links scheint verschwommen. Das zeigen nicht zuletzt die jüngsten Debatten um die „taz“. Eine Zeitung, die diffamierend über die Abschaffung der Polizei sinniert und die dann arbeitslosen Beamten gleichsam als „Abfall“ nur der „Müllhalde“ würdig sieht, aber gleichzeitig von der Bundesregierung durch zehntausende Euros mittels Anzeigenschaltung mitfinanziert wird? Seit 2013 hat die Bundesregierung für Werbemaßnahmen mindestens 276 560 Euro an die „taz“ gezahlt. Angesichts der Auflagenstärke der Zeitung – nicht einmal 50 000 Exemplare – ist das keine geringe Summe. Im Blick auf die jeweiligen Jahressummen scheint 2020 dabei den neuen Höchstwert zu liefern: Allein in der ersten Jahreshälfte hat die Bundesregierung 63 577 Euro „reine Schaltkosten (ohne Agenturhonorare und Kreativekosten)“ in die „taz“ investiert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Leif Erik-Holm hervor.

Dabei ist diese Verquickung von Regierungsgeldern und – so beschreibt die „taz“ ihr Profil – „kritischem, unabhängigen Journalismus der linken Nachrichtenseite“ nicht nur angesichts der umstrittenen Polizei-Kolumne problematisch. Die Werte-Union sieht bei der „taz“ grundsätzlich „linksextremistische Bestrebungen“ und spricht sich in einem offenen Brief daher für

eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz aus. „Der jüngst veröffentlichte Verfassungsschutzbericht zeigt einen erschreckenden Anstieg linksextremer Delikte um vierzig Prozent. Die Gesellschaft darf dem nicht länger tatenlos zusehen, sondern muss – wie dies beim Rechtsextremismus vollkommen zu Recht bereits der Fall ist –

auch hier ideologische Anstifter beim Namen nennen“, erklärte der Bundesvorsitzende der WerteUnion, Alexander Mitsch. Die „taz“ biete gewaltorientierten und linksextremistischen Akteuren und deren Narrativen immer wieder eine Plattform, heißt es im Schreiben selbst. Dabei lasse sich eine „Strategie“ erkennen, die darauf

abziele, die Öffentlichkeit gegenüber links-extremer Hetze und Gewaltanstiftung zu desensibilisieren.

Staatshetze auf Staatskosten? Die „taz“ selbst bekräftigt gegenüber dieser Zeitung, „eine unabhängige Zeitung“ zu sein. „Die Trennung von Verlag und Redaktion und damit die Unabhängigkeit der redaktionellen Arbeit von Anzeigenkunden ist bei uns grundlegendes Prinzip.“ Die umstrittene Kolumne „All cops are berufsunfähig“, die die „taz“ mit der Pressefreiheit verteidigt hat, wird am 8. September vor dem Deutschen Presserat verhandelt werden, wie dieser mitteilte. Bundesinnenminister Seehofer hatte zunächst eine Strafanzeige gegen die Kolumnistin Hengameh Yaghoobifarah erwogen. „Eine Enthemmung der Worte führt unweigerlich zu einer Enthemmung der Taten und zu Gewaltexzessen, genauso wie wir es jetzt in Stuttgart gesehen haben. Das dürfen wir nicht weiter hinnehmen“, erklärte Seehofer dazu. Es sei eine „schwierige Schnittstelle zwischen Pressefreiheit und Strafrecht“. Kurz darauf entschied Seehofer jedoch, von einer Anzeige abzusehen und den Fall der „freiwilligen Selbstkontrolle der Presse“ zu überlassen. Der Presserat begrüßte diese Entscheidung. Nichtsdestotrotz bleibt die deutsche Linksblindheit doch vor allem auch eine politische Aufgabe.



Hier fließen Steuergelder hinein: Eingang zum Berliner Redaktionsgebäude der taz.
Foto: dpa

Menschenunwürdige Haft

Die australische Serie „Stateless“ handelt von den unmenschlichen Bedingungen in Abschiebelagern des Landes, aber auch von Gewissensentscheidungen **VON JOSÉ GARCÍA**

Inspiziert von wahren Begebenheiten“, heißt es zu Beginn der australischen sechsteiligen Miniserie „Stateless“. Im Mittelpunkt der tatsächlichen Ereignisse steht eine deutsch-australische, ehemalige Flugbegleiterin, die sich in den Jahren 2004 und 2005 zehn Monate lang unrechtmäßig in Abschiebehaft in Australien befand.

In „Stateless“ heißt sie Sofie Werner (Yvonne Strahovski). Zu Beginn kommt sie Weihnachten zu ihren deutschen Eltern. Bei der Familienfeier auch dabei: ihre ältere, verheiratete Schwester Margot (Marta Dusseldorp), Mutter zweier Kinder. Die Stimmung ist gereizt, denn die Eltern und wohl auch die Schwester drängen Sofie, endlich zu heiraten. Auf der Suche nach sich selbst gerät sie in die Fänge einer Psychosekte, die sich als ein von Gordon (Dominic West) und Pat Masters (Cate Blanchett) geführtes Tanzstudio tarnt.

Gegengeschnitten zu Sofies Geschichte wird das Bemühen des afghanischen Lehrers Amir (Fayssal Bazzi), für sich und seine Familie Plätze in einem von Schleppern organisierten Boot zu ergattern, das sie nach Australien bringen soll. Als sich aber herausstellt, dass die Schlepper Betrüger sind, und es gar kein Boot gibt, muss sich Amir etwas einfallen lassen. Die zwei weiteren Hauptfiguren in der geschlossenen Minise-



Die Australierin deutscher Abstammung Sofie Werner (Yvonne Strahovski) wird in einem Abschiebe-Camp unrechtmäßig festgehalten. Sie gibt ihre Identität nicht preis und möchte nach Deutschland abgeschoben werden. Foto: Netflix

rie (Limited Series) stehen auf der Gegenseite: Der einfache, seine kleine Familie liebende Cameron Sandford (Jai Courtney) heuert bei der Firma an, die für die Sicherheit bei dem Abschiebegefängnis zuständig ist, in dem sowohl Sofie als auch Amir landen. Dessen Leitung übernimmt Clare Ko-

witz (Asher Keddie) im Auftrag der Regierung. „Stateless“ verknüpft die Geschichten der vier Hauptcharaktere sowie einiger Nebenfiguren miteinander in einer stimmigen, komplexen Handlung. Die Serienentwickler Tony Ayres, Cate Blanchett und Elise McCredie sowie die Regisseurinnen

Emma Freeman und Jocelyn Moorhouse enthüllen in dramaturgisch klug eingesetzten Rückblenden nach und nach die Vorgeschichte von Sofie und Amir. Im Gegensatz zu manch anderen Filmen und Serien brauchen sie keine ausdrücklichen Hinweise auf die Zeit, in der „Stateless“ angesiedelt ist. Die aus heutiger Sicht altmodischen Handys reichen vollkommen aus: Es ist einfach die „Vor-Smartphone-Zeit“.

Die Miniserie verdeutlicht die menschenunwürdigen Bedingungen der Flüchtlings-Auffanglager Australiens, die als „Detention Center“, als Abschiebegefängnis, geführt werden. Davon zeugen nicht nur etwa die Geschichte von Amirs Familie, sondern auch weitere Figuren, etwa zwei tamilische Flüchtlinge, die auf dem Dach einer Baracke die Öffentlichkeit auf die Lebensbedingungen im Camp aufmerksam machen wollen, oder auch der alte Mann, der seit sieben Jahren neben dem gepackten Koffer auf einem Stuhl sitzt und auf die Entscheidung über sein Schicksal wartet.

„Stateless“ rückt darüber hinaus immer wieder die Gewissensentscheidungen mancher Amtsträger in den Mittelpunkt. Und nicht zuletzt unterstreicht die Miniserie die Bedeutung der Familie einschließlich Geschwisterliebe.

„Stateless“, sechsteilige Miniserie mit insgesamt 315 Minuten. Auf Netflix



Diese Woche auf Twitter

Das widerliche Weltbild einer Berliner Grünen: Ungeborene bis kurz vor der Geburt töten und Internetzugang sind die wichtigen Themen. Könnte kotzen!

Pressesprecher (CDU) Michael Kruse über Laura Sophie Dornheim, die mit ihrer Partei (Grüne) für die Abschaffung des § 218 kämpfen will

Viele #Christen konnten aufgrund der #SED-Politik kein Abitur machen. Sie haben heute eine wesentlich geringere Rente als Anhänger der Partei. Nähme die #Linke als Fortsetzungspartei ihre sozialistischen Parolen ernst, müsste sie ihr Vermögen den von ihr einst Unterdrückten geben.

Der evangelische Theologe Helmut Matthies zur Linken

Thilo #Sarrazin hat Kritisches über kultur-fremde Zuwanderung, Integrationsprobleme und den Islam geschrieben – lesenswerte Bücher, wie ich finde. Lesenswert auch sein Buch über den „Tugendterror“. Nun muss er die SPD verlassen. Die #SPD schafft sich ab. **Philip Plickert (FAZ) zu Thilo Sarrazin**

DC Police verhaftet Pro-Life-Studenten für die friedliche Kreidenotiz „vorgeburtliche Black Lives Matter“. Warum wird „BLM“-Spray auf der Straße akzeptiert, aber „vorgeburtliche Black Lives Matter“-Kreide auf dem Bürgersteig kriminalisiert?

Lila Rose (Präsidentin von LiveAction) kritisiert die Doppelmoral

„Menschen glücklich machen“

Ein chinesischer Koch in Lappland: Regisseur Mika Kaurismäki zu seinem Spielfilm „Master Cheng in Pohjanjoki“ **VON JOSÉ GARCÍA**



Regisseur Mika Kaurismäki. Foto: Marianna Films Oy

Wie sind Sie auf den Gedanken für Ihren Film gekommen? Er erinnert an „Babettes Fest“, in dem eine französische Meisterköchin mit ihren Kochkünsten einfache Menschen in einem kleinen dänischen Dorf glücklich macht. Aber der geografische wie kulturelle „Abstand“ China – Lappland ist weitaus größer ...

Ich bin seit Jahrzehnten ein großer Lappland-Fan, fahre dorthin mindestens zweimal im Jahr, einmal im Sommer und einmal im Winter, meistens in der Weihnachtszeit, wenn es dort ganz dunkel ist und kaum Touristen zu sehen sind. Als ich aber Weihnach-

ten 2017 mit meiner Familie dort ankam, war ich erstaunt, dass es im kleinen Dorf Saariselkä vor Menschen wimmelte. Es handelte sich um chinesische Touristen. Die „chinesische Invasion“ in Lappland hatte tatsächlich angefangen. Als dann mein Drehbuchautor mir erzählte, dass er sich für chinesische Traditionen und besonders für die traditionelle Medizin interessiert, in der das Essen eine sehr große Rolle spielt, kam mir die Idee, beide Aspekte zu verbinden, einen Film über eine positive Basisglobalisierung zu machen, wo das Essen zwei ganz unterschiedliche Kulturen verbindet. Es war mir von Anfang an klar, dass ich einen Feel-Good-Film machen wollte, der Leute zusammenführt, statt sie voneinander zu trennen.

Ist Pak Hon Chu ein guter Koch, oder musste er sich die Kochkünste für den Film aneignen? Können Sie etwas über die in Deutschland unbekannte Anna-Maija Tuokko erzählen?

Da der Plot ziemlich einfach ist, beruht der Film hauptsächlich auf Atmosphäre sowie auf Präsenz und Arbeit der Schauspieler. Deshalb war es mir superwichtig, dass sie sehr professionell sind. Chu Pak Hong ist zweimal zum besten (Theater-)Schauspieler Hongkongs gewählt worden. Als ich ihn aber fragte, ob er kochen kann, antwortete er, dass er nur Tee und Fertignudeln kochen kann. Also musste er einiges für die Rolle dazulernen. Mit Hilfe eines chinesischen

keit stößt. Plötzlich sind drei Monate um, und Chengs Touristenvisum läuft ab ... Regisseur Mika Kaurismäki erzählt minimalistisch, wobei die Landschaft und die Musik in seinem Film eine zentrale Rolle spielen. „Master Cheng in Pohjanjoki“ schildert die Begegnung zweier Kulturen, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Ein Beitrag zu einer positiven Globalisierung, die Menschen näherbringt, statt sie gegeneinander aufzubringen.

J.G.

Master Chefs haben wir dann die Küchenszenen einigermaßen gemeistert. Anna-Maija Tuokko hat eine große Karriere sowohl im Helsinki Stadttheater als auch im Finnischen Nationaltheater gemacht. Die beiden haben erst kürzlich angefangen, im Kino zu arbeiten. „Master Cheng“ war für Chu Pak Hong sein erster Kino-Langspielfilm überhaupt. Für Anna-Maija (Tuokko) war es auch eine ihrer ersten Hauptrollen. Obwohl Kari Väänänen und Vesa-Matti Loiri finnische Kino-Ikonen sind, haben die beiden ebenfalls große Karrieren auf der Bühne hinter sich. Für mich war aber auch sehr wichtig, dass die beiden ein langes und liebevolles Verhältnis zu Lapp-

land haben. Kari Väänänen ist sogar in Lappland geboren, und lebt seit zwanzig Jahren wieder in Lappland. Auch Vesa-Matti Loiri hat dort ein Haus. Die Seele der beiden ruht in Lappland. Deshalb sind sie glaubwürdig in ihren Rollen als lokale Einwohner. Der kleine Lucas Hsuan, der den Sohn von Master Cheng spielt, war der einzige „Laiendarsteller“. Aber er war so talentiert, dass er seine erste Rolle in einem Film überhaupt wie ein richtiger Profi gemeistert hat.

In dem Film geht es um unterschiedliche Kulturen. Cheng sagt aber einmal: „Menschen glücklich machen, ist wichtig. Gu-



Auf der Suche nach einem alten Freund kommt Cheng (Pak Hon Chu) in ein abgelegenes Dorf in Lappland. Über die chinesische Küche kommen sich Cafébesitzerin Sirkka (Anna-Maija Toukko) und Cheng auch näher. Foto: Han Ruan Yuan He

tes Essen macht Menschen glücklich.“ Gilt das universell?

Die „Botschaft“ des Films heißt ja „zusammenführen statt trennen“. Wie kann man besser Menschen zusammenführen als durch gutes Essen? Die beiden Figuren, Sirkka und Cheng, suchen das Glück, das ihnen fehlt, und durch das Essen finden sie es endlich. Das Essen ist natürlich nur ein Mittel, nicht das Ziel. Ich denke, es ist universell; in ihren Grundbedürfnissen und Grundgefühlen sind Menschen ziemlich gleich, unabhängig davon, wo sie auf der Welt leben. Ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen, ich habe ja in vielen Kulturen und Ländern gewohnt.

In einem Dialog zwischen Chen und Romppainen geht es um Hoffnung. Meinen Sie das auch allgemeiner, eben als Metapher für unsere Zeit?

Absolut meine ich es als Metapher für unsere Zeit; solange wir nicht aufgeben, gibt es Hoffnung. Es stehen so viele soziale und ökologische Herausforderungen vor uns, und ohne Hoffnung können wir sie nicht meistern. Aber Hoffnung alleine reicht natürlich nicht, man muss auch etwas für sein Glück tun.

In der Filmmusik sind sowohl finnische als auch chinesische Klänge zu hören. Wie haben Sie die Musik ausgewählt?

Mit meinem Filmkomponisten Anssi Tikanmäki und seinen zwei Söhnen haben wir dann entschieden, dass wir ein typisches Instrument aus beiden Kulturen wählen und sie in verschiedenen musikalischen Themen mischen. Das typische finnische Instrument ist Ziehharmonika und das chinesische ist Erhu, eine zweiseitige Röhrenspielflaute, „eine chinesische Geige“. Erhu und Harmonika haben überraschend gut zusammengepasst, und wir haben die Kombination sehr oft genutzt. Der Film beginnt gleich mit einem Thema mit nur diesen zwei Instrumenten. Zusätzlich gibt es auch typische Lieder aus beiden Kulturen, wie etwa den finnischen „Lapin Tango“ von dem großen Unto Mononen und das alte Volkslied, das Cheng auf dem See singt.

ÜBER DEN FILM

Ein abgelegenes Dorf im finnischen Lappland. Aus einem Bus steigt ein junger Mann mit einem Kind: Der chinesische Koch Cheng (Pak Hon Chu) sucht nach einem alten finnischen Freund, den jedoch niemand zu kennen scheint. Die Cafébesitzerin Sirkka (Anna-Maija Toukko) bietet ihm eine Unterkunft an; dafür hilft Cheng ihr in der Küche. Bald lernen die Einheimischen die chinesische Küche kennen und schätzen. Cheng fühlt sich immer wohler dort – was auf Gegenseitig-

Ein Querdenker, der sein Fach liebte

Als Historiker in Europa und Amerika anerkannt: Die Biographie von Ernst Kantorowicz zeigt, was Deutschland verloren hat **VON URS BUHLMANN**

Ernst Kantorowicz, von Freunden EKa (1895–1963) genannt, gehört zu den erratischen Figuren deutschen Geisteslebens in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. War er Historiker? Man ist versucht zu sagen, ein historisch informierter Feuilletonist, dessen erstes Werk über Kaiser Friedrich II. mit bald 600 Seiten ohne Fußnoten herauskam, ein Affront für die deutsche Professorenschaft. Was hätten sie erst gesagt, wenn sie gewusst hätten, dass der 32-jährige Autor auf Geheiß von Stefan George, zu dessen Kreis er gehörte, jene auf den ersten Blick mehr mythisch als faktisch orientierte Sicht auf den Staufer vorgelegt hatte.

Der amerikanische Historiker Robert E. Lerner hat dem aus jüdischem Haus Stammenden, der, wie so viele Glaubensgenossen seiner Generation, als Nationalist begann, um aber nach der Vertreibung komplett auf die andere Seite zu wechseln, eine ungemein faktenreiche Biographie gewidmet – perfekt übersetzt von Thomas Gruber – die auf lange Zeit das letzte Wort zum Historiker-Dandy und Bonvivant Kantorowicz sein dürfte. Aus wohlhabendem Haus stammend – die Familie betrieb eine Likör- und Schnaps-Fabrik – erhielt er in Posen eine rein deutschsprachige und preußisch-nationalistische Ausbildung und Prägung. Anders als die gläubigen Eltern entfremdete er sich dem Judentum und feierte nie eine Bar-Mizwa. Als Kriegsfreiwilliger erlebte er Gefechte im Westen und Osten, bekam von Preußen das Eiserne Kreuz und von der Türkei den Eisernen Halbmond; dort zeigte sich zum ersten Mal, was kennzeichnend sein sollte: Das unglaubliche Glück, das er sein Leben lang haben würde und das ihm gerade in schweren Stunden zu Hilfe kam, und eine Gewitztheit oder eigentlich Frechheit, die ebenfalls Konstante werden sollte: Als Vizewachtmeister, also noch nicht einmal Offizier, eine Affäre mit der Geliebten des Marschalls Liman von Sanders, seines Befehlshabers, anzufangen, war dreist. Die Nachkriegszeit, die ihn zunächst als Kämpfer gegen die Spartakisten



Schrieb ein Standardwerk ohne Fußnoten: Ernst Kantorowicz.

Foto: IN

sah, brachte ihm als Studenten in Heidelberg die Begegnung mit Stefan George, die lebensverändernd war und in dessen Bann und Kreis er sofort geriet. Später, im neuen amerikanischen Leben zum politischen Linken gewandelt, war EKa stolz darauf, dass mit Claus Schenk von Stauffenberg ein Kreis-Mitglied das Attentat auf Hitler wagte. Immer sollte neben dem des Vaters auch ein Foto Georges den Nachttisch zieren.

Kantorowicz hatte als Student der Nationalökonomie begonnen – es gab Pläne, dass er die elterliche Firma übernehmen sollte – wechselte dann aber zur Geschichte, insbesondere des Mittelalters, und legte 1921 eine Dissertation von 104 Seiten vor, die

sein Biograph trocken mit einer heutigen Bachelor-Arbeit vergleicht, nur aus der Sekundärliteratur erarbeitet. Der Umgang mit den Quellen war sehr frei, bis hin zu erfundenen Zitaten, „wenn es dann passte“. Lerner ist sich sicher, dass George den Auftrag zur Friedrich-Biographie erteilte, jener George, der seit den 1920ern in Gedichten ein „Neues Reich“ herbeisehnte. Als Kantorowicz sieben Jahre später sein Buch zum Staufer, jenem zwischen Okzident und Orient wandelnden Herrscher, vorlegte, war es jedenfalls ein Ereignis, sein Verfasser wurde schlagartig berühmt. Aus mehreren Gründen: Ein eigenartig schwärmender Ton, der in die damalige Zeit passte, aber in

historischen Werken ungewohnt war, vor allem aber ein neuer Ansatz: Nicht zu zeigen, wie es oder in diesem Fall er „geworden“ war, sondern wie er „war“. Kantorowicz, mit seiner stets gewählten Kleidung, der eigenartig singenden Sprechweise – gar parfümiert, wie ein Professor stirnrunzelnd anmerkte – war zum Star geworden, der sich auf dem Historikertag für sein Buch rechtfertigen musste – und dies auch glänzend tat. Un-habilitiert (wiederum ein Verstoß im Land der Ordinarien) bekam er einen Lehrstuhl an der neuen „Bürger-Universität“ in Frankfurt.

Doch während der Professor in seiner Vorlesung „Das Adelsproblem des späten Mittelalters“ unverhohlen das Georgesche Elite-Denken vertrat, war es 1933 geworden. Im Dezember des Jahres musste Kantorowicz den Katheder verlassen. Zwar schützte ihn zunächst noch sein Frontkämpfer-Status, doch bat er selber um Entpflichtung. Viele neue Freunde machte er sich dort; Kantorowicz erkannte schnell, dass die Angelsachsen gerade bei Geisteswissenschaftlern ein pompöses, gespreiztes Auftreten verabscheuen und kehrte die Geselligkeit hervor. Zu einer regelrechten Professur kam es nicht, doch war Kantorowicz nun „imprägniert“, um 1939 den Sprung über den großen Teich zu wagen und an der Universität Berkeley in Kalifornien zu landen. Doch dauerte es bis 1945, dass EKa einen richtigen Lehrstuhl erhielt, auch deswegen, weil die USA von meist hoch qualifizierten europäischen Emigranten überrannt waren.

Ein letztes Mal in seinem Leben hatte er Glück: Man holte ihn auf Lebenszeit zum „Institute for Advanced Study“ in Princeton. Das privat finanzierte Institut verlangte keine Lehrtätigkeit, wohl aber intensives Forschen. Das letzte große Buch über „Die Zwei Körper des Königs“, ein bis heute faszinierendes Werk, verdankt sich dieser Zeit, ein Versuch, zwischen dem natürlichen und sterblichen Körper des Monarchen und seinem scheinbar unsterblichen „institutionellen“ zu unterscheiden. Eka kam darauf, als

er sich fragte, was der zeremonielle Ruf: Der König ist tot, es lebe der König! eigentlich bedeutet. So beziehungsreich ist das Buch, aus entferntesten Quellen schöpfend, dass es unmöglich ist, eine Übersicht auch nur zu versuchen.

Ernst Kantorowicz – er selber konnte spannend schreiben und verdient es, dass sein Leben so meisterhaft geschildert wird wie in dieser Biographie – war typisch und untypisch für eine bestimmte Generation deutsch-jüdisch Gelehrter: Das nationalisistische Denken war typisch für die Juden seiner Zeit, die „deutscher als die Deutschen“ sein wollten, aber ein Kämpfer gegen die Spartakisten zu sein, der dann in den Geruch der Kommunisten-Freundlichkeit geriet, war untypisch. Sein durchaus vorhandener Fleiß und seine starke Detailfreudigkeit – manchmal nahmen die Fußnoten mehr Platz ein als der Haupttext – war ganz deutsch. Sein kaustischer Humor eher nicht; bei einer Papstaudienz für die Teilnehmer eines Kongresses ist er auf einem Foto direkt hinter Pius XII. zu sehen. Er versandte es mit den Worten: „Achtet auf den Mann mit Brille, halb verdeckt vom Gestatoria-Träger. Es ist ein Unterstützer von Thron und Altar, eskortiert von der päpstlichen Garde.“ Seine geradezu unverschämte Lebensfreude, unterstützt von vielen Flaschen Mosel-Riesling, die er auch in den USA nicht missen wollte, half ihm zu überleben. Lerner schreibt, EKa wusste deutlich mehr über den Katholizismus als die meisten Katholiken, hatte aber für praktizierte Religion nur Spott übrig. Doch als ihn einer seiner Schüler einen Atheisten nannte, brauste er auf: „Womit habe ich Dir Anlass zu dieser Meinung gegeben?“ Kantorowicz starb mit 68 Jahren einen plötzlichen Herztod, wie er es sich gewünscht hatte, und verfügte, dass seine Asche zusammen mit seinem Lieblingskorkenzieher beizusetzen sei. So geschah es.

Robert E. Lerner: Ernst Kantorowicz – Eine Biographie. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, 2020, 553 Seiten, ISBN 978-3-608-96199-7, EUR 48,–

Getaufter Nationalismus?

Ein Sammelband fragt nach dem rechten Platz des Christen in der weltanschaulichen Wirrnis dieser Zeit **VON STEPHAN BAIER**

Ein wenig wie zufällig zusammengekehrt wirken solche Sammelbände mitunter, so dass sich der geneigte Leser erst einmal auf die Suche nach den Perlen machen muss. Im vorliegenden Werk bietet sich dafür der Beitrag des jungen Philosophen Daniel Zöllner über das christliche Europa als „Kontinent der Säkularisierung“ an. In erfrischend unideologischer Argumentation weist der Autor progressive wie reaktionäre Geschichtskonstruktionen zurück und zeigt, dass die Errungenschaften der Neuzeit nicht in einem Gegensatz zum christlichen Glauben stehen, sondern aus ihm hervorgingen: „Die Neuzeit setzt eine Dynamik frei, die im Christentum selbst angelegt ist.“

Zöllners geschichts- und religionsphilosophische Analysen sind von vielen Denkern inspiriert und dennoch originell. Etwa wenn er in der Leugnung der Erbsünde und der starken Betonung der Prädestination im Islam einen Rückfall in „kosmotheistische“ Sichtweisen ortet, die bereits das Judentum – und in dessen Folge und Überbietung das Christentum – mit der „Entweltlichung Gottes“ überwunden hatte. Gut belegt und argumentiert ist jedenfalls seine Grundthese, dass sich Europa gerade als „Kontinent der Säkularisierung (...)“ als ein durch das Christentum geprägter Kontinent“ erweist. Zöllner beschreibt treffend das Christentum als „eine geistige Revolution“, die die Welt entgöttert und dem Menschen gerade so „die Entscheidung über sein Erbe, über sein Handeln in der Welt nach dem Gutdünken der eigenen Vernunft“ ermöglicht.

Freilich unterscheidet Zöllner die vom Christentum ermöglichte Säkularisierung sauber von einem „Missverständnis der Säkularisierung“, das sich „in Form von Heilslehren und Ideologien sowie in Form eines ‚Nihilismus‘“ äußere. Leider ist das vorliegende Werk nicht durchgehend von dieser analytischen Kraft getragen. Manche Beiträge sind – ob gewollt oder ungewollt – eher als polemische Essays einzuordnen. Auch wird eine Nähe zur AfD, deren Etablierung als „Erfolg“ und „Ergänzung des Pluralismus“ begrüßt wird, nicht bestritten, etwa wenn es heißt: „Die teils ungenügend deutliche Abgrenzung von Extremisten und untragbare Formulierungen Einzelner machen es politischen Gegnern i.Ü. leicht, die AfD ins falsche Licht zu rücken.“

Was demgegenüber das rechte Licht wäre, kann wohl am ehesten der Beitrag von Volker Münz zeigen, welcher ja AfD-Bundestagsabgeordneter ist. Er malt das Bild einer gespaltenen Gesellschaft (wohlge- merkt im Westen), in der sich eine „Elite“ von Politikern, Wirtschaftslenkern und „so- genannten Intellektuellen“ vom „gemeinen Volk“ abgekoppelt habe. Diesen Eliten wirft er vor, „in der globalen Infrastruktur einen Platz ergattert“ zu haben und mit ihrem globalistischen Denken und Handeln die Demokratie zu gefährden. Demgegenüber bewirbt er den Populismus „als eine Gegenbewegung gegen die Macht der Gewinner der Globalisierung“. Populismus sei „eine Reaktion auf die Krise der Demokratie im Zeichen des Globalismus“. Die Grundannahme, es gebe eine globalistische Strategie

oder Ideologie, und dieser müsse man Widerspruch entgegensetzen, bestimmt auch die Überlegungen des Theologen und Politikwissenschaftlers Felix Dirsch. Auch er sieht „globalistische Eliten“ am Werk, die er als „humanitaristisch ausgerichtete Gutmenschen“ verhöhnt. Dirsch geht es weniger um eine gesellschaftspolitische Diagnose, sondern um eine kirchliche oder kirchenpolitische. Er konstruiert einen Kontrast „zwischen einer eher linksglobalistischen Ausrichtung des Glaubens und einer dieser entgegengesetzten volks- und hei-

matnahen Variante“. Immerhin bestreitet auch Dirsch nicht, dass „dem Christentum von Anfang an eine zentrale universalistische Dimension innewohnt“, ja, er anerkennt sogar Papst Johannes Paul II. als „leidenschaftlichen Universalisten und gleichzeitigen polnischen Patrioten“. Dass die sogar im Politischen recht willkürlich konstruierten Typen des linken Globalisten und des „volks- und heimatnahen“ Rechten für das Christentum einfach unpassend sein könnten und eine Taufe des Nationalismus nicht gelingen kann, darauf kommt er je-

doch nicht.

Der ehemalige evangelische Pfarrer und heutige AfD-Bundestagsmitarbeiter Thomas Wawerka schreibt „Nächstenliebe“ und „Barmherzigkeit“ in seinem Beitrag bevorzugt mit Anführungszeichen und qualifiziert sie als „Moralschmalz“. Ungeachtet der Traditionen der christlichen Soziallehre postuliert er: „Christus hat zu politischen Positionierungen nichts zu sagen, dagegen alles in Bezug auf das konkrete Verhalten einzelner Menschen. Nichts liegt ihm an einer wie auch immer gearteten Gestaltung der Gesellschaft, alles aber daran, dass der Einzelne Eingang ins Reich Gottes finde.“

Dieser These widerspricht der Beitrag des Schriftstellers André Thiele, der im Kreuz auch „die Einsicht in die Notwendigkeit universaler Ordnungen, das heißt der Notwendigkeit des Naturrechts“ sieht. Und weiter: „Kein Christ ist ganz Bürger. Er unterwirft sich den Gesetzen der Gesellschaft, ohne ihnen zu erlauben, auf seinen Geist zuzugreifen.“

Ein solcher innerer Vorbehalt gegen die Machtergreifung politischer Kategorien in der spirituellen und binnenkirchlichen Debatte ist ein erfreulicher Widerspruch gegen eine allzu „volks- und heimatnahe“ Konstruktion des Christlichen.

Felix Dirsch/ Volker Münz/ Thomas Wawerka (Hg.): „Nation, Europa, Christenheit. Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus“. Ares Verlag, Graz 2019, 240 Seiten, ISBN 978-3-99081-020-0, EUR 19,90



Können linke Globalisten und „volks- und heimatnahe“ Rechte des Glaubens gegenübergestellt werden?, fragt der Rezensent. Unser Bild zeigt traditionelle Tölzer beim Leonardiritt. Foto: dpa

Vor fünfzig Jahren trennte die Kirche sich von dem Philosophen Emanuele Severino. Die Erinnerung an ihn gibt Anlass, es wieder mit Theologie statt Trivialitäten zu versuchen

VON PROFESSOR THOMAS SÖREN HOFFMANN

Inmitten Januar dieses Jahres ist mit Emanuele Severino (1929–2020) der wohl wichtigste italienische Gegenwartsphilosoph gestorben – ein Philosoph, der in seiner Heimat niemals nur ein Geheimtipp für Akademiker, sondern eine tatsächlich öffentliche Figur war, eine Figur, auf die der Reisende aus dem Ausland schon im Bahnhofsbuchhandel stoßen und über die ihn sogar sein Hotelier ins Gespräch verwickeln konnte. Severino hat dabei eine etwas komplizierte Laufbahn absolviert: In Pavia Schüler von Gustavo Bontadini (1903–1990), einem der namhaftesten Neuscholastiker seiner Generation, seit 1954 dann selbst Professor an der Katholischen Universität in Mailand, geriet er in den 60er Jahren in Konflikt mit der Kirche – in einen Konflikt freilich, der ganz und gar nichts mit den Standardquerelen selbstbewusster Zeitgeistlichkeit mit dem Lehramt zu tun hatte, sondern auf einer Ebene spielte, mit deren Relevanz schon keiner mehr rechnen wollte: auf der Ebene der Metaphysik.

In der Tat hatte Severino nichts Geringeres als eine Kontroverse um die Grundbegriffe des abendländischen Denkens überhaupt provoziert, eine Auseinandersetzung, die im Kern um die Frage ging, was mit dem „Sein“ alleine gemeint sein kann. Bereits in einem stattlichen, frühen Hauptwerk aus den 50er Jahren, dann 1964 nochmals in einer Programmschrift, die den Titel „Ritornare a Parmenide“ – „Zurück zu Parmenides“ trug, hatte sich Severino mit viel Verve zu dem uralten „eleatischen“ Seinsdenken bekannt und allen späteren Ontologien, so auch dem für die Scholastik so wichtigen Aristotelismus, eine klare Absage erteilt. In dem entstehenden Streit ging es – vereinfachend gesprochen – vor allem um die Frage, in welchem Sinne man sagen kann, dass es „ein Werden gibt“. Mit dem Vorsokratiker Parmenides (ca. 540–480 v. Chr.), dem Gründer eben der Schule des alten, süditalienischen Elea, bestreitet Severino, dass es möglich ist, dem Werden Seinsqualität zu verleihen: Sein wird nicht, Sein ist; das Werden seinerseits ist nicht, es scheint am Sein, ohne dabei selbst zu sein – es spiegelt sich nur in der Einheit von Denken und Sein, die wir als Menschen sind. Das klingt tatsächlich „von weit hergeholt“ und ist es auch, weil es eine 2500-jährige Tradition, die an das Werden zu glauben entschlossen war, zurücknimmt. Es klingt zunächst auch „abstrakt“ und ungreifbar, wird aber sofort konkret, wenn man die eleatische These ausbuchstabiert und dann zum Beispiel zu sagen genötigt ist: Es gibt keine Schöpfung, da damit ein Werden des Seins aus dem Nichts gedacht werden müsste – was unmöglich ist. Es gibt auch keine Auferstehung, die man nur denken kann, wenn man ein Nichtseinkönnen des Seienden voraussetzt – was widersprüchlich ist. Der Mensch schließlich, insofern er ist, ist nicht sterblich – er gehört in das Licht des Seins, das nicht verlöschen kann. 1970, vor fünfzig Jahren also, endete aufgrund von Thesen wie diesen Severinos Engagement an der Cattolica in Mailand. Er ging nach Venedig, das unverhofft ein neues Elea wurde.

Fünfzig Jahre später freilich gibt es dringenden Anlass, auf Severino zurückzukommen – auch aus Sicht der Theologie. Damit ist nicht gemeint, dass die Theologie „eleatisch“ zu werden hätte – sie hat gute Gründe, dies nach wie vor nicht zu tun, auch wenn es für Fundamentaltheologen gewiss keine schlechte Übung wäre, mit ähnlich hohem intellektuellem Aufwand, wie ihn Severino entfaltet, klarzumachen, was eigentlich gegen einen „theologischen Eleatismus“ spricht.

Aktuell geht es um etwas anderes: um das, was Severino im Auge hatte, wenn er davon sprach, dass Europa im Zeichen seines Glaubens an das Werden jedwede Chance auf eine tragende Seinsgewissheit längst verspielt hat. Europa, das das Werden für seiend hält, hatte sich nach Severino in der Tiefe

bereits für den „Nihilismus“ entschieden, als es diesen Ausdruck, den erst Friedrich H. Jacobi erfand, noch gar nicht gab. Europa glaubt nämlich – so Severino – seit Jahrtausenden an das heimliche, schließlich manifest werdende Nichtsein aller Dinge, an ihre Flüchtigkeit und Vergänglichkeit, und sucht darum verzweifelt, sie und sich aus dem Meer des Nichts zu „retten“. Die Sache beginnt bei den Griechen, die – seit Äschylus – den Menschen als primär „sterblich“, nicht als ewigen Zeugen des Seins und seiner Wahrheit, verstehen. Die Sache wird durch das Christentum nicht besser, das eben im Sinne der „creatio ex nihilo“ alles Sein als „geworden“ und mithin als wesentlich „nichtig“ ansieht. Der permanent lauern den „Gefahr“ der Vernichtung entzieht sich die Neuzeit dann zunehmend dadurch, dass sie auf neue „Sicherungsinstrumente“ setzt: Der Staat soll uns, so lehrt es Thomas Hobbes, vor dem „Krieg aller gegen alle“ schützen; eine auf Wissenschaft gegründete Technik soll uns, so Francis Bacon, zu Herren der Natur machen und gegen alle Gefahr von ihrer Seite sicherstellen. Der neue „souveräne“ Staat wie auch die Technik, mit denen Europa „glänzt“, sind entsprechend Geburten einer ontologischen Angst, ihr Zweck ist immer die „Rettung“ von Sein, das sich, wie es scheint, nicht selbst helfen kann, sodass der Mensch mit Hand anlegen – mit „manipulieren“ muss. Wir retten heute „das Klima“ mit Windrädern, Wärmedämmern und Elektroautos – mit technischen Mitteln also, die die drohende Apokalypse abhalten sollen – der Staat sichert uns zugleich gegen Armut, Fake News und Seuchen. Wir „digitalisieren“ nicht nur die menschliche Kommunikation, sondern auch alle Bildung und Kunst, ja – in Corona-Zeiten zumal – die Heilige Messe, die wir auf der Festplatte gegen die da draußen wütende „Realpräsenz“ des Virus „sichern“.

Der Staat wiederum schafft Geld aus dem Nichts, um „Existenzen“ zu retten, ja er greift mit Maske, Abstand und Grundrechtseinschränkungen in das wirkliche Leben ein, um ein mögliches Sterben zu bannen – er kommt im „Ausnahmezustand“ eigentlich erst zu sich selbst, auf seine „Rettungsfunktion“ zurück. Für den großen Sprung nach vorne schließlich, mit dem der Mensch auf eigene Faust „der Evolution nachhelfen“ soll, planen „Transhumanisten“ den auf pharmakologischem Wege physisch und moralisch „optimierten“ Menschen, der am Ende gar durch ein „Mind-Upload“ seine Sterblichkeit abstreifen soll. Und selbst viele, die an diese „allerletzten“ Erfolge, von denen unter anderem das Silicon Valley träumen mag, nicht recht glauben wollen, glauben doch an die Spritze, die eines Tages ganz sicher „das Virus“ und also das Nichts besiegt haben wird – sei es gleich um den Preis der genetischen Manipulation des alten, des bisherigen Menschen, der eben nur mit Hilfe technischer Selbstoptimierung der letzten Vernichtung zu entgehen vermag.

Severino hat Thesen wie die hier komprimiert vorgetragenen in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Büchern zur Wissenschaft, zur Technik, zum Kapitalismus, ja auch zur „Philosophie der Zukunft“ entfaltet, die alle eine enorme zeitkritische Potenz aufweisen. Das eigentlich Aufregende an diesen Büchern ist dabei gar nicht nur die Kritik, sondern die unausweichliche Frage, die sie stellen: Von welchem Standpunkt aus blickt ihr „modernen Menschen“ denn eigentlich auf die Dinge? Worauf verlasst ihr euch wirklich, wenn ihr glaubt, dem Nichts ins Auge zu sehen und euch vor ihm retten zu müs-

sen? Ist – um bei „Corona“ zu bleiben – wirklich der Immunitätsausweis, die „App“ und die Spritze die letzte Antwort, die ihr zu geben wisst? Habt ihr, wenn dem so ist, denn ganz vergessen, dass die Würde des Menschen auf etwas Unantastbares zeigt, das niemand herbei- und auch nicht wegspritzen kann? Habt ihr vergessen, dass das Nichts nur als der Affe des Seins, nicht aber als dessen wirklicher Feind „dasein“ kann? Und merkt ihr nicht, was für ein gewaltiger Unterschied es ist, ob ihr von Angst getrieben nach Sicherung ruft oder aus der Gewissheit des Seins – eures Seins – heraus handelt, dabei Sein aufscheinen lässt und bezeugt, so dass die Schatten dem Licht, die eingebildeten „Möglichkeiten“ der wahrhaften Wirklichkeit weichen? Weiß denn nicht schon ein Kind, was die Differenz zwischen dem politischen „Furchtapell“ und der Liebe ist, die den wegisierten Alten eben nicht seinen einsamen, aber sterilen Tod sterben lässt?

Severino spricht in diesem Kontext davon, dass der Grundton der menschlichen Existenz im Zeichen des Nichts immer die Angst, im Zeichen des Seins aber rein die Freude ist, in der sich das Sein selbst bejaht und die deshalb „ewig“ gegründet ist. Auf welcher Seite wir stehen, entscheidet sich mit der Perspektive, die wir einzunehmen vermögen.

Fünfzig Jahre, nachdem sich die Kirche aus wie gesagt durchaus nachvollziehbaren Gründen von Severino getrennt hat, kann dieser nach dem Gesagten mindestens zwei Fragen provozieren, mit denen sich auseinanderzusetzen der Kirche und der Theologie nur guttun kann. Die erste Frage wäre: Aus welcher Perspektive genau schaut ihr auf die vermeintliche Allmacht des Nichts, die Menschen immer und so auch heute in Angst und Schrecken versetzt? Die Antwort, die darauf Priester geben, die die Kommunion mit Maske und Gummihandschuh, dafür ohne Spendeformel reichen, dürfte so wenig überzeugend sein, wie es der Anblick eines Spenders für Desinfektionsmittel im Weihwasserbecken sein kann. Die Antwort kann vielmehr nur in dem Mut bestehen, den christlichen Glauben wieder in seine Urdimension zu setzen, in der er das große Ganze im Blick hat, in der er auch ohne weiteres metaphysisch ist und wieder Theologie im eigentlichen Sinne betreibt, statt mancherlei Trivialitäten, auch sanitäre, für Weisheit zu halten.

Die andere, nochmals tiefer zielende Frage aber ist: Woher gewinnt denn ihr die Gewissheit des Seins, derer es nicht nur im Denken, sondern auch für ein Handeln bedarf, das etwas anderes erstrebt als nur das, ein braves Glied der Bürgergemeinde zu sein? Seinsgewissheit stammt nicht aus behördlicher Anerkennung oder sonst einem äußeren Zuspruch: Seinsgewissheit setzt die Erfahrung der Wahrheit, das Sehen in ihrem Licht und die Freude an ihrem Sich-Offenbaren voraus. Christliche Theologie hat dies auch lange gewusst und täte gut daran, sich darauf – vielleicht sogar in Erinnerung an Severino – erneut zu besinnen. Die Anzeichen, dass ihr das gelingen mag, scheinen einstweilen spärlich gesät.



Auswege aus Europas pandemischem Nihilismus

Bilder Fotomontage: stock.adobe.com

KOMMENTAR

Verwirrung von oben

VON FRANZ SALZMACHER

Die Corona-Vorsorge ist geklärt, aber die Bundesbildungsministerin verunsichert Eltern und Schulen. Bildung ist Ländersache. Das weiß in Deutschland eigentlich jedes Schulkind. Pünktlich zum Schulbeginn in mehreren Ländern hat nun die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, sich für eine Maskenpflicht ausgesprochen und an die Länder appelliert, diese Pflicht umzusetzen. Der Appell ist unnötig und sorgt bei Eltern und Lehrern für Verwirrung. Denn seit Wochen beraten die zuständigen Länderminister und die Staatskanzleien der Länder, moderiert vom Chef des Bundeskanzleramtes Helge Braun, wie sie in Corona-Zeiten der Schulpflicht, dem Recht der Kinder auf Bildung und ihrem Gesundheitsschutz Genüge leisten können. Es wurden auch Beschlüsse gefasst, von der Kultusministerkonferenz im Juni und von den Gremien um Helge Braun im Juli. Dabei wurde unter anderem auch die Maskenpflicht beschlossen. Dabei ist der Präsenzunterricht die Regel, der Distanzunterricht die Ausnahme.

„In allen Gremien war immer von einem „angepassten Schulbetrieb in Corona-Zeiten“ die Rede. Die Familien können beruhigt sein. Die Maßnahmen wurden nicht nur in den Kreisen politischer Entscheidungsträger besprochen, sondern wochenlang und intensiv auch mit Verbänden, Gewerkschaften und Vertretern der Schulen.“

Über all diese Beratungen und Beschlüsse hätte die Bildungsministerin sich leicht informieren können – ein Anruf im Bundeskanzleramt hätte vermutlich schon gereicht. Ihr Appell nun erweckte den Eindruck, als hätten die zuständigen Stellen der Länder nicht miteinander gesprochen. Denselben Eindruck erweckte der Brief der grünen Fraktionschefin Katrin-Göring Eckert, die der Bundesregierung schwere Versäumnisse im Management der Corona-Krise vorwirft. Das, was sie fordert, war längst beschlossen. Es gilt Maskenpflicht in allen weiterführenden Schulen, sobald die Schüler von ihren Plätzen in der Klasse aufstehen. Die meisten Länder stellen auch Masken zur Verfügung. Auch bei der zweiten Forderung, die Einhaltung von Hygieneregeln, läuft die Bildungsministerin durch offene Türen. Dazu gehört zum Beispiel die regelmäßige und wirksame Durchlüftung der Unterrichtsräume. In allen Gremien war immer von einem „angepassten Schulbetrieb in Corona-Zeiten“ die Rede. Die Familien können beruhigt sein. Die Maßnahmen wurden nicht nur in den Kreisen politischer Entscheidungsträger besprochen, sondern wochenlang und intensiv auch mit Verbänden, Gewerkschaften und Vertretern der Schulen. Warum die Bildungsministerin so für Verwirrung sorgte oder den Fach-Journalisten von ARD und Welt am Sonntag auf den Leim ging, die ja über die Kompetenzen Bescheid wissen müssten, bleibt ihr Geheimnis und das ihrer Presseleute. Der Fettnapf war jedenfalls groß genug, um nicht übersehen zu werden.



Die Liebe ist das wirkliche Geheimnis des Eheglücks. Und dieses Glück ist nicht messbar. Messbar sind lediglich einige Folgen: Gesundheit, Lebenserwartung, Wohlstand. Foto: Adobe Stock

Ehe und Glück

Spielt die Ehe keine Rolle für das Glück? Eine Studie wendet fragwürdige Methoden an VON JÜRGEN LIMINSKI

Empirische Studien sind heute die neuen Grundlagen des Wissens und damit der Meinungen und Glaubenssätze. Das ist zwar besser als bloße Ansichten und Meinungen ohne empirische Belege, aber nicht jede Studie ist wahr, nur weil mit Zahlen hantiert wird. Manchmal dienen Forschungen nur dazu, alte Wahrheiten und Traditionen in Misskredit zu ziehen. Das gilt vor allem für Studien, die sich mit den natürlichen Institutionen Ehe und Familie befassen. Da lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Im Journal of Positive Psychology ist jetzt eine umfangreiche Studie veröffentlicht worden, die nahelegt, dass es beim Glücklichen oder dem Sich-glücklich-fühlen kaum Unterschiede gebe zwischen Eheleuten, Alleinlebenden oder Geschiedenen (Loved and lost or never loved at all? Lifelong marital histories and their links with subjective well-being). Autoren sind mehrere Professoren der staatlichen Universität von Michigan. Sie haben anhand einer Umfrage unter 7532 Teilnehmern (54 Prozent davon Frauen) den Glücksstand der Befragten gemessen und daraus Schlüsse für die Allgemeinheit gezogen.

Die führenden Autoren der Studie, William Chopik und Mariah Puro, kommen zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede minimal seien. Aber sie haben zum einen die Geschiedenen etliche Jahre nach der Scheidung befragt und die Zeit der Scheidung selbst ausgeblendet, mithin eine Momentaufnahme geliefert. Das ist bei emotionalen Beschreibungen kritisch zu betrachten. In der Regel werden hier Ergebnisse über lange oder längere Zeiträume von mindestens sechs Jahren erfasst, um Schwankungen einzuordnen. Zum zweiten leben nur 13

Prozent der befragten Personen geschieden oder getrennt, was Vergleiche ebenfalls verzerrt. Und zum dritten wurden ganz unterschiedliche Altersgruppen befragt von 18 bis 60 Jahren. Allein dieses wissenschaftlich fragwürdige Vorgehen lässt ernsthafte Zweifel aufkommen.

Ernsthafte Zweifel am Vorgehen der Studie

Ganz erstaunlich aber ist, dass der Psychologe William Chopik in einer früheren Studie mit einem Kollegen von der Universität Chicago, Ed O'Brian, zu dem Ergebnis kam, dass verheiratete und bereits in Rente lebende Paare gesünder sind als Unverheiratete oder Geschiedene. Hier hatte er sich an die üblichen Kriterien gehalten: Gleiches mit Gleichem zu vergleichen (Altersgruppen von 50 bis 90) und das über einen längeren Zeitraum (sechs Jahre). Diese Studie bestätigte Forschungen seit den siebziger Jahren, wonach Verheiratete gesünder und länger leben, was oft mit der gegenseitigen Pflege und gesünderen Ernährung, Wohlstand im Alter und geringerem Stresslevel zu tun hat. Natürlich können Alleinlebende sich auch gesund ernähren und durch ein gepflegtes Innenleben beziehungsweise eine selbstreflektierende Beziehung zu Gott (etwa regelmäßiges Gebet) Stress abbauen und Glücksmomente erleben. Das allerdings setzt einen praktizierten Glauben voraus.

Trotz der Mängel der Michigan-Studie lassen sich einige Schlussfolgerungen von William Chopik nachvollziehen. So ist offenkundig, dass ein glücklicher Ehepartner, eine glückliche Ehepartnerin, sich mehr um das Glück in der Ehe kümmert und ein un-

glücklicher Mensch sich eher auf seine eigenen Probleme und Beschäftigungen zurückzieht. Ebenso selbstverständlich erscheint, dass ein glücklicher Ehepartner eher beispielhaft wirkt für den Lebenswandel als ein unglücklicher. Wer am Glück des/der anderen interessiert ist, wird sich entsprechend darum bemühen.

Hier, bei der persönlichen Mühe und Intention, endet allerdings der Bereich des empirisch Messbaren. Wer will die Liebe messen? „Die Liebe ist langmütig, die Liebe ist gütig. Sie ereifert sich nicht, sie prahlt nicht, sie bläht sich nicht auf. Sie handelt nicht ungehörig, sucht nicht ihren Vorteil, lässt sich nicht zum Zorn reizen, trägt das Böse nicht nach. Sie freut sich nicht über das Unrecht, sondern freut sich an der Wahrheit. Sie erträgt alles, glaubt alles, hofft alles, hält allem stand. Die Liebe hört niemals auf.“ So heißt es im Hohelied der Liebe (vgl. 1. Kor. 13). Diese Liebe ist das wirkliche Geheimnis des Eheglücks. Und das ist nicht messbar.

Trotz sozialer Absicherung sinkt die Lebenserwartung

Messbar sind einige Folgen: Gesundheit, Lebenserwartung, Wohlstand. Aber auch diese Folgen sind von vielen Faktoren abhängig, gerade die Gesundheit, und zwar auch von Faktoren, die jenseits der eigenen Verantwortung und persönlicher Handlungsoptionen liegen, etwa die Sauberkeit der Luft und des Wassers.

Auch bei der Lebenserwartung ist zu beobachten, dass sie derzeit auch in den reichen Industrieländern deutlich sinkt – trotz sozialer Sicherungssysteme und besserer Ernährung. Möglicherweise gibt es Zusam-

menhänge zwischen der psychischen Belastbarkeit und Befindlichkeit auf der einen und dem Zustand der Ehe und Partnerschaft sowie der Energie, die man in diese Beziehung investiert, auf der anderen. Deshalb sind Forschungen subjektiver Befindlichkeiten nicht a priori sinnlos. Die Methoden der Vergleichbarkeit müssen stimmig sein.

In diesem Sinn ist eine neuere Studie des amerikanischen Institute for Family Studies interessant. Sie geht von vornherein davon aus, dass die direkten positiven Folgen der Ehe nicht unmittelbar messbar sind. Erst der Vergleich von Altersgruppen und ähnlichen Umständen erlaubt belastbare Schlussfolgerungen.

So geben 40 Prozent der Verheirateten zwischen 18 und 50 Jahren an, sich sehr glücklich zu fühlen, während es bei den Unverheirateten nur 22 Prozent sind. Bei getrennt lebenden oder geschiedenen Ehepartnern ohne Kinder sind es 24 Prozent (mit Kindern nur noch 18 Prozent).

Aus den Datensätzen dieses Instituts, die belastbarer sind als die Michigan-Studie, lässt sich also immerhin ableiten, dass die Ehe, statistisch gesehen, eine Quelle persönlicher Stabilität, des Glücks und der Gesundheit ist. Das umso mehr, wenn man an sich und damit an der Beziehung selbst arbeitet.

Um die anthropologisch in allen Kulturen gegebene, natürliche Institution der heterosexuellen Ehe – das „konjugale Prinzip“ – nennt es der Kulturosoziologe Claude Lévy-Strauss – in Zweifel zu ziehen und demnächst womöglich mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu relativieren, reichen schiefe Vergleiche und fragwürdige Methoden jedenfalls nicht aus.

Zwischen fünf und sechs

Warum das Material über den Synodalen Weg für den Religionsunterricht nicht einmal ein „Ausreichend“ verdient **VON MICHAEL KARGER**

Das Institut für Religionspädagogik der Erzdiözese Freiburg hat eine Broschüre mit Unterrichtsmaterialien zum Synodalen Weg für Gymnasien („Synodaler Weg“, Sonderausgabe der Reihe „Themen im Religionsunterricht“ 2020) herausgegeben. Bereits im Vorwort werden Anlass und Ursache der Krise der Kirche „in deren Reihen in den vergangenen Jahrzehnten sexueller und geistlicher Missbrauch in ungeahntem Ausmaß begangen wurde und deren Strukturen den Missbrauch erleichtert und seine Ahndung erschwert haben“ einseitig monokausal begründet und bewertet. Finanziert wurde die knapp einhundert Seiten umfassende Arbeitshilfe (Auflage 12000 Exemplare) von der Deutschen Bischofskonferenz. Auf einen ersten Teil mit sechs Aufsätzen folgen im zweiten Teil ausgearbeitete Unterrichtsmodelle.

Da die Unterrichtsideen überwiegend aus den vorangestellten Aufsätzen entwickelt wurden, müssen diese zuerst genauer betrachtet werden. Warum nur „Sprachpuristen ... über den Ausdruck Synodaler Weg den Kopf schütteln“, da doch der griechische Begriff Synode bereits „gemeinsamer Weg“ bedeutet, fragt man sich. Am Anfang steht ein Beitrag des Bischofs von Osnabrück, Franz-Josef Bode. Man muss ihm danken für ein schönes Zitat von Alfred Delp in seinem Text, das es verdiente, als Motto im Frankfurter Synodenplenum angebracht zu werden: „Die Wucht der immanenten Sendung der Kirche hängt ab vom Ernst ihrer transzendenten Hingabe und Anbetung. Der anmaßende Mensch ist schon in der Nähe der Kirche immer von übel, geschweige denn in der Kirche und gar im Namen der Kirche oder als Kirche.“

Leider geht der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz nicht auf diese prophetischen Worte des Glaubenszeugen Delp ein. Interessant sind die Akzentsetzungen hinsichtlich der Beschreibung der Arbeitsgruppen (Foren) des Synodalen Weges: „1. Macht und Gewaltenteilung in der Kirche – Gemeinsame Teilnahme und Teilhabe am Sendungsauftrag“; „2. Priesterliche Existenz heute“, verbunden mit dem vorweggenommenen Ergebnis der auf zwei Jahre veranschlagten Beratungen: „Lebensform der Ehe oder der Ehelosigkeit für Priester je nach den Erfordernissen einer guten Evangelisierung“; „3. Frauen in Diensten und Ämtern in der Kirche“ (Ziel der „sakramentalen Würdigung ... durch die Diakonatweihe von Frauen oder durch einen amtlichen Verkündigungsdienst“); „4. Leben in gelingenden Beziehungen – Liebe leben in Sexualität und (!) Partnerschaft („Grundprinzip der Liebe“ jetzt „menschennäher und lebensnäher angehen“).“ Erstaunlich anzusehen ist, wie sich der Oberhirte von einer romantischen Verückung davontragen lässt: Heraus aus „Jerusalem, der großen, festen Stadt, dem Ort der religiösen, politischen und gesellschaftlichen Mächte und des Machtgehorsams“. Bode projiziert sich zurück in das „Galiläa des Ursprungs“, in „kleine Gemeinschaften der Eucharistie an Orten des Vertrauens“, zu „eher offene(n) und überschaubare(n) Lebensseinheiten“.

Höhepunkt ist ein Drewermann-Zitat, mit dem Bode 2000 Jahre Kirchengeschichte meint überspringen zu können, um sich vor der Verantwortlichkeit für die Glaubensüberlieferung in der Gegenwart in die rückwärtsgewendete Utopie zu flüchten: „Bewusst zu leben beginnen, was vor dem in Galiläa in der Unmittelbarkeit der ‚Nachfolge‘ Jesu geschah.“ Auch Neutestamentler und Synodenmitglied Thomas Söding arbeitet in seinem Beitrag nach der Methode der pauschalen moralisierenden Entlarvung: „Die Kirche bleibt nicht wie sie ist. Sie muss aufbrechen, weil sie in Tausenden von Fällen Missbrauch begünstigt und gedeckt hat; ...“ Zudem wird betont, dass die vier Themen des Synodalen Weges „Macht und Partizipation, priesterliches Leben,



Mitmachen beim Synodalen Weg soll Schülern im Religionsunterricht nahegelegt werden.

Foto: KNA

Frauen im Dienst der Kirche sowie Sexualethik“ allesamt „aus der Nacharbeit der MHG-Studie entstanden“ sind.

Konsequent wird nicht von Glaubenslehre und Dogma gesprochen, sondern von „Traditionen“ im Sinne von unverbindlichem Brauchtum: Ethik und Kirchenstruktur stünden deshalb im Mittelpunkt, „weil sich auf diesen Feldern die Erwartungen an Selbstbestimmung, die für eine säkulare Welt typisch sind, mit den Traditionen katholischer Lehre (!) am stärksten stoßen“, oder noch deutlicher an anderer Stelle, an der die „Grundsatzfrage“ gestellt wird: „Welche der Traditionen, die durch Dogma und Kirchenrecht geheiligt scheinen, zur Disposition gestellt werden müssen, weil es sich, bei Lichte betrachtet, doch um menschliche Traditionen, nicht aber um göttliche handelt.“

Söding plädiert für eine „charismentheologische Neubegründung des kirchlichen Dienstes“, beruhend auf dem „Unterschied der Kompetenzen“, was wohl auf eine funktionale Amtsbegründung hinausläuft oder an sich selber scheitert, da eine die Charismen prüfende Instanz abgelehnt wird. Die Aufforderung an die Bischöfe, auf die vom Konzil eingeschränkte personale Ausübung des Hirtenamtes zu verzichten, wird in Frageform gekleidet, „wie sie auf Privilegien verzichten wollen und sich in das Ganze des Gottesvolkes einbinden lassen können ...“. Wenig erstaunlich ist, dass auch der Beitrag der Erfurter Dogmatikerin Julia Knop ebenfalls unkritisch dem Verdächtigungsschema folgt: Es sei nun „von externer wissenschaftlicher Seite ... ein besonderes Gefährdungspotenzial für sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch identifiziert worden.“

Man darf ihm nicht mehr ausweichen. Das kirchliche Priesterbild, das kirchliche Frauenbild, sexualethische Vorgaben und die Verurteilung beziehungsweise Tabuisierung von Homosexualität müssen auf den Prüfstand. Denn sie stützen ein System, in dem körperliche und seelische Integrität von Jungen und Mädchen und Frauen massiv Schaden genommen hat und weiter Schaden nehmen.“

Folglich werden die klerikalen Machthaber als reformunfähig, weil machtbessenen, abqualifiziert: „Es braucht auch andere als die Entscheider dieses Systems, um die Pathologien des Systems zu identifizieren und eine nachhaltige Reform zu erarbeiten.“ Sachlich und informativ ist dagegen der Text des Münsteraner Kirchenrechtlers Klaus Lüdicke. Er informiert darüber, dass „die Vollmacht zu Entscheidungen über das Leben der Kirche nur dem Papst – für die Gesamtkirche – und den Bischöfen – für

ihre jeweiligen Teilkirchen – zukommt. Auf den Bischofssynoden haben nur Bischöfe ein Stimmrecht. Zudem haben die Beschlüsse einer Bischofssynode für den Papst nur beratende Bedeutung.

Im Beitrag von Melitta Menz-Thoma wird darauf hingewiesen, dass der „Verzicht Kardinal Marx“ auf eine zweite Amtsperiode als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz“ für Irritationen gesorgt habe. Richtig muss es heißen, dass Kardinal Marx sich kein zweites Mal zur Wahl gestellt hat.

Im zweiten Teil folgen die Unterrichtsmodelle für Gymnasien. Im ersten Entwurf sollen Schüler die Rolle eines Synodenteilnehmers einnehmen und „in deiner zugeordneten Rolle auf das Gehörte reagieren. Unter den Rollen gibt es die eines Bischofs, „dem die Beibehaltung der kirchlichen Tradition wichtig ist“, und eines Mitbruders, „dem die Zusammenarbeit mit Laien wichtig ist“. Falsch ist die Information, dass der Apostel Paulus mit der Rede vom „Leib Christi“ (1 Kor 12,12–17) nicht Kirche meinte.

Besonders ärgerlich sind die herangezogenen Aussagen von Karlheinz Ruhstorfer: „Die Kirche zu gründen, lag Jesus selbst wohl fern.“ Ohne Stiftungswille Jesu wäre die Kirche ohne jede Legitimation und wäre die Rede von Kirche als Leib Christi reine Anmaßung. „Nach und nach bildete sich eine jüdische Sekte heraus, die Jesus als ihren Messias erkannte. Mehr noch, Jesus wurde im Glauben ... schließlich zur Inkarnation Gottes. Er wurde selbst als Gott verehrt.“ Damit wird die Gottessohnschaft Jesu zum nachträglichen Interpretament ohne jeden Bezug zum historischen Jesus. Ist das die Weise, wie die heutige Herausforderung, Getaufte „im Glauben zu alphabetisieren“, von der Söding sprach, geleistet werden soll? Den Schülern wird eine zutreffende Definition des Begriffs der apostolischen Sukzession bewusst vorenthalten. Karikierend wird dieser wesentliche Glaubensinhalt entstellt: „Die Apostel, die Gefährten und Freunde Jesu suchen Menschen aus, denen sie den Geist durch Handauflegung weitergeben. Das ist ja nur die Theorie, die eine Bewegung vom Apostel zum Nachfolger behauptet. Eigentlich (!) ist die Bewegung ja anders herum: Der Nachfolger glaubt sich in der Nachfolge des Apostels. Diese Nachfolge unterscheidet autoritativ, welche Verhaltensweisen Jesus entsprechen.“

Im zweiten Unterrichtsmodell wird der Synodalgedanke durch die gesamte Kir-

chengeschichte nachgezeichnet. Diese anspruchsvolle Arbeit mit zahlreichen Quellentexten eignet sich für ein Proseminar mit Theologiestudenten im Fach Kirchengeschichte, nicht für heutige Gymnasiasten. Für den Auszug aus der Silvesterpredigt des Bischofs von Regensburg (2019) muss man den Herausgebern auch gegen ihre Intention danken. Nur hier wird darauf hingewiesen, dass es beim Synodalen Weg um die Entscheidung für das Bekenntnis zur „Kirche als Stiftung Jesu Christi“ geht. Nur hier wird noch von der „sakramentalen Struktur

der Kirche“ im Sinne des Konzils gesprochen. Nicht zuletzt widerspricht Bischof Voderholzer den unhaltbaren Folgerungen aus der MHG-Studie, an der die gesamte „Entlarvungsstrategie“ sich festgemacht hat, mit dem „wissenschaftlich belegten“ Hinweis, dass die Ehelosigkeit um des Himmelreiches von sich aus mit sexuellem Missbrauch nichts zu tun hat und dass die allermeisten Fälle dieses Verbrechens im familiären Umfeld geschehen durch Menschen, die nicht zölibatär leben.

Im dritten Unterrichtsmodell wird die zeitgeistkonforme evangelische Synode dem Synodalen Weg gegenübergestellt, wobei natürlich die evangelisch-parlamentarische dem Zeitgeist näherliegt und die Katholiken in Rechtfertigungszwang versetzen soll. Das vierte Modell besitzt Erkenntniswert, weil es den Beitrag von Lüdicke über die verschiedenen Formen synodaler Prozesse in eine Tabelle überführt.

Sind diese Modelle für den katholischen Religionsunterricht zu empfehlen? Das Fazit ist ernüchternd: Grundaussagen der katholischen Glaubenslehre werden gezielt gelehnet, der Bezug zur Lebenswelt der Schüler fehlt fast gänzlich, methodisch-didaktisch sind die Stundenmodelle sehr textlastig, bei interessanten Inhalten wird deutlich zu viel vorausgesetzt. Weder Evangelisierung noch Sensus Ecclesiae, für Papst Franziskus die „bestimmenden Elemente“ der Synodalität, prägen die enttäuschende Publikation. Sie bringt junge Katholiken dem Ziel, von dem der Papst in seinem Brief an die deutschen Katholiken sprach, „dass die Kirche in Verkündigung der Freude des Evangelium, der Grundlage, auf der alle Fragen Licht und Antwort finden, täglich treuer, verfügbarer, gewandter und transparenter wird“ keinen Schritt näher.

Anzeige



Peter Paul
Rubens
und der Barock
im Norden

24.7.–25.10.2020
**DIÖZESANMUSEUM
PADERBORN**

dioezesanmuseum-paderborn.de



Die Corona-Krise kann ein Anstoß sein, über eine Neugestaltung unseres Gesundheitswesens nachzudenken. Dazu müsste es einen offenen Ideenwettbewerb geben, an dem sich alle Akteure beteiligen. Foto: dp

Gesundheit neu denken

Ein Plädoyer für einen Ideenwettbewerb um die Zukunft des Gesundheitswesens.
Ein Gastbeitrag

VON KLAUS HOLETSCHEK

Auch wenn die SARS-CoV-2-Pandemie Deutschland bislang weniger hart getroffen hat, als viele andere Staaten, mussten wir feststellen, wie anfällig unser Gesundheitssystem ist. Jede Krise bietet auch die Chance, aus den gemachten Erfahrungen zu lernen, Fehler zu korrigieren, Gutes besser und ins Wanken geratene Strukturen durch krisenfestere zu ersetzen. Ich kenne niemanden, der behauptet, in Deutschland sei das weder möglich noch nötig. Warum also nutzen wir die Krise nicht, um unser Gesundheitssystem noch besser aufzustellen?

Tatsächlich liegt in unserem Gesundheitssystem vieles im Argen. Und es gibt manches, das weder so bleiben kann noch sollte. Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit, sich diesbezüglich ehrlich zu machen? Und wenn wir das tun, müssen wir uns dann nicht eingestehen, dass in unserem Gesundheitssystem Einiges längst unverantwortlich auf Kante genäht ist? Was sagt es zum Beispiel über die Wertschätzung aus, die wir den im Gesundheitssystem Tätigen entgegenbringen, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, die von ihnen benötigte Schutzkleidung im erforderlichen Umfang vorzuhalten? Oder hat das eine mit dem anderen gar nichts zu tun? Und: Wird unser oft gerühmtes Prinzip der Selbstverwaltung nicht vielleicht doch überschätzt? Ist es, wenn wir ehrlich sind, nicht letztlich auf eine Schönwetter-Medizin ausgelegt?

Ich meine, wir sollten den Mut haben, Gesundheit völlig neu zu denken. Ohne Vorgaben und Schere im Kopf. Eine Bund und Länder sind hier gefragt. Denn es leuchtet schlechterdings nicht ein, dass der Staat, wenn er in der Krise Steuerung und Verantwortung übernehmen muss und kann, in

Nicht-Krisenzeiten auf seine Organisationshoheit und Steuerungsfunktion in der gesundheitlichen Daseinsvorsorge verzichten soll. Warum zum Beispiel denken wir Gesundheit eigentlich nicht auch einmal von den Leistungsempfängern her, statt immer nur von den Leistungserbringern? Und warum fördern wir eigentlich letztlich Krankheit, statt Gesundheit? Wenn wir uns entschieden, es künftig umgekehrt zu machen, welchen Stellenwert hätte dann Prävention?

Als Vorsitzender des Landesgesundheitsrates in Bayern, der den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung in sämtlichen Fragen des Gesundheitswesens berät und als ehemaliger Bürgerbeauftragter weiß ich, dass das Thema Prävention für viele Bürger einen hohen Stellenwert besitzt. Immer mehr Menschen wenden – nicht nur in Bayern – viel Zeit und Engagement auf, um möglichst gesund zu leben und sich fit zu halten. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind gesunde Ernährung, Gesundheitssport und ausreichend Schlaf keine bloßen Hobbys oder Luxus mehr, sondern ein Lebensstil. Einer, der viel Disziplin und manchen Verzicht erfordert und obendrein die Solidargemeinschaft entlastet. Nur belohnt wird er in unserem Gesundheitssystem nicht.

Ich will einen Runden Tisch mit den relevanten Akteuren, an dem darüber nachgedacht wird, ob die Gesundheitswirtschaft nicht die neue Leitökonomie sein sollte.“

tem bislang nicht. Muss das sein? Wenn ja, wer hat das festgelegt, wer darüber abgestimmt? Und: Geht es nicht auch anders? Werden wir gleich gegängelt, wenn unser Gesundheitssystem Prävention künftig groß statt weiter klein schriebe? Gibt es nicht vielleicht doch einen gesunden Mittelweg, den wir beschreiten könnten?

Warum halten wir an diagnosebezogenen Fallpauschalen, den sogenannten DRGs (DRG = Diagnosis Related Groups) fest, obwohl wir aus vielen Studien wissen, dass diese das Personal in Medizin und Pflege in Teilen an den Rand der Verzweiflung treiben und Patienten mitunter schaden? Ist das Absicht oder nur Nebenwirkung? Verständigen wir uns letztlich nicht an den Bür-

gerinnen und Bürgern, wenn wir zulassen, dass unser Gesundheitssystem die Zuwendung zum Patienten ökonomisch bestraft? Kann es richtig sein, die Interventionszeit von medizinischem und Pflegepersonal zu honorieren, nicht aber das Zuhören und Aufnehmen der Patientenwünsche, das sorgfältige Beraten und Überdenken von Optionen, das jeder Therapieentscheidung notwendig vorausgeht? Ist Pflege im Minutentakt eigentlich noch menschenwürdig? Kann es richtig sein, dass die Angehörigen von Pflegeberufen mehr Zeit für die Dokumentation ihrer Tätigkeiten aufwenden müssen, als mit diesen selbst? Sind wir mit „satt und sauber“ wirklich schon am Ende der Fahnenstange dessen angekommen, was Pflege leisten kann und soll? Dürfen alte und kranke Menschen hier wirklich nicht mehr Phantasie von uns erwarten? Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf all diesen Feldern mehr Ganzheitlichkeit und weniger Geschwindigkeit brauchen.

Benötigen wir nicht längst auch bauliche Veränderungen in unseren Pflege-, Alten- und Seniorenheimen? Ist es wirklich vertretbar beziehungsweise angemessen, vulnerable Personengruppen in Gänge monatelang von ihren Angehörigen zu trennen, weil es keine Quarantänezonen gibt, in denen Infizierte zum Schutz der anderen isoliert werden können? Ist es nicht ein kolossaler Kultur- und Zivilisationsbruch, wenn wir zulassen, dass Menschen einsam und verlassen sterben, weil wir Angst haben müssen, die Bewohner eines ganzen Heims zu infizieren? Sollten wir hier nicht heilsam über uns erschrecken? Kann es sein, dass ein Gesundheitssystem, für dessen Rettung aktuell ein dreistelliges Milliarden-Hilfspaket geschnürt wurde, nicht schon vorher unterfinanziert war? Und falls die Antwort „Ja“ lautet, wäre es dann nicht ökonomisch sinnvoller, dieses jetzt besser auszurüsten, um in der Krise besser dazustehen?

Ist es fair, systemrelevanten Berufsgruppen wie Pflegerinnen, Physiotherapeuten und Hebammen erst in der Krise Hochachtung und Respekt zu zollen? Haben sie das nicht generell verdient? Müssen wir uns nicht mit aller Kraft und Einfallsreichtum, um die Steigerung der Attraktivität von Gesundheitsberufen sorgen? Sollten wir uns nicht längst über den Aufbau von Personalreserven in Medizin und Pflege Gedanken machen? Und schließlich: Gibt es neben systemrelevanten Berufen nicht auch systemrelevante Güter – Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Antibiotika et cetera –, die wir zukünftig im eigenen Land herstellen sollten, statt sie im Fall eines Falles so mühsam wie überteuert auf leergefegten Weltmärkten zusammenzusuchen?

Halten wir also einfach mal inne. Nehmen wir uns die Zeit und die Freiheit, Gesundheit völlig neu und anders zu denken. Trauen wir uns, in unserem Gesundheitssystem alles auf den Prüfstand zu stellen. Erlauben wir uns, unser Gesundheitssystem selbst aus- und – wo nötig – auch umzugestalten, statt es von Körperschaften öffentlichen Rechts bloß verwalten zu lassen. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich will kein staatliches Gesundheitssystem wie in Großbritannien oder Italien, in denen Behörden die medizinische Versorgung regeln. Ich will, dass wir überlegen, wie wir sicherstellen, dass die Menschen das Beste von dem bekommen, was Medizin und Pflege leisten können. Ich will einen Runden Tisch mit den relevanten Akteuren an dem die hier gestellten Fragen und viele anderen so leidenschaftlich wie phantasievoll diskutiert werden. An dem darüber nachgedacht wird, ob Gesundheit keine Querschnittsaufgabe und die Gesundheitswirtschaft nicht die neue Leitökonomie sein sollte und welche Beiträge hierbei Prävention, aber auch etwa Digitalisierung und Künstliche Intelligenz leisten können. An dem wir uns darüber verständigen, was uns Gesundheit wert sein sollte und welche Formen des Wettbewerbs wir fördern und welche wir stoppen sollten. Ich bin überzeugt, wir sparen an den falschen Stellen, wenn wir Pflegekräfte, Physiotherapeuten und Hebammen unzureichend entlohnen und zulassen, dass die Produktion systemrelevanter Güter wie Arzneimittel und Schutzkleidung in Ländern wie China oder Indien ausgelagert werden.

Die Krankenschwester, Begründerin der modernen westlichen Krankenpflege und Reformerin des britischen Gesundheitswesens, Florence Nightingale (1820–1910), wusste: „Gäbe es niemanden, der unzufrieden wäre mit dem, was er hat, würde die Welt niemals besser.“ Erlauben wir uns, wie Nightingale, kreativ unzufrieden zu sein. Kreative Unzufriedenheit hat nichts gemein mit bloßer Nörgelei, sondern ist ein starker Motor für Innovation. Noch ist Zeit, aus unseren Fehlern zu lernen und unser Gesundheitssystem besser und krisentauglicher zu machen. Auf die lange Bank sollten wir das nicht schieben. Denn das nächste Virus kommt bestimmt. Starten wir daher, am besten noch heute, einen gesunden Wettbewerb der Ideen. Rufen wir die vor uns liegende Dekade zu einem Jahrzehnt der Gesundheit aus. Die SARS-CoV-2-Pandemie hat gezeigt: Es gibt viel zu tun. Packen wir es an!

Der Autor ist Vorsitzender des Landesgesundheitsrates Bayern und Staatssekretär im bayerischen Bau- und Verkehrsministerium.

KOLUMNE
EZB: Das „Big Business“ profitiert
VON FELIX HEIDER

Die EZB beflügelt mit ihren gewaltigen geldpolitischen Maßnahmen die Investitionen in „grüne“ Projekte. Die Betreiber beispielsweise von Windkraftanlagen und Solarparks besitzen ohnehin schon ein hohes Vermögen. Dadurch findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Aber es bleibt nicht nur dabei: Durch die vermehrten Käufe von Unternehmensanleihen werden die Finanzierungskosten von Großunternehmen gesenkt. Mittelständler finanzieren sich selten am Anleihemarkt – von Kleinunternehmen ganz zu schweigen. Auch hier profitiert also „big business“, obwohl gerade kleine Unternehmen besonders durch die coronabedingten Einschränkungen belastet sind. Werden auch diejenigen an den Kosten der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise beteiligt, deren Einkommen direkt vom Staat kommt, wie zum Beispiel Politiker oder Beamte? Was ist mit den Angestellten der Parteiapparate oder den Beschäftigten in staatlich finanzierten NGOs? Hier könnte man auch über Einkommens Kürzungen nachdenken, welche zur Finanzierung der enormen Staatsdefizite beitragen. Die eigenständigen Unternehmer haben durch Umsatzeinbußen schon genügend gelitten. Geholfen wurde ihnen überwiegend durch neue Kredite und die Stundung von Steuerzahlungen – alles Maßnahmen, welche die Belastungen nur in die Zukunft verschieben.

Die Besitzer von Aktien, Anleihen, Immobilien oder Edelmetallen profitieren überproportional von den Rettungsmaßnahmen der EZB, denn ihr Eigentum wird vor Verlusten geschützt. Die Kosten dafür werden den zukünftigen Generationen durch eine erhöhte Staatsverschuldung aufgelastet. Es wird nochmals schwieriger werden, durch Ersparnisse vernünftig für das Alter vorzusorgen, weil die Zinsen niedrig bleiben werden und vermutlich sogar noch weiter fallen. Geschützt werden durch die Maßnahmen der Notenbanken vor allem Banken, Versicherungen, Pensionskassen oder Hedgefonds. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Haftung wird mit Füßen getreten – die Verluste der „Großen“ werden sozialisiert, während die Gewinne ausgeschüttet werden. Nur ein Gedankenexperiment: Hätte man die Billionen an Rettungsgeldern direkt an die Bürger überwiesen, dann wäre auch eine Stabilisierung der Konjunktur erreicht worden und die soziale Schere hätte sich eminent verkleinert.

Die Politik und die mit ihr verbundene Bürokratie gewinnen in der Krise an Macht und spielen sich als Retter auf. Anstatt die sozialen Folgen zu vermindern, werden diese noch verschärft. Unternehmerexistenzen gehen zugrunde und wir erben eine Wirtschaftsstruktur, bei der es der Mittelstand noch schwerer hat. Die Mittelschicht schrumpft und noch weniger Menschen können es sich leisten, eine politisch unerwünschte Meinung zu vertreten, weil ihre Einkommen zunehmend vom Komplex aus Politik und Großunternehmen abhängen. Am Ende wird diese Struktur als „Marktwirtschaft“ bezeichnet und antikapitalistisch-demagogisch ausgeschlachtet, was in Wahrheit das Ergebnis von Staatsinterventionen und weichem Sozialismus ist.



Der Autor hat als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Betriebswirtschaftslehre an der Universität Düsseldorf gearbeitet und bereitet sich zur Zeit auf das Priestertum in der Priesterbruderschaft St. Petrus vor. Foto: Privat Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.



Die Kuppel der Kirche der archäologischen Fundstätte al-Maghtas im Sonnenuntergang. Die Taufstätte, etwa 60 Kilometer südwestlich der Stadt Amman, steht auf der Liste des Weltkulturerbes. Foto: dpa

Ein Ort nah am Himmel

Das Jordanische Königshaus sucht Investoren für die traditionelle Taufstelle Jesu. Geplant ist der größte Kirchenkomplex des Nahen Ostens – in einem islamisch geprägten Land

VON JOHANNES ZANG

Wir empfehlen jedem, mindestens drei Stunden an diesem Ort zu verweilen.“ Das rät der lutherische Pfarrer Jonas Bodin, der von 2016 bis 2019 in Jordanien an der traditionellen Taufstelle Jesu, „al-Maghtas“, im Pilgerzentrum der lutherischen Kirche seelsorgerisch tätig war. Gruppen aus Hongkong und den USA, aus Tasmanien und anderen Weltgegenden empfing der aus Schweden stammende Pastor. „Tiefe spirituelle Erfahrungen miteinander teilen und sich gegenseitig begleiten zu können, wenn auch nur für kurze Zeit, ist ein großer Segen“, fasste der Pfarrer seine Erfahrungen zusammen, die er für das Magazin „Im Lande der Bibel“ verschriftlichte. Immer wieder erlebte der Theologe jedoch, dass viele Reisegruppen sich angesichts „voll verplanter“ Reiseprogramme nur 45 Minuten für die Taufstätte Jesu Zeit nehmen.

Für diesen Pilgermagnet – auch Bethanien jenseits des Jordans genannt – sucht das jordanische Königshaus nun Investoren und internationale Geldgeber. König Abdallah II. hat den Tourismus als lebenswichtig für die jordanische Wirtschaft und das Königreich bezeichnet. Die traditionelle Taufstelle Jesu ist dabei nur einer von mehreren Orten, für die internationale Investoren gewonnen werden sollen.

Jordanien kann nicht nur mit großartiger Wüstenkulisse, abenteuerlichen Wadis, Nabatäer-Erbe, römischer Vergangenheit und Kreuzfahrerarchitektur aufwarten, das Königreich ist Heiliges Land. Die nach archäologischen Befunden authentische Taufstelle Jesu liegt auf der Ostseite des Jordanflusses. Dass das wüstenartige, karge, menschenleere militärische Sperrgebiet östlich des Jordanrinnensals überhaupt zu neuem Leben erwachte, ist dem derzeitigen König zu verdanken. Bald nach der Thronbesteigung 1999 erklärte er 350 000 Quadratmeter Land zum Nationalpark und stellte allen Konfessionen Grundstücke für die Errichtung von Kirchen und Pilgerherbergen zur Verfügung. Mittlerweile sind sieben Kirchenbauten sowie ein Informationszentrum für Besuchergruppen samt Tagungsstätte entstanden – eines Tages sollen es zwölf Kirchen sein. Dann wird die römisch-

katholische Kirche laut Internetseite www.baptismsite.com mit 30 000 Quadratmetern über den „größten Kirchenkomplex des Nahen Ostens“ verfügen. „Dass so etwas möglich ist in einem islamisch geprägten Land, ist nicht selbstverständlich“, meint Heilig-Land-Kenner Dr. Georg Röwekamp, der den Deutschen Verein vom Heiligen Land in Jerusalem vertritt. Er erachtet es als „großen Gewinn für Pilgerreisen nach Jordanien, dass die Taufstelle Jesu zugänglich gemacht worden ist“. Das sei eine biblische Stätte, „die quasi von Anfang an zum ‚Pflichtprogramm‘ aller Pilger gehörte“. Dass dort die in Jordanien vertretenen Kirchen Gotteshäuser errichten durften und weiterhin dürfen, ist für Röwekamp „ein eindrucksvolles Zeichen für das gute Miteinander der Konfessionen und Religionen im Haschemitischen Königreich“. Dessen neueste Ambitionen sieht der Theologe jedoch skeptisch-kritisch: Zum einen verweist er auf die Nähe der Hotels am Toten Meer, die seiner Meinung nach den Bettenbedarf gut decken können, zum anderen auf die Corona-Pandemie. Jordanien ist bisher mit circa 1200 Infizierten, aktuell fünf Neuinfektionen am Tag und insgesamt elf Todesfällen vergleichsweise glimpflich davongekommen; in Israel beklagt man dagegen eine 50mal, im palästinensischen West-Jordanland eine etwa zehnmal so hohe Zahl an Infizierten. „Ob allerdings gerade in diesen Zeiten, wo aufgrund der Corona-Pandemie nicht abzusehen ist, wann der Tourismus wieder möglich ist“, Bedarf für neue Bauvorhaben besteht, erscheint Röwekamp „mehr als zweifelhaft“. Nicht wenige Reisegruppen fahren nicht nur ins Königreich, sondern entscheiden sich für eine Kombi-Reise nach Jordanien, Israel und Palästina.

Der theologische Leiter von Biblische Reisen GmbH in Stuttgart, Thomas Maier, kennt die Taufstelle ebenfalls bestens, ja er sitzt sogar im Auftrag der EKD im internationalen Gremium Bethany Beyond Jordan Board, welches über das eingangs erwähnte Pilgerzentrum der Evangelisch-lutherischen Kirche Jordaniens und des Heiligen Landes (ELCJHL) die Aufsicht ausübt. Gruppen, die mehr Zeit an der Taufstelle verbringen möchten, empfiehlt Maier das

„stimmungsvolle, direkt am Jordan gelegenen Russische Pilgerhaus“. Alternativ böten sich, da ist er sich mit Röwekamp einig, die Hotels in Sweimeh am Toten Meer an. Auch er äußert dieser Zeitung gegenüber Bedenken bezüglich der Investitionsabsichten des Königshauses. Welche Motivation, welches Ziel treibt den König da an? Maier verweist auf die andere Seite des nicht einmal zehn Meter breiten Jordans und mutmaßt: „Der Taufstellen-Massenbetrieb an der gegenüberliegenden israelischen Seite weckt natürlich Begehrlichkeiten. Ich kann nachvollziehen, dass man nun auf jordanischer Seite versuchen möchte, durch entsprechende Investitionen die Taufstelle Jesu verstärkt zu vermarkten.“ Maier hält jedoch die vorhandene Infrastruktur der Taufstelle für völlig ausreichend. „Manchmal ist weniger tatsächlich mehr!“, lautet seine Überzeugung.

Wolle Jordanien mehr Besucher an die Taufstelle locken, sollte man auf die Erhebung einer Eintrittsgebühr verzichten, meint Thomas Maier. Den aktuellen Eintrittspreis hält er für „befremdend“ und „recht hoch“. Schließlich, gibt der Theologe zu bedenken, handele es sich um eine Pilgerstätte. Da sollte der Zugang gratis möglich sein. Vom Taufort Jesu auf jordanischer Seite, 2015 zum UNESCO-Welterbe erklärt, ist Maier nach wie vor sehr angetan. „Er besticht durch seine Schlichtheit und das völlige Fehlen jeglichen religiösen Kitsches.“

„Die Taufstelle besticht durch ihre Schlichtheit und das völlige Fehlen jeglichen religiösen Kitsches.“

sches.“ Wäre es damit vorbei, sollte das Investitionsansinnen des Königshauses umgesetzt werden?

Richtiggehend „glücklich“ war Monsignore Max Pinzl aus dem Bistum Passau, als er nach vielen Heilig-Land-Reisen endlich einmal die Taufstelle Jesu in Jordanien besuchen konnte. Damals sah der langjährige Vorsitzende des DVHL in seiner Diözese die Ruinen der „alten Kirche und die zwei neuen Kirchen“. Das neue Investitionsvorhaben des Königshauses besorgt ihn, „dass die Wirtschaft Jordaniens damit angekurbelt, aber möglicherweise das Ökosystem nachhaltig geschädigt wird“. Das wäre in seinen Augen eine Katastrophe für die unberührte Natur dieser Region.

Das seit zehn Jahren bestehende evangelisch-lutherische Pilgerzentrum an der Taufstelle bietet Pilgern und Touristen jetzt schon einiges: Rundgänge auf dem Tell Elijah, wo nach biblischer Überlieferung der Prophet Elijah in den Himmel auffuhr, zur Taufstelle Jesu und zur Kirchenruine aus byzantinischer Zeit. Gruppen können außerdem Kirche und Tagungsstätte für Begegnungen, Gottesdienste, Taufen und TaufenerneuerungsLiturgien nutzen. Falls gewünscht, kann das Zentrum auch Gottesdienste direkt am Jordanufer ermöglichen. Zudem ist es angemessen gekleideten Pilgern gestattet, auch die orthodoxen Kirchen mit ihren wunderschönen Ikonostasen zu betreten und dort zu beten und zu meditieren. Theologe Röwekamp gibt gegenüber unserer Zeitung Folgendes zu bedenken: „Insgesamt ist der Besuch für jede Gruppe ein Gewinn – kann man doch hier theologisch-biblisch einen weiten Bogen spannen von Mose über Elijah bis zu Johannes und Jesus.“

Pfarrer Jonas Bodin hat seine Zeit im Pilgerzentrum als Segen und Herausforderung erlebt, lebt man doch weit abgelegen in der Wüstenwildnis, ohne Nachbarn, ohne soziales Umfeld. „Es ist ein besonderer Ort, ein Ort nahe am Himmel“, urteilt er trotz allem oder vielleicht gerade deswegen. Mit Gruppen hat er oft die Erfahrung machen dürfen, „dass der Himmel hier offen ist und der Geist uns hier an diesem Ort besonders bewegt“. Kann man etwas Schöneres über eine heilige Stätte sagen?

52

Eine Mehrheit von 52 Prozent der Deutschen gibt an, dass die katholische Kirche auf sie intern zu zerstritten wirkt, als dass sie ihnen Halt und Orientierung geben könnte. Das hat eine repräsentative Umfrage von INSA im Auftrag der „Tagespost“ ergeben.

Für 13 Prozent ist dies nicht der Fall und 22 Prozent wissen nicht, wie sie dazu stehen.

Die jüngsten Befragten stimmen der Aussage am wenigsten stark zu (38 %; 17 % Ablehnung).

Größte Zustimmung zur Aussage kommt von den ab 60-Jährigen, die zu 61 Prozent zustimmen und lediglich zu elf Prozent ablehnen (17 % „weiß nicht“, 12 % „keine Angabe“).

Katholiken stimmen der Aussage zu 50 Prozent zu. 55 Prozent der Konfessionslosen ebenfalls.

Eine Oase des Streits

Auf dem Berg Athos rumort es: Einigen Mönchen ist der Patriarch nicht orthodox genug **VON BARBARA WENZ**

Die griechische Mönchsrepublik Athos – für viele auch nichtorthodoxe Christen ein Bollwerk von Tradition und authentischem christlichen Glauben. Friedlich müsste es dort zugehen, könnte man meinen. Doch im Juli dieses Jahre ist ein Konflikt endgültig eskaliert, der schon seit vielen Jahren schwelt. Am 8. Juli hatte nämlich der griechische Verfassungsgerichtshof die „Zeloten“ genannten aufmüpfigen ultraorthodoxen Mönche zur Räumung ihrer Abtei Esphigmenou aufgefordert. Darauf folgte am 24. Juli ein groß angelegter Polizeieinsatz auf einem außerhalb der autonomen Republik Athos liegenden Klostergut, bei dem das Gut selbst und ein Pilgerhospiz geräumt wurden.

Nun geht es um das Kloster Esphigmenou selbst, eines von 20 Klöstern auf dem Athos nahe der Hauptstadt Karyes, im Norden der Halbinsel, in dem sich an die 110 Mönche hinter den Wehrmauern aus dem 13. Jahrhundert verschanzt haben und bei der letzten Auseinandersetzung vor einigen Jahren auch nicht zögerten, gegen die von Regierungsseite eingesetzten Bulldozer mit Molotow-Cocktails – so berichtete jedenfalls die säkulare Presse – vorzugehen.

Der Athos ist ein Faszinosum, für westliche – jedenfalls männliche – Gottsuchende, die Frauen dürfen ihn ja nicht betreten, ein regelrechtes Eldorado, ein Phänomen, das im römisch-katholischen Kosmos seinesgleichen sucht. Für orthodoxe Gläubige hat er Leuchtturmfunktion, so abgeschottet diese Welt für sich zu sein scheint, so viele spirituelle Impulse gehen immer wieder von ihr aus. Eine Bastion des alten christlichen Glaubens, eine Oase des Friedens in einer unruhigen, krisen- und kriegsgeschüttelten Welt, so schien es den meisten Beobachtern. Ein Dokumentarfilm zum Athos trägt deshalb den bezeichnenden Titel „Im Jenseits dieser Welt“. Er ist Teil der griechischen Halbinsel Chalkidiki und seine Ur-

sprünge lassen sich auf das frühe Christentum zurückverfolgen, wenngleich historische Belege für Klostergründungen dort „nur“ in das 9. Jahrhundert reichen. Der Athos ist zudem UNESCO-Weltkulturerbe.

Es gibt dort nicht nur griechische orthodoxe Klöster und Mönche, sondern auch rumänische, georgische, bulgarische, serbische, sogar italienische und auch russische. Mit den Russen gab es zuletzt eine größere Auseinandersetzung, denn um die vorletzte Jahrhundertwende probten rund eintausend russische Mönche auf dem Athos den Aufstand gegen den Heiligen Synod und wurden daraufhin von griechischen Sicherheitskräften auf Geheiß des russischen Botschafters in Istanbul vertrieben und nach Russland deportiert.

Der aktuelle Konflikt schwelt schon seit mehreren Jahren und richtet sich in erster Linie gegen Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel, dem 270. Nachfolger des Apostel Andreas, dessen Amtssitz sich im heutigen Istanbul befindet. Bartholomaios hält das Amt schon seit 30 Jahren inne, als Ökumenischer Patriarch ist er der Primus inter pares aller autokephalen orthodoxen Kirchen. Und er hat zahlreiche Feinde. Türkische Ultranationalisten hatten schon einen Mordanschlag geplant, die Grauen Wölfe sammelten Unterschriften gegen seine Person und sein Amt, die türkische Regierung erkennt ihn nicht an. Den Mönchen von Esphigmenou ist er zu liberal, zu sehr an Ökumene und an einem Dialog der Religionen untereinander interessiert. Für sie ist er vom wahren Glauben abgefallen, denn er habe mit dem Papst gebetet und sei noch dazu ein Teil der sogenannten Neuen Weltordnung.

Die Männer sind bereits seit einigen Jahren vom Patriarchen aus der Kirche ausgeschlossen worden, den sie wiederum ihrerseits als Häretiker verachten. Angeführt von ihrem Abt Methodios weigern sie sich seit Jahren beharrlich, ihr berühmtes Klos-

ter zu verlassen, aus dem der Gründer der Kiewer Lavra, des Höhlenklosters von Kiew, der heilige Antoni Petscherski stammt, obwohl ihnen die Athos-Regierung bereits freien Abzug in ein anderes Kloster ihrer Wahl gewährt hat.

Schon im Jahre 2011 wurden vierzehn Mönche des Christi-Himmelfahrt-Klosters Esphigmenou zu sechs Monaten Haft verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, einem entsprechenden Gerichtsurteil zur Räumung des Klosters Folge zu leisten. Ende Juli dieses Jahres ging der Kampf in die nächste Runde und scheint zu eskalieren. Seit dem ersten Gerichtsurteil leben die Mönche von Esphigmenou in einem regelrechten Belagerungszustand. Alles, was sie benötigen und nicht selbst auf ihren Feldern anbauen oder in ihren kleinen Werkstätten herstellen können, muss per Fischerboot ins Kloster hineingeschmuggelt werden – der einzige Weg, das Kloster überhaupt zu erreichen.

Die Haltung zu Rom spielt auch eine wichtige Rolle

So führen sie ihren Kampf vor allem auch mithilfe der neuen Medien und in mehreren Sprachen: Es gibt ein Blog in griechischer Sprache, eine englische Webseite mit Informationen über das Kloster, einer Möglichkeit, mittels Paypal für die orthodoxe Sache zu spenden und natürlich einen Twitteraccount, der neben einem Foto des pittoresken Klosters auch einen Schnappschuss zeigt, wie einer der Mönche gerade von einem Polizisten abgeführt wird. Auf der englischsprachigen Webseite haben die Mönche Presseberichte zusammengestellt und dokumentiert, außerdem einen kritischen Brief an den Patriarchen, aus dem Jahre 2006 datierend, den damals noch alle zwanzig Athos-Klöster gemeinsam unterzeichnet hatten. In ihrer Verantwortung für die Heilige Tradition und die Gläubigen ste-

hend, heißt es dort, müssten sie unter Schmerz erklären, dass sie nicht mit dem gemeinsamen Gebet des Papstes, das der Patriarch anlässlich des Besuches aus Rom vorgenommen hat, einverstanden seien, denn diese und andere liturgische Treffen würden den Eindruck machen, als würde die orthodoxe Kirche die römischen Gläubigen und den Papst als kanonischen Bischof von Rom akzeptieren. Ebenfalls hätte der Gegenbesuch des orthodoxen Erzbischofs im Vatikan einen großen Quell von Schmerz in ihren Herzen verursacht. Und das sei alles umso schlimmer deswegen, weil die päpstliche römische Tradition nichts an ihren häretischen Lehren geändert hätte.

Die Wurzeln dieses Konfliktes sitzen tief und die Erbitterung währt schon gut eintausend Jahre – also seit dem Morgenländischen Schisma. Doch zugrunde liegen auch einige innerorthodoxe Streitigkeiten; unter anderem brachte die Kalenderreform vom julianischen zum gregorianischen (auch noch dazu ein römischer Papst ...) bereits in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erheblichen Unfrieden und Streit, ähnlich übrigens der Situation bei den Römisch-Katholischen nach der Liturgiereform. Schon damals entfernten die Athos-Klöster, bis auf ein einziges, das auch den neuen Kalender übernahm, den Namen des damaligen Ökumenischen Patriarchen aus allen liturgischen Fürbitten.

Auf der Kampfstandarte des Klosters Esphigmenou steht der Wahlspruch nachzulesen: „Orthodoxie oder Tod!“ Die Männer scheinen zum Äußersten bereit, wozu auch gehört, als Märtyrer für die Rechtgläubigkeit zu sterben. Für die Sache mit dem Molotow-Cocktail zumindest haben sie eine andere Erklärung: Der Bulldozer hätte versucht, eine Wand einzudrücken, hinter der ein Mitbruder stand. Man habe daraufhin einen brennenden Lappen als Notsignal und Alarmzeichen geworfen.

GLOSSE

Kantig und integriert

VON HOLGER FUSS

Es gibt vielfältige Zugänge, um in der Politik Karriere zu machen. Von Integrationsbeauftragten sind bislang keine spektakulären Aufstiege in der politischen Hierarchie bekannt. Dies könnte sich ändern. Anfang August hat die parteilose Journalistin Güner Yasemin Balci ihr Amt als Integrationsbeauftragte in Berlins Problembezirk Neukölln angetreten. Balci ist im Kiez geboren, ihre Eltern stammen aus der Türkei – kein Wunder, dass sie sich gegen 78 Mitbewerber durchsetzen konnte. Erwartbar die Proteste, die Linke und Grüne aufziehmännchengleich zu Protokoll geben. Die Neuköllner Linkspartei beanstandet: „Frau Balci ist für Aussagen wie ‚Der Islam ist eine geladene Waffe‘ bekannt.“ Die Grünen-Abgeordnete Susanna Kahlefeld postet: „Was für eine bizarre Fehlbesetzung! Hey, hier ist nicht mehr Buschkowsky-Time.“ Hey, dürfte die Verunsicherung von Balcis Gegnern daher kommen, dass die 45-Jährige wiederholt auf kulturbedingte Assimilationsprobleme muslimischer Einwanderer hingewiesen hat und identitätspolitische Schönredner sie nicht auf routinierte Weise mit der Rassis-

muskeule zum Schweigen bringen können? Als kantige Persönlichkeit könnte Balci Wählerherzen erobern.



Es geht auch anders: Dieser Athos-Mönch greift statt Molotow-Cocktails lieber zur Kamera, um friedlich die Natur der Umgebung zu fotografieren. Foto: dpa

Bild der Woche

Die Kette von Anschlägen auf Kirchen in Nicaragua reißt nicht ab. Vergangenen Freitag traf es die Sakramentskapelle der Kathedrale von Managua. Täter: unbekannt. Fast völlig zerstört wurde dabei ein Kruzifix aus dem 17. Jahrhundert. Die Erzdiözese Managua sprach laut „Kirche in Not“ von einem „Terrorakt“ und widersprach damit der Vizepräsidentin Nicaraguas. Sie hatte erklärte, der Brand sei durch brennende Kerzen ausgelöst worden.

Foto: AFP/O. NAVARRETE



Gewundene Wege zu Gott

Zwei Männer, zwei ungewöhnliche Lebensläufe: Im Juni wurden sie zu Priestern geweiht VON JOSEFINE JANERT

Dominik Żyła ist schon daran gewöhnt, dass Menschen in Deutschland nach der Aussprache seines Nachnamens fragen. „Dschywa“ wiederholt der dunkelhaarige Mann mehrmals. Als es gelingt, lächelt er. Auch die Frage, warum er als Priester ausgerechnet in dem Land lebt, das so eine schmerzvolle Geschichte mit seiner Heimat Polen verbindet, hat der 44-Jährige offenbar schon oft beantwortet. Das sei eben Gottes Weg für ihn, sagt er routiniert, „eine Gottesfügung. Ich komme zurecht mit den Deutschen“, erklärt Dominik Żyła. „Ich habe da keine Vorurteile, weil die Dinge, die passiert sind, jetzt Vergangenheit sind.“

Er finde es allerdings schade, dass viele Deutsche so wenig wissen über die Geschichte Polens. Dass die Nachbarstaaten Polen mehrfach unter sich aufgeteilt hatten, sei vielen Deutschen nicht bewusst. Und auch nicht, welche Gräueltaten während der deutschen Okkupation Polens im Zweiten Weltkrieg geschahen. „Das war schlimmer als die deutsche Besatzung in Frankreich oder Holland, davon weiß man hier wenig“, sagt Żyła und seufzt.

Ein schwieriges Thema. Dabei fühlt er sich wohl in seiner Herz-Jesu-Gemeinde im Südwesten der Hauptstadt. Hier in Berlin-Zehlendorf ist das Bildungsbürgertum zu Hause. Inzwischen sind es auch viele Familien aus Spanien, Portugal, afrikanischen Staaten und eben Polen. „Die Gemeinde ist bunt“, sagt Dominik Żyła. Das gelte im Übrigen auch für andere katholische Gemeinden in Berlin. Diese katholische Vielfalt sei mit ein Grund dafür, dass er sich in der Stadt zu Hause fühlt.

Am 13. Juni wurde Dominik Żyła zusammen mit vier anderen Männern im Erzbistum Berlin zu Priestern geweiht. Ein Mitschnitt auf dem Portal Youtube, der inzwischen immerhin 5 200 Mal angeklickt wurde, zeigt, wie die Zeremonie in Corona-Zeiten vor sich ging. Immer wieder musste sich Erzbischof Heiner Koch vor dem Handauflegen die Hände desinfizieren. Und die Männer mussten andauernd ihren Mundschutz an- und wieder ablegen. Trotzdem war der Akt stimmungsvoll. Die Kirche war voll, aber gleichzeitig auch leer, weil die anwesenden Familien den Corona-Sicherheitsabstand zwischen sich ließen. Eine un-

gewöhnliche Situation, die Dominik Żyła trotzdem genossen hat. „Die Pandemie hat mir geholfen, mich auf das Wesentliche zu konzentrieren, auf diesen Moment, in dem Gott mir die Gnade schenkt, als Priester geweiht zu werden“, sagt er.

Hinter Żyła liegt ein weiter Weg. Das ist typisch für Männer, die sich heutzutage für das Priesteramt entscheiden. Früher war es üblich, dass Männer schon nach der Schule diese Richtung einschlugen. Heute haben viele die Dreißig oder Vierzig überschritten. Dieses Plus an Lebenserfahrung mag ihnen dabei helfen, Menschen aus ihrer Gemeinde besser zu verstehen, die sich in einer schwierigen Situation an ihren Geistlichen wenden.

Nur Gott gibt Erfüllung und inneres Glück

Mit neun Jahren, zu seiner Erstkommunion, habe er bereits daran gedacht, Priester zu werden, erzählt Dominik Żyła. Doch obwohl er in Polen in einer katholischen Familie aufgewachsen ist, hielt er seinen Wunsch damals für abwegig. „Ich habe mir gesagt: Nein, das ist zu schwierig. Das ist verrückt. Das versteht keiner“, erinnert er sich. „Deswegen wollte ich mein eigenes Leben schaffen: Familie, ein Haus, eine Arbeit.“ Als junger Mann sei er „in Alkohol,

Drogen, Sexualität eingetreten. Das Ganze hat mich von Gott getrennt. Aber Gott war treu zu dieser Berufung.“

Żyła studierte Öffentliche Verwaltung, nahm einen Job im Hafen der polnischen Stadt Swinemünde an. Den gab er 2007 auf, um ins Priesterseminar einzutreten. Schon kurz nach der Jahrtausendwende hatte er sich für den Neokatechumenalen Weg entschieden. Diese Bewegung innerhalb der katholischen Kirche geht auf den spanischen Geistlichen Kiko Argüello zurück. Die Mitglieder wollen ihre Glaubenserfahrungen mit anderen Menschen teilen und sie so für die Kirche gewinnen.

Auch jetzt, nach seiner Priesterweihe, trifft sich Dominik Żyła in Berlin weiter mit Anhängern des Neokatechumenalen Wegs. Seinen Zick-Zack-Weg zum Priesteramt kommentiert er so: „Ich habe ganz liberal gelebt und die Regeln der Kirche missachtet. Ich habe alles ausprobiert und gesehen: Das bringt kein Glück! Das bringt eine innere Leere. Nur Gott gibt Erfüllung und inneres Glück!“

In der Sankt-Nikolaus-Gemeinde in Berlin-Reinickendorf ist Thomas Kaiser tätig, der ebenfalls im Juni zum Priester geweiht wurde. Kaiser ist ein zurückhaltender Mann von 39 Jahren, ebenfalls mit einer besonderen Geschichte. Seine Mutter ist evangelisch, erzählt er. Doch in der DDR-

Zeit sei sie aufgefordert worden, ihren Glauben zu verbergen. Das war so üblich bei pädagogischen Berufen – Thomas Kaisers Mutter arbeitete in einem Kindergarten. „Einmal hat sie mich zur Seite genommen und hat mit mir das Vaterunser gebetet, um mir zu zeigen, was ein Gebet ist“, erinnert er sich. „Aber sonst gab es bei uns zu Hause keine Berührungspunkte mit dem Glauben.“

Diese fand Thomas Kaiser über die Musik. Als Jugendlicher stieß er zufällig auf eine Zeitungsanzeige. Die evangelische Gemeinde hatte einen Gospelchor gegründet und suchte Mitstreiter. Er ging hin – ließ sich mit 20 Jahren evangelisch taufen und studierte in Greifswald Kirchenmusik. Auf einer Fahrt zum ökumenischen Männerorden von Taizé in Frankreich öffnete sich eine weitere Tür für ihn. „Beim ersten Betreten der Kirche hatte ich einen kurzen Augenblick eine Gotteserfahrung, so würde ich es nennen“, sagt Kaiser. „Für einen ganz kurzen Augenblick spürte ich eine Liebe oder eine innere Wärme, die mein Leben verändert hat. Ich bin als anderer Mensch wieder zurückgekehrt.“

Nach diesem Erlebnis habe er in seiner evangelischen Gemeinde „irgendetwas vermisst“ – und es in der katholischen Gemeinde von Greifswald gefunden, wo er vertretungsweise Orgel spielte. „Heimatgefühl“ nennt es Thomas Kaiser: „Im Nachhinein weiß ich, dass es mit der Gegenwart von Christus im Tabernakel zutun hat.“ 2007 konvertierte er – und begann den langen Weg zum Priesteramt. Er studierte Katholische Theologie in Bamberg und Erfurt.

Thomas Kaiser hat eine Wohnung im Norden Berlins und lebt ein modernes Leben: Er verabredet sich mit Freunden zum Joggen, unternimmt Radtouren auf dem Mauerweg, der den ehemaligen Verlauf der deutsch-deutschen Grenze markiert. Vor der Pandemie ging er auch gern mal zu einem Konzert der Heavy-Metal-Band Iron Maiden.

Egal, ob solche harten Klänge oder eine Bachkantate – Musik hat es ihm nach wie vor angetan: „Sie geht mir nahe und macht mich innerlich sehr lebendig. Und ich denke, dass Gott diesen Weg bei mir gefunden hat, um mich Stück für Stück durch das Leben zu führen.“

BEIM NAMEN GENANNT



Das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Piusbruderschaft ist nach den Worten ihres deutschen Distriktoberen **STEFAN PFLUGER** von einem „Time-out“ gekennzeichnet. Es gebe aktuell weder eine weitere Entfernung noch eine Annäherung, sagte Pfluger in einem Interview der Katholischen Nachrichten (KNA). Laut Pfluger gab es vergangenen Jahrzehnt „ein Hin und Her, bei dem es – vereinfacht formuliert – immer darum ging, ob wir vorbehaltlos alles akzeptieren, was beim Zweiten Vatikanischen Konzil beschlossen wurde“. Theologisch gehe es darum, ob es eine für alle geltende Glaubenswahrheit gebe. Aus Sicht der Piusbruderschaft stünden dem Dokumente des Konzils entgegen, etwa das Papier zur Religionsfreiheit.

PAPST FRANZISKUS hat zum Gebet und zur Unterstützung für die Opfer der Explosionen in Beirut aufgerufen. Alle politischen, religiösen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger müssten sich an der Bewältigung „dieser tragischen und schmerzhaften Situation“ beteiligen, so der Papst bei seiner Ansprache zur Generalaudienz im Vatikan. Bei zwei Explosionen im Hafengebiet von Beirut waren am Dienstagabend mindestens 100 Personen ums Leben gekommen, rund 4 000 wurden verletzt. Die Druckwelle der Explosion in einer Lagerhalle des Hafens war massiv. In der Halle sollen 2 750 Tonnen hochexplosives Ammoniumnitrats gelagert gewesen sein.

Der von einem Skandal um Schmiergeldzahlungen bedrängte spanische Ex-König **JUAN CARLOS** verlässt seine Heimat und zieht ins Ausland um. Das teilte der 82-Jährige seinem Sohn und Nachfolger Felipe VI. in einem veröffentlichten Brief mit. Mit seiner Entscheidung wolle er dazu beitragen, die Ausübung der Arbeit seines Sohnes als Staatschef zu erleichtern, „angesichts der öffentlichen Auswirkungen, die gewisse vergangene Ereignisse derzeit verursachen“, so Juan Carlos.



Angekommen am Altar: Dominik Żyła und Thomas Kaiser.

Foto: JJ

32 Aussprache

MOMENT MAL

Verehrte Leser, vergangene Woche ist die neue Ausgabe unserer Beilage zum Synodalen Weg „welt&kirche“ erschienen. „Wie geht Evangelisierung?“, haben wir gefragt. Autoren, die mit der Glaubensverkündigung in Theorie und Praxis vertraut sind, machten sich Gedanken und waren sich einig: mission is possible. Sie können gerne kostenlos Exemplare der Beilage bei uns bestellen. Sie erreichen uns unter info@die-tagespost.de oder zu den üblichen Bürozeiten unter 0931/30863-0. Wir haben noch genügend Exemplare vorrätig. Ihre Bekannten freuen sich sicher über die klugen Gedanken zur Neuevangelisierung. Jederzeit können Sie zudem die aktuelle wie die bereits erschienenen Ausgaben von „welt&kirche“ auf unserer Seite www.die-tagespost.de ausdrucken oder als pdf herunterladen oder weiterleiten. Sie finden sie unter dem Menüpunkt „Synodaler Weg“. Wir freuen uns zudem über Ihre Rückmeldung zu den Inhalten der Beilage. Richten Sie Ihre Zuschriften bitte an leserbrief@die-tagespost.de. Gute Lektüre!

IHRE REDAKTION

Zukunft des Priesterberufs

Bischöfe vernebeln Priesterbild

Regina Einig hat sich in ihrem Artikel „Gold unter der Kruste“ (DT v. 23. Juli 2020) wie gewohnt kenntnisreich, informativ und urteilssicher mit der traurigen Tatsache der geringen Zahl von Priesterweihen in Deutschland befasst. Einen Aspekt möchte ich zusätzlich unterstreichen. Ich habe noch Bischöfe – auch in unserem Land – wie selbstverständlich sagen hören: Ohne meine Priester wäre ich völlig hilflos, ohne sie könnte ich meine apostolische Aufgabe nicht erfüllen. – Inzwischen haben zu viele Bischöfe bei uns dazu beigetragen, das Priesterbild in einen Nebelschleier geraten zu lassen. Das böse Totschlagwort vom zu überwindenden „Klerikalismus“ war bis in höchste kirchliche Kreise zu vernehmen. Aber dieses Schlagwort war ohne präzisen Inhalt, den sich jeder nach seinem Gusto ausmalen kann. Und so geschieht es denn auch. Ein erster Aufschrei gegen die kürzlich veröffentlichte Instruktion der Kleruskongregation verstieg sich zu der Bemerkung, wenn nur ein Priester einer Pfarrei verantwortlich vorstehen kann, bedeutet das die Zementierung des Klerikalismus. Noch wehrt man sich nicht dagegen, dass nur ein Geweihter (Bischof oder notfalls Priester) einer Teilkirche (Diözese) vor-

stehen kann, obwohl man diese Tatsache doch in derselben Logik als Ausdruck eines Superklerikalismus ansehen müsste. Allerdings haben wir ja keinen Bischofsmangel zu beklagen. Immerhin: Sieht man von anderen Faktoren ab, die zur geringen Zahl geistlicher Berufungen beitragen, muss man doch die wenigen jungen Männer bewundern, die bei einem – auch medial verstärkten – so schwach gezeichneten Priesterbild den Schritt wagen, auf ihre Berufung mit Bereitschaft zu antworten. Die Priester müssen ihres Bischofs ganz sicher sein können, und zwar auch darin, dass die Priester die ersten und unentbehrlichen Mitarbeiter ihres Bischofs sind. Das ist ein herausragendes Element einer verantwortungsvollen Berufungspastoral. Allerdings geht es letztlich um das katholische Kirchenverständnis. Frau Einig erwähnt in ihrem Artikel die Aussage des Aachener Priesters Heinz Portz: Die katholische Kirche brauche eine Rückbesinnung auf ihr sakramentales Wesen. Damit hat er ins Schwarze getroffen. Das eigentliche Problem der Kirche in unserem Land und in manchen Gegenden der westlichen Welt liegt darin, dass die Kirche immer mehr die Grundlagen ihrer göttlichen Sendung durch Jesus Christus und die bevollmächtigte Sendung an die Apostel für nicht mehr so wichtig erachtet und sie schließlich vergisst. Die Kirche wird so schleichend verändert zu einem mit viel Einsatz und oftmals auch mit gutem Willen religiösen Verein. Das darf niemals geschehen. Das walte Gott! Prof. Dr. Winfried Aymans, München

Kirche und Umweltschutz

Öko-Religion ist Realität

Natürlich hat Ulrich Steiner in seinem Leserbrief (DT vom 30. Juli) Recht, wenn er schreibt: „Am Handeln der Kirche ist nicht zu kritisieren, dass die ökologische Thematik aufgegriffen wird.“ Ebenso, wie es spätestens seit „Rerum novarum“ eine katholische Soziallehre gibt, ist es nicht nur legitim, sondern auch verpflichtend, dass die Kirche sich zu dem überaus wichtigen Thema positioniert. Das war aber nicht Absicht des ausgezeichneten Beitrags „Volkskirche ohne Volk“ von Norbert Bolz, weshalb der Vorwurf zurückzuweisen ist, er vermeide, „sich mit der empirischen Faktenlage über die physischen Zusammenhänge unserer Lebensgrundlagen auseinanderzusetzen zu müssen“. Der pseudoreligiöse Charakter im Zusammenhang mit Natur- und Klimaschutz, den Bolz thematisiert, ist mit Händen zu greifen und ist sogar diesem Schutz selbst

keineswegs dienlich. Der leider so jung verstorbene Reinhard Löw, Mitarbeiter von Robert Spaemann, schrieb in einem lesenswerten Essay bereits 1989, „dass aus dem gutgemeinten Gedanken einer Tabuisierung der Natur bei seiner Umsetzung in die Praxis vermutlich die absolute Willkür einiger Entscheidungsträger“ entstehe und so „der Begründungsversuch“ doch in die „Gruppe der anthropogenen Nutzungsargumente“ falle. Tatsächlich wurde jüngst der Idealismus der Jugend im Sinne der von bestimmten Milliardären finanziell gestützten Fridays for Future-Demonstrationen für deren Ziele missbraucht. Sogar die Geburt von Kindern wurde als klimaschädlich denunziert. Im Sinne unseres christlichen Glaubens erwächst nach Löw nun aber aus der „Mitgeschöpflichkeit des Kosmos und seiner Wesen mit dem Menschen ... eine Dimension von Verantwortung des Menschen auch nicht-menschlichen Wesen gegenüber“; in diesem Sinne könne man von der „Heiligkeit der Natur“ sprechen. Dagegen wird in der katholischen Kirche gegenwärtig umgekehrt der christliche Glaube oft für rein innerweltliche Ziele verzweckt, die selbst pseudoreligiös aufgeladen werden. Die Enzyklika „Laudato si“ etwa lobt ohne Einschränkung die Erd-Charta und die Ziele der UNO (im Sinne der Agenda 2030) sowie deren einschlägige NGOs, die besonders auch die Abtreibung als angebliches Menschenrecht auf ihre Fahnen geschrieben haben und bei denen die „Mutter Erde“ dahin tendiert, den Rang des göttlichen Schöpfers einzunehmen, wie vielfach belegt werden kann. Prof. Dr. Lutz Sperling, Magdeburg

Christliche Weltverachtung?

Unterschiedliche Sichtweisen

Durch den Artikel „Die Antwort“ (DT vom 16. Juli) wurde ich erstmals auf eine Autorin namens Beile Ratut aufmerksam. Anders als die Leserbriefschreiberin Dr. Friederike Hoffmann-Klein konnte ich bei dieser Autorin keine „verkehrte Sichtweise“ auf die Realität, vor allem auf die menschliche, erkennen. „Gott sah, dass es gut war“ – das war bitte vor der Sintflut. Danach war die Rede Gottes eine ganz andere: „Der Trieb des menschlichen Herzens ist zum Bösen geneigt von Jugend an“ (Gen 8,21). Auch Jesus hatte keine allzu gute Meinung von seinen Zeitgenossen; bezeichnete er sie nach Mt 12,39 doch explizit als „böses und ehebrecherisches Geschlecht“. Und wer könnte behaupten, dass sich das Menschengeschlecht in den letzten zweitausend Jahren gebessert hätte. Der Apostel Paulus mahnt die Christen in Röm 12,2 ausdrücklich: „Macht euch nicht die Art dieser Welt zu eigen, sondern wandelt euch um durch Erneuerung eures Denkens, ...“ Und die Geringschätzung „weltlicher Belange“, die Paulus in 1 Kor 7, 29–31 predigt, hat es erst recht in sich. Ein Letztes: Mir persönlich liegt die (gemäßigte) Contemptus Mundi Spiritualität des Mittelalters allemal näher als die grenz-esoterische Wohlfühlmentalität, die heute in zahllosen Publikationen und Vorträgen unsere Volk gebracht wird – gerade auch von christlichen Autoren und „geistlichen Begleitern“. Dr. Johann Hahn, A-4320 Perg

Ökumenisches Eucharistie-Votum

Kontroverse Haarspalterei

Dass uns der Synodale Weg auf den Protestantismus zutreibt, ist sicher, aber das liegt an soziologischen Strukturen (Kirche von unten/synodaler Aufbau und damit demokratisch gewähltes Beamten-Priestertum statt Weihegewalt sowie die Marienverehrung im heutigen Frauenbild der „Frauen-power“) und nicht am Eucharistie-Verständnis. Hier längst überholte Streitigkeiten vergangener Jahrhunderte,

reformatorischer wie gegenreformatorischer Propaganda wieder auszugraben, verletzt die Liebe wie die Wahrhaftigkeit. Das galt schon für die Haarspalterei und bewusst kontrovers ausgelegten Texte im Artikel von Kardinal Cordes in der vorletzten „Tagespost“, gestützt von Bischof Algermissen, und prägt jetzt wieder diesen „Bei(?)“-trag von P. Prossinger: Warum die Lutheraner auf ein extrem calvinistisches Bekenntnis des 16. Jahrhunderts festnageln? Mit welcher Arroganz kritisieren beide die evangelische Position, anstatt diese selbst zu Wort kommen zu lassen? Die Evangelischen könnten uns ebenfalls viel vorwerfen, wenn sie auf unsere Praxis schauen: Glauben wir mit der „Transsubstantiation“ an einen mittelalterlichen Begriff aus heidnischer Philosophie oder an den lebendigen Christus? Wird das Sakrament, das wir für ein Anliegen aufopfern und bezahlen, nicht magisch verdinglicht? Bringt Gewohnheits-Kommunikanten diese Speise nicht das Gericht? Dieses Gezänk um Seinen Leib und Sein Blut kann dem Herrn nicht gefallen. Sind wir damit den Pharisäern nicht schon ähnlich? Karl Walter, Trier

Frankfurter Ökumene-Papier

Tabernakel wegen Ökumene weglassen?

Das 2019 in Frankfurt vorgestellte ökumenische Theologenvotum „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ unterstreicht legitime, geschichtliche, ursprüngliche, bunte Vielfalt der Mahltraditionen. Die gibt es bestimmt in den Formen, ja. Aber auch im dogmatischen Kern? Luther sagte 1533 ausgerechnet in Frankfurt, es sei ihm schrecklich zu hören, dass in einer Kirche die einen glauben, sie empfangen nichts als Brot und Wein, die anderen den wahren Leib und das wahre Blut Christi. Es ist zu bezweifeln, dass das Problem der Bekenntnisverschiedenheit nach der im Text vielfach zitierten Leuenberger Konkordie von 1973 gelöst ist. Es hat sich ins Subjektivistische aufgelöst. Jeder scheint berechtigt, sich zur heiligen Kommunion seine eigenen Gedanken zu machen. Schon Kardinal Kasper fragte, ob Luther und Leuenberg wirklich zusammenpassen. Jedenfalls sind im ökumenischen Votum harte Begrifflichkeiten aller lutherischen Bekenntnisse und katholischerseits der Dekrete des Trienter Konzils vom „wahren“, „wahrhaften“, „wirklichen“, „wesentlichen“ Leib und Blut Christi per Suchfunktion nicht zu entdecken. Das ist ein Mangel. In Leuenberger Weichheit heißt es: „Brot und Wein im Mahl repräsentieren Jesus Christus. Der Geber ist in seiner Gabe personal präsent. So ist das Mahl (...) vergegenwärtigendes Zeichen der Anwesenheit (...) Jesu Christi.“ Bischöfe der SELK (Selbständige Ev.-Luth. Kirche) sagen zu Recht: Die Realpräsenz des wahren Leibes und Blutes Christi wird zur Personalpräsenz Christi und ins Symbolische aufgelöst. Das sakramentale Geschehen wird spiritualisiert. Sie sind enttäuscht, dass Katholiken sich „gründlich“ und „hurtig“ von katholischer Lehrtradition abwenden. Sie sagen Nein zum Frankfurter Papier. Ein Beispiel zuletzt: Gegenwart Christi ist laut Votum den eucharistischen Gaben nur bei „stiftungsgemäßem Gebrauch“ verheißten. Darunter verstehen fast alle Protestanten: nur bis zum Genuss der Kommunion. Da nun laut Votums-Rat alles zu vermeiden ist, was den ökumenischen Partner stört, stellt sich die Frage: Sollen Katholiken aus ökumenischer Höflichkeit Tabernakel und Fronleichnam und anderes spezifisch Katholische besser weglassen? Alfons Zimmer, 44805 Bochum

Der Philosoph Peter Kreeft

Sex im Himmel?

Das Porträt des „gefährlichen Denkers“ Peter Kreeft (DT vom 9. Juli) ist beson-

ders wohltuend, weil es auf den „Charme“ und die „warme Ironie“ des Philosophen hinweist. Wäre er kein Amerikaner, könnte er mit diesen Eigenschaften auch (Alt-)Österreicher sein! Schon ein Blick auf die Homepage des Autors lässt schmunzeln, wenn man dort liest: „He loves his five grandchildren, four children, one wife, one cat, and one God.“ Mit dieser Unkompliziertheit kann er auch einen Aufsatz schreiben, der die scheinbar unmögliche (aber von manchem wohl insgeheim schon erwogene) Frage stellt: „Sex im Himmel?“ Und zugleich erweisen sich seine Texte als so scharfsinnig, dass ihr humoriger Charakter unversehens in die Weisheit des echten Gelehrten übergeht. Gestatten Sie mir den Hinweis, dass zwei der von Marco Gallina erwähnten fiktionalen Treffen des Sokrates („Socrates meets ...) auch in deutscher Übersetzung vorliegen. Hans-Ulrich Kopp, 90607 Rückersdorf

HINWEIS

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Kürzungen behalten wir uns vor. Wir lesen alle Zuschriften aufmerksam, bitten aber um Verständnis, dass wir keine Auskunft darüber geben können, warum einzelne Leserbriefe nicht veröffentlicht wurden. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften: leserbrief@die-tagespost.de. DIE REDAKTION

Die Tagespost

Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur
Vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
1948 begründet von Johann Wilhelm Naumann

Herausgeber:
Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung, vertreten durch
Dr. Norbert Neuhaus, Bernhard Müller,
Clemens Neck, Christoph Konopka

Chefredakteur und Geschäftsführer:
Oliver Maksan

Redaktion:
Sebastian Sasse (Chef vom Dienst Print, Politik, Wirtschaft), Regina Einig (Kirche aktuell, Bildung),
Dr. Stefan Meetschen (Im Gespräch, Feuilleton, Aus aller Welt), Dr. Alexander Riebel (Kultur, Medien, Literatur, Bildung)
Maximilian Lutz (Internetredaktion, Reise),
Guido Horst (Büro Rom/Vatikan-Korrespondent),
Dr. Till Magnus Steiner (Büro Jerusalem/Heilig-Land-Korrespondent), Stephan Baier (Büro Österreich/EU-/Südosteuropa-Korrespondent), Stefan Rehder (Korrespondent für Bio-Ethik, Glauben und Wissen), Barbara Knievel (Art Direktor)

Erscheinungsweise: donnerstags

Monatlicher Abonnementpreis einschließlich gesetzlicher Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung EUR 16,25 einschließlich der Kosten für Postzustellung.
Abonnementkündigungen sind mit sechswöchiger Frist zum Ende des Quartals möglich. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch.
Zurzeit gilt die Anzeigenpreislise Nr. 33 vom 1. Januar 2020. – Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW.
Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen.
Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.
Druck: Main-Post GmbH

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH,
Berner Straße 2, D-97084 Würzburg
Telefon: Zentrale 0931 / 30863-0,
Buchhaltung 30863-25,
Vertrieb 30863-32 - Fax 30863-33
(vom Ausland aus: 0049 vorwählen)
E-Mail: info@die-tagespost.de
LIGA Bank, IBAN: DE50750903000003010201, BIC: GENODEF1M05

Internet: www.die-tagespost.de
www.die-tagespost.at

Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Berner Straße 2, D-97084 Würzburg
LIGA Bank, IBAN: DE53750903000003010244, BIC: GENODEF1M05

BEILAGENHINWEIS

Die Gesamtauflage enthält Beilagen von Legionäre Christi und Schwestern von der heiligen Elisabeth

Katholischer Stellenmarkt in der Tagespost

Sie suchen nach Mitarbeitern, die professionell und katholisch sind? Oder Sie suchen nach einem neuen Arbeitgeber, dem Glaube und Kirche wichtig sind? Eine Stellenanzeige in der überregionalen katholischen Wochenzeitung ist das richtige Forum für Sie.

Kontaktieren Sie uns bitte unter anzeigen@die-tagespost.de oder rufen Sie uns an unter 0049 (0)21 2 29 10 41
Wir helfen Ihnen gerne weiter.
Sie haben kein Anzeigenformat? Auch dafür finden wir eine Lösung.

Die Tagespost
Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur